

Boss, Alfred; Walter, Norbert

**Working Paper — Digitized Version**

## Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren: Skizze für 2 Szenarien

Kiel Working Paper, No. 126

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boss, Alfred; Walter, Norbert (1981) : Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren: Skizze für 2 Szenarien, Kiel Working Paper, No. 126, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/710>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 126

Zur wirtschaftlichen Entwicklung  
in der Bundesrepublik Deutschland  
in den achtziger Jahren

von

Alfred Boss und Norbert Walter

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Weltwirtschaft  
2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120

Arbeitspapier Nr. 126

Zur wirtschaftlichen Entwicklung  
in der Bundesrepublik Deutschland  
in den achtziger Jahren

von

Alfred Boss und Norbert Walter

A 9 35 85 / 81  
Weltwirtschaft  
Kiel

Oktober 1981

Mit den Kieler Arbeitspapieren werden Manuskripte, die aus der Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft hervorgegangen sind, von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung sind die Autoren verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an sie zu wenden und etwaige Zitate aus ihrer Arbeit vorher mit ihnen abzustimmen.

ISSN 0342 - 0787

Kiel, August 1981

Alfred Boss, Norbert Walter

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundes-  
republik Deutschland in den achtziger Jahren

- Skizze für zwei Szenarien -

1981

Die vorliegende Skizze enthält zwei Szenarien für die  
wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik  
Deutschland in den achtziger Jahren. Die Szenarien  
beruhen auf den Annahmen, dass die Wirtschaft  
weiterhin auf dem bisherigen Wachstumskurs  
bleibt und dass die Inflationsrate im Durchschnitt  
bei 3% liegt. Die Szenarien sind als grobe  
Orientierung für die Diskussion der wirtschaftlichen  
Entwicklung in den achtziger Jahren zu verstehen.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik  
Deutschland in den achtziger Jahren

<u>Gliederung</u>	Seite
A. Die Aufgabenstellung	1
B. Methodologische Anmerkungen	3
C. Szenarien für die Wirtschaftspolitik	8
I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	8
II. Nationale Wirtschaftspolitik	17
a) Geldpolitik	17
b) Finanzpolitik	21
c) Achtziger Jahre: Renaissance der Ordnungs- politik	27
III. Verhalten der Tarifpartner	29
D. Szenario I: Wahrscheinliche Entwicklung	32
I. Entwicklung bis Ende 1982	32
II. Mittelfristige Entwicklung	35
a) Bevölkerung und Arbeitskräftepotential	35
b) Kapitalstock und Produktionspotential	45
c) Bruttosozialprodukt und Inflationsrate	47
d) Bruttosozialprodukt und seine Komponenten	57
e) Beschäftigung und Produktivität	63
f) Einkommensverteilung	71
III. Einige ergänzende Bemerkungen zu Szenario I	74
E. Szenario II: Entwicklung bei optimaler Geld- und Finanzpolitik und optimalem Verhalten der Tarifpartner	75
F. Anhang: Tabellen	86

## A. Die Aufgabenstellung

1. Der Herausforderung, treffsichere gesamtwirtschaftliche Prognosen für die kurze Frist zu erstellen, kann durch die Konzentration der Forschungsarbeit auf die Analyse der unmittelbar in zeitlicher Umgebung liegenden Phänomene, insbesondere der Nachfrageentwicklung, nur unzureichend entsprochen werden. Sowohl für das Erkennen von Wendepunkten als auch für das Aufspüren von Trendbrüchen muß auch die längerfristige Entwicklung untersucht werden. Insbesondere ist es wichtig, die auf der Angebotsseite wirkenden Einflüsse und ihre Entwicklung zu erfassen. Wichtig ist aber auch, die Reaktionsmuster der wirtschaftspolitischen Instanzen und der Wirtschaftssubjekte auf zyklische und längerfristige Phänomene einzubeziehen.
2. Zweck einer solchen Analyse (Szenario I), die die wahrscheinliche Wirtschaftspolitik einbezieht, kann es nicht sein, wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten, die geeignet wären, bestimmte Fehlentwicklungen zu vermeiden. Vielmehr ist mit Szenario I eine als wahrscheinlich betrachtete gesamtwirtschaftliche Entwicklung skizziert, die als Input für jene von Nutzen sein kann, die für ihre einzelwirtschaftliche Planung einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen benötigen.
3. Das zweite Szenario der wirtschaftlichen Entwicklung in den achtziger Jahren unterstellt ein - aus der Sicht der Autoren - optimales Verhalten der Wirtschaftspolitik und der Tarifpartner. Bei einem solchen Verhalten lassen sich einige Fehlentwicklungen, die für wahrscheinlich gehalten werden, vermeiden.

4. Nicht allein deshalb, weil zukünftige Prioritäten nicht bekannt sind, sondern auch deshalb, weil es auch zukünftig unerwartete Schocks geben wird, ist ein Szenario für die achtziger Jahre nicht als eine Prognose im üblichen Sinne, d.h. als eine mit einer beträchtlichen Wahrscheinlichkeit eintreffende Entwicklung, zu verstehen. Vielmehr werden zwei den Verfassern konsistent erscheinende, aus dem ökonomischen und gesellschaftspolitischen Umfeld zu Beginn dieses Jahrzehnts entwickelte Szenarien dargestellt. Sie mögen als ein Gerüst angesehen werden, das aufgestellt wird, um die Gebäude künftiger, auf die kurze Frist zielender Prognosen ein wenig geschützter zu machen. Sie sollen jedoch auch als Gerüst nicht fixiert sein, sondern vielmehr Anstoß für eine Diskussion um die Rahmenbedingungen sein.
5. Die siebziger Jahre waren ein Jahrzehnt der Enttäuschung über die Machbarkeit der Wirtschaftsentwicklung. Die Enttäuschung über die mangelnde Wirksamkeit staatlichen und geldpolitischen Interventionismus in mikroökonomischer und makroökonomischer (zyklischer) Steuerung war umfassend und weltweit. Die intellektuelle Abwendung vom Interventionismus in strukturpolitischer und nachfragesteuernder (keynesianischer) Form war jedoch (noch) nicht begleitet von faktischer interventionistischer Enthaltensamkeit. Neokonservatismus als Modeerscheinung setzt sich im wissenschaftlichen und im wirtschaftspolitisch-programmatischen Bereich mehr und mehr durch. In der Wirtschaftspolitik selbst spielt die neue Philosophie bislang aber nur eine bescheidene Rolle.

6. Weil dies so ist, wurde ein Szenario anhand einer weltweit weiterhin (auch durch Weltwirtschaftsgipfel) synchronen stop-and-go-Politik entwickelt. Insbesondere Geld- und Finanzpolitik werden gemäß dieser Annahme auch in den achtziger Jahren ihr Handeln jeweils an dem am meisten verletzten wirtschaftspolitischen Ziel (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum, Leistungsbilanzgleichgewicht) ausrichten. Dies bedeutet, daß Wirtschaftssubjekte und Wirtschaftspolitiker auch weiterhin existierende Wirkungsverzögerungen unberücksichtigt lassen; damit bewirkt die Wirtschaftspolitik auch künftig ausgeprägte zyklische Schwankungen.

7. Ein zweites Szenario reflektiert die Annahme, daß die Globalsteuerung in den achtziger Jahren zunehmend weniger zyklus-erzeugend bzw. zyklusverstärkend betrieben wird, sich also neokonservative Überzeugungen bei der Geld- und Finanzpolitik und schließlich auch bei der Ordnungspolitik mehr und mehr durchsetzen werden. Mit einer solchen Wirtschaftspolitik würde mehr Vorhersehbarkeit für die Privaten hergestellt.

#### B. Methodologische Anmerkungen

8. "A trend is a trend is a trend  
But the question is, will it bend?  
Will it alter its course  
Through some unforeseen force  
And come to a premature end?"<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Limerick, den A.C. Cairncross (Essays in Economic Management, London 1971, S. 139) einem "Stone Age Forecaster" zuschreibt. Zitiert nach Knut Borchardt, Produktions- und Verwertungsbedingungen von Langfristprognosen in historischer Perspektive, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 63. Band, 1979, Heft 1, S. 1-25, hier: S. 8

9. Nach einer These von Knut Borchardt ist der Prognosebedarf "dann besonders groß, wenn die tatsächliche Entwicklung anders verläuft, als man allgemein erwartet hat, wenn also neue Erfahrung und alte Erwartung auseinanderfallen"<sup>2</sup>; es gilt aber, "daß gerade in den Zeiten intensivster Nachfrage nach Prognosen die Produktionsbedingungen für Prognosen relativ schlecht sind. Denn natürlich kann auch der Prognostiker nicht darauf verzichten, vergangene Erfahrung zu verwerten, d.h. irgendwelche erkundeten Konstanten zur Basis seines Urteils zu machen"<sup>3</sup>.
10. Wenn der von Borchardt als Prognosedilemma umschriebene Sachverhalt die Realität richtig widerspiegelt, dann besteht gegenwärtig ein hoher Bedarf an Prognosen, vor allem an langfristigen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist aber dann auch klar, daß eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 1990 mit vielen Vorbehalten und gehöriger Distanz zur Kenntnis genommen werden muß. Genau dies soll auch für den vorliegenden Beitrag gelten. Als ein grober Ansatz kann er viele Detailerkennnisse nicht oder nur teilweise nutzen, die im Rahmen der Untersuchungen zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland gewonnen worden sind<sup>4</sup>.
11. Wie in jeder Prognose werden die Resultate aus bestimmten

---

<sup>2</sup>Vgl. Borchardt, a.a.O.

<sup>3</sup>Ebenda, S. 8.

<sup>4</sup>Vgl. Gerhard Fels, Klaus-Dieter Schmidt und Mitarbeiter, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Kieler Studien, Nr. 166, Tübingen 1981.

ökonomischen, aber auch z.B. demographischen Gesetzmäßigkeiten, d.h. Hypothesen, die sich bewährt haben, und aus bestimmten Anwendungsbedingungen (Anfangstatbeständen) abgeleitet. Beispiele für solche Hypothesen sind der Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung, die Abhängigkeit der Erwerbsneigung der Frauen von der Entwicklung des Reallohnes oder der Einfluß der ausländischen Konjunkturentwicklung und des realen Wechselkurses auf die deutschen Exporte. Freilich sind die verwendeten Hypothesen nicht immer gut empirisch abgesichert. Häufig sind sie nicht unter beträchtlich unterschiedlichen Bedingungskonstellationen überprüft. Gilt diese Einschränkung nicht, so ist der Wert der Hypothesen oft dadurch begrenzt, daß der bei der Überprüfung erlaubte Abweichungsspielraum nicht unerheblich war. Nur wenige Hypothesen genügen etwa jenen strengeren Kriterien, die bei Regressionsanalysen üblicherweise herangezogen werden oder herangezogen werden sollten.

12. Die verwendeten Gesetzmäßigkeiten sind somit in der Regel weder deterministische noch stochastische Hypothesen (Allsätze), sondern sie genügen nur den Anforderungen einer weniger streng formulierten wissenschaftstheoretischen Position des kritischen Rationalismus<sup>5</sup>. Es werden Abweichungen von den durch die jeweilige Hypothese postulierten Werten zugelassen, soweit "gute Gründe" für das Auftreten der Abweichungen angeführt werden können. Dabei besteht natürlich die Gefahr, daß ad hoc -

---

<sup>5</sup>Zu dieser wissenschaftstheoretischen Position vgl. Heinz Grohmann, Statistik im Dienste von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik - Einige methodologische Betrachtungen zu ihren Zielen und Möglichkeiten, Allgemeines Statistisches Archiv, 60. Band, Heft 3/4 1976, S. 320 - 356

Erklärungen herangezogen werden. Es wurde versucht, dieser Gefahr nicht zu unterliegen und damit an den Prinzipien des kritischen Rationalismus weitgehend festzuhalten.

13. Dennoch ist der skizzierte Ansatz dem Vorwurf der "Naivität" oder der "Unwissenschaftlichkeit" ausgesetzt, gibt es doch umfassende ökonometrische Modelle, die sich für Zwecke der Mittelfristprognose verwenden lassen<sup>6</sup>. Zu bedenken ist aber, daß der gewählte Ansatz vielleicht gerade zu "guten" Prognosen führen kann. Denn: Prognosen aufgrund ökonometrischer Modelle "können sich als eine wichtige Entscheidungshilfe erweisen, vorausgesetzt, daß alle wesentlichen Zusammenhänge erfaßt und überdies keine Veränderungen der Verhaltensweisen eingetreten oder zu erwarten sind. Hat man es mit starken Änderungen zu tun, wie das gegenwärtig (November 1975, d.V.) der Fall zu sein scheint, so bestehen grundsätzlich die gleichen Probleme wie bei den häufig "intuitiv" genannten Verfahren. In solchen Situationen ist der Prognostiker, der sich dieser Verfahren bedient, gegenüber dem Ökonometriker sogar im Vorteil, weil er den Ballast überholter Strukturen leichter abwerfen kann"<sup>7</sup>.
14. Bei einer Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1990 sind wohl fast alle interessierenden Variablen als voneinander abhängig zu betrachten. Lediglich die Bevölkerungsentwicklung bis 1990 dürfte weitgehend festliegen; wegen der Wanderungen in die Bundesrepublik oder aus der Bundesrepublik

<sup>6</sup>Vgl. Jürgen Blazejczak, Berliner Version des Bonner Modells (Dokumentation), Vervielfältigtes Manuskript, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Mai 1979

<sup>7</sup>Jahresgutachten 1975 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 7/4326 vom 24. 11. 1975, Ziffer 243, Seite 110

sind aber selbst hier Vorbehalte angebracht. Die Interdependenz wird in Szenario I dadurch verstärkt, daß die Geld- und die Finanzpolitik als abhängig von der Preis- und Beschäftigungsentwicklung betrachtet werden; Geld- und Finanzpolitik haben dann wiederum Rückwirkungen etwa auf die konjunkturelle Entwicklung. Dennoch setzt der in dieser Arbeit gewählte Ansatz an einer Stelle des interdependenten Systems ein und analysiert Konsequenzen für andere Variablen des Systems. Dabei fließen zwar auch Vorstellungen über andere endogene Variablen ein, es mag aber durchaus sein, daß sich aus einzelnen Bausteinen der Prognose bei der Zusammenfassung "unplausible" Relationen ergeben. In diesem Fall ist eine Revision zuvor festgelegter Abhängigkeiten zwischen einzelnen Variablen vorgenommen worden. Das beschriebene Vorgehen wurde so lange wiederholt, bis keine Inkonsistenzen mehr auftraten. Während in ökonometrischen Mehrgleichungsmodellen die Interdependenzen durch simultane Festlegung der Koeffizienten der einzelnen Variablen in den Gleichungen berücksichtigt werden, läßt sich der hier gewählte Ansatz als ein iteratives Vorgehen kennzeichnen, das Plausibilitätsüberlegungen einbezieht, um der allgemeinen Interdependenz Rechnung zu tragen.

15. Wenn dieser Weg beschritten wird, so ist es sinnvoll, zunächst die relativ stabilen Zusammenhänge aufzuzeigen. Deshalb wird zuerst die Bevölkerungsentwicklung prognostiziert, um dann mit Hilfe schon weniger stabiler Relationen die labor force zu ermitteln, wobei die spezifischen Erwerbsquoten als vom "net

comparative advantage" der Erwerbstätigkeit im Vergleich zur Freizeit abhängig angesehen werden. Danach werden noch weniger stabile Relationen angewendet, um weitere Ergebnisse abzuleiten. Nach Beendigung eines "Durchlaufs" werden Querverbindungen betrachtet und ggf. Revisionen vorgenommen; dabei werden aber jene "Grundhypothesen", die sich immer wieder bewährt haben, beibehalten, z.B. der mittelfristige Zusammenhang zwischen Geldmengenausweitung und Preisniveauentwicklung. Bei diesem Vorgehen werden die erforderlichen Modifikationen infolge von Rückkoppelungseffekten minimiert.

16. Gemäß dem beschriebenen Ansatz haben die Autoren seit etwa drei Jahren regelmäßig Vorstellungen über die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Dabei hat sich herausgestellt, daß die vermuteten Lags zwischen einzelnen Variablen häufig länger als erwartet waren. Auch sind die zyklischen Schwankungen insgesamt "gestreckter" ausgefallen. Diese Erfahrungen sind im vorliegenden Beitrag berücksichtigt worden. Dennoch sind die Prognoseergebnisse für einzelne Kalenderjahre weniger bedeutsam als die skizzierte Vorstellung über den Verlauf der konjunkturellen Entwicklung in den nächsten Jahren.

### C. Szenarien für die Wirtschaftspolitik

#### I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

17. Die Wirtschaftspolitik der Industrieländer ist im Jahre 1981 dominiert von dem Bestreben, die Inflation zu bekämpfen, die

Leistungsbilanzdefizite zu vermindern und eine Abwertung zu verhindern. Damit sind die Weichen für die Wirtschaftsentwicklung bis in das Jahr 1982 hinein gestellt<sup>8</sup>.

18. Mit einer Lockerung der wirtschaftspolitischen Restriktionen ist in den meisten Ländern erst im Verlauf des zweiten Halbjahres 1981 zu rechnen. Da nur wenig darauf hindeutet, daß die Notenbanken in Westeuropa und Japan nunmehr ihre Politik weniger am Wechselkurs orientieren werden, wird es eine weltweite geldpolitische Entwarnung erst dann geben, wenn in den Vereinigten Staaten die Zinsen nachhaltig sinken. Es gibt Faktoren, die vermuten lassen, daß ein solcher Zinssenkungsprozeß im weiteren Jahresverlauf in Gang kommen könnte. Der Federal Reserve Board hat die Geldmengenausweitung im Frühsommer deutlich gebremst; sobald die monetäre Expansion auf das angestrebte Maß zurückgeführt ist, dürften die zuletzt scharfen Restriktionsmaßnahmen gelockert werden. Auch ist zu erwarten, daß die Kreditnachfrage bei nachlassender Konjunktur schwächer expandieren wird. Schließlich sprechen mehr Gründe dafür als dagegen, daß sich die Inflationsberuhigung in den Vereinigten Staaten fortsetzen wird.

19. Aufgrund der bislang betriebenen Restriktionspolitik ist anzunehmen, daß der Abschwung im weiteren Jahresverlauf weltweit anhalten wird. Wird die Geldpolitik erst im späteren Verlauf dieses Jahres gelockert, dann ist eine konjunkturelle Besserung

---

<sup>8</sup>Vgl. A. Ahnefeld, H.-J. Huß, J. Streit, N. Walter: Restriktionspolitik verlängert Abschwung in den Industrieländern, Die Weltwirtschaft, hrsg. von Herbert Giersch, 1981, Heft 1, S. 1-19. Die folgenden Ziffern 18 und 19 sind identisch mit den Ziffern 4 und 5 des Kieler Kurzberichtes zu dem Artikel in "Die Weltwirtschaft".

nach aller Erfahrung erst im Verlauf von 1982 zu erwarten. Bleibt es dann bei einer relativ behutsamen Ausweitung der Geldmenge, worauf die Ankündigungen in vielen Ländern hinweisen, und setzen die finanzpolitischen Instanzen mehr auf die längerfristigen Wachstumsimpulse angebotspolitischer Maßnahmen als auf eine kurzfristige Nachfragestimulierung, so wird der Aufschwung keineswegs steil verlaufen. Dabei ist bereits in Rechnung gestellt, daß die OPEC-Länder ihre Einfuhren weiterhin zügig ausweiten. Das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer insgesamt dürfte nach einer Stagnation im Jahre 1981 im Jahresdurchschnitt 1982 nur wenig steigen. Der Welthandel, der wesentlich durch lagerzyklische Effekte geprägt wird, wird wahrscheinlich bei dem erwarteten Konjunkturverlauf 1981 um rd. 3 vH sinken und 1982 wieder zunehmen.

20. Die Aussichten für eine weltweite Inflationsberuhigung sind durch die geldpolitischen Restriktionsmaßnahmen sicherlich verbessert worden; die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Ländern bis weit in das Jahr 1982 hinein zunehmen.
  
21. Für die Wirtschaftspolitik im Jahre 1982 und danach werden zwei Varianten unterschieden (vgl. Ziffern 6 und 7). Szenario I beinhaltet eine weiterhin weltweit synchron betriebene stop-and-go-Politik, die ihr Handeln jeweils an dem am meisten verfehlten Ziel der Wirtschaftspolitik ausrichtet; Szenario II hingegen unterstellt, daß sich zunehmend neokonservative

Strömungen in der Geld-, Finanz- und Ordnungspolitik durchsetzen. Die wirtschaftspolitischen Szenarien werden lediglich für die Bundesrepublik Deutschland anhand einiger Indikatoren (Geldmenge, Zinsen, Staatsausgaben) quantifiziert<sup>9</sup>.

22. Die Erwartung weltweit synchroner Wirtschaftspolitik bedeutet nicht, daß die Wirtschaftspolitik konvergiert, die Standards für die einzelnen Ziele sich also annähern bzw. sogar gleich werden. Vielmehr wird für das gesamte Jahrzehnt eine Divergenz der Inflationsraten zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den übrigen Industrieländern andererseits für wahrscheinlich gehalten, die im Ausmaß etwa mit jener der siebziger Jahre vergleichbar ist. Das bedeutet, daß die gegenwärtige Diskrepanz von mehr als 10 Prozentpunkten in etwa bestehen bleibt.

23. Eine solche Vorstellung impliziert, daß - sollen massive Verwerfungen der internationalen Wettbewerbslage vermieden werden - entsprechende Wechselkursanpassungen erfolgen. Während dem im Verhältnis zu Nicht-EWS-Währungen keine prinzipiellen Hindernisse im Weg stehen, liegt die Vermutung nahe, daß die DMark gegenüber den EWS-Währungen nicht jene Freiheit besitzt. Aufgrund der Erfahrungen mit regionalen Fixkursregelungen in den siebziger Jahren und der bisherigen Erfahrungen mit dem EWS und wegen der Tatsache, daß eine umfassende Kapitalverkehrskontrolle weder wahrscheinlich ist

---

<sup>9</sup> Vgl. Abschnitt C. II. Nationale Wirtschaftspolitik

noch - falls eingeführt - effektiv wäre<sup>10</sup>, wird erwartet, daß wettbewerbsneutrale DM-Aufwertungen auch im EWS - falls es bestehen bleibt - nicht entscheidend behindert sein werden. Trotz institutioneller Hemmnisse für DM-Aufwertungen innerhalb des EWS wird also eine tendenzielle Unterbewertung der DM nicht erwartet. Der reale Wechselkurs (deflationiert mit dem Konsumentenpreisindex) dürfte somit im Durchschnitt der achtziger Jahre konstant bleiben. Konstanz des realen Wechselkurses läßt sich im übrigen auch für die letzten 20 Jahre in etwa feststellen<sup>11</sup>.

24. Ein prinzipiell mögliches drittes Szenario, nämlich eines, das geprägt ist von relativ stetiger Politik in der Bundesrepublik Deutschland bei gleichzeitig fortgesetzter stop-and-go-Politik in den anderen Industrieländern wird für wenig wahrscheinlich erachtet. Bei niedrigen Kosten der Informationsübertragung ist der internationale Einfluß auf die Wirtschaftspolitik deutlich

---

<sup>10</sup>Vgl. Norbert Walter, Kapitalverkehrskontrollen - ein Instrument zur Regulierung der internationalen Kapitalströme? Die Weltwirtschaft, 1972, Heft 2, S. 154-180

<sup>11</sup>Gründe für Abweichungen des realen Wechselkurses von jenen Werten, die nach der Kaufkraftparitätentheorie zu erwarten wären, können sein:

- 1) temporary real exchange-rate changes due to lagged price-level adjustments
- 2) temporary real exchange-rate changes due to international capital stock shifts
- 3) once-and-for-all real exchange-rate changes due to imperfect substitutability
- 4) permanent-trend real exchange-rate changes due to international shifts in the supply of, and the demand for, goods

Vgl. Roland Vanbel, International Shifts in the Demand for Money, Their Effects on Exchange Rates and Price Levels, and Their Implications for the Preannouncement of Monetary Expansion, Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 116, 1980, S. 1-44, hier S. 9-11

ausgeprägt. Auch sind die Märkte zur Formulierung der Wirtschaftspolitik miteinander verwoben; diese Verflechtung hat nach der Institutionalisierung der sogenannten Wirtschaftsgipfel noch zugenommen. Käme es dennoch zu einer solchen Konstellation, so würden daraus - im Vergleich zur wahrscheinlichen Entwicklung (Szenario I) - nicht so sehr mittelfristig relevante Unterschiede, sondern vor allem Unterschiede in den zyklischen Schwankungen der realen und nominellen Größen in der Bundesrepublik Deutschland resultieren; an den Devisenmärkten wären erheblich größere Spannungen zu erwarten.

25. Ein weiterer Grund, auf Kapitalverkehrskontrollen zu verzichten, liegt für alle Industrieländer in der Notwendigkeit, für geraume Zeit die ölpreisbedingten Leistungsbilanzdefizite durch Kapitalimporte zu finanzieren. Jede Befürchtung, daß eine Währung zur Mausefallenwährung werden könnte, ist angesichts solcher Absicht unerwünscht. Wird aber Kapital durch günstige Konditionen an einem freien Markt attrahiert, so ist gleichzeitig bewirkt, daß die Wirtschaftspolitik relativ restriktiv gefahren wird. Somit stellt das strukturelle Leistungsbilanzdefizit der Ölverbraucherländer neben den neokonservativen Strömungen in diesen Ländern einen disziplinierenden Faktor für die Wirtschaftspolitik dar.
26. Weniger verlässlich erscheint die Annahme, daß protektionistische Maßnahmen in den achtziger Jahren trendmäßig nicht zunehmen. Von zyklischen Bewegungen einmal abgesehen - 1980/81

hat die Protektion nach einem Bericht des Internationalen Währungsfonds bereits zugenommen<sup>12</sup> - besteht die Gefahr, daß das in vielen Industrieländern zunehmende Arbeitskräfteangebot bei unzureichender Reallohnflexibilität zu steigender Arbeitslosigkeit führt und daß es dann tendenziell zu einer Abschottung gegen ausländische Konkurrenz kommt.

27. Da in vielen Industrieländern - allerdings nicht in den USA - geburtenstarke Jahrgänge bis über die Jahrzehntmitte ins Erwerbsleben drängen, ist in der Angebotsseite am Arbeitsmarkt kaum ein Engpaß für künftig höhere Wachstumsraten zu sehen. In allen Industrieländern hat sich aber das Bevölkerungswachstum stark vermindert, in einigen Ländern nimmt die Bevölkerung ab. Damit ist von daher die inländische Nachfrage - mindestens in einer Reihe von Bereichen - relativ abgeschwächt. Da jene Regionen, in denen die demographische Entwicklung eher umgekehrt verläuft, ohnehin kaum Finanzierungsspielraum für eine Nachfrageausweitung besitzen und dieser geringe Spielraum durch die Ölpreiserhöhung mehr als ausgeschöpft erscheint, liegt es nahe, eine weltweite Wachstumsabschwächung zu erwarten.
28. Damit wird deutlich, daß es für die Lösung der Probleme in den achtziger Jahren neuer Dimensionen bei den Lösungsansätzen bedarf. Besonders wichtig sind die Integration der OPEC-Staaten in das weltweite System der Güter- und Kapitalmärkte und das Voranschreiten bei der Lösung der Nord-Süd-Probleme. Eine

---

<sup>12</sup>Vgl. DIE WELT, 4. August 1981

neue Dimension von Tripartite-Gesprächen muß die frühere Fixierung auf die kleinen Tripartite-Konferenzen zwischen Nordamerika, Japan und Europa ablösen: Die Industrieländer sind darin nur eine Teilnehmergruppe neben den OPEC-Staaten und den Entwicklungsländern. Eine solche Entwicklung wird sich wohl kaum rasch und mit Sicherheit nicht ohne Rückschläge vollziehen.

29. Nach einem konjunkturell bedingten Rückgang der relativen Energiepreise in der nächsten Zeit wird für den weiteren Verlauf der achtziger Jahre mit einer relativen Verteuerung der Energie gerechnet. Wahrscheinlich werden Ölpreisschübe auch weiterhin mit konjunkturellen Boomphasen zusammentreffen und die Versuche der Ölanbieter, diese realen Ölpreisniveaus während der nachfolgenden Rezessionen zu halten, nur teilweise gelingen. Diese relativ pessimistische Einschätzung stützt sich auf die bislang noch stark behinderten und kaum als vehement zu bezeichnenden Anstrengungen der Industrieländer, die Abhängigkeit vom OPEC-Öl zu verringern. Dies gilt für fast alle Länder im Bereich des Kernkraftbaus.

Diese Befürchtungen bedeuten freilich in keiner Weise, daß mit einem mit den Preissteigerungen seit 1973 vergleichbaren Anstieg des realen Ölpreises gerechnet wird. Seit 1973 haben sich die realen Ölpreise verfünffacht. Eine weitere Verdoppelung des realen Ölpreises bis 1990 erscheint selbst für Pessimisten als eine extrem hohe Setzung. Für wahrscheinlich wird gehalten, daß sich der reale Ölpreis vom Niveau des Jahres 1982 um etwa 3 vH je Jahr erhöht. Dieser Anstieg

ist sehr viel geringer als der durchschnittliche Anstieg seit 1973, er entspräche in etwa dem Realzins, der für die achtziger Jahre erwartet wird; einen Zusammenhang mit der Realzinsentwicklung legt die Theorie der erschöpfbaren Ressourcen nahe<sup>13</sup>.

30. Daß die allgemein für die Weltwirtschaft skizzierten Probleme eine Änderung für die Bundesrepublik Deutschland dadurch erhalten, daß die regionale Integration in der EG mit der Süderweiterung in eine neue intensive Phase eintritt, ist eher nicht wahrscheinlich<sup>14</sup>. Dafür scheint der langsame Fortschritt bei den Integrationsmaßnahmen zu sprechen, aber auch die Tatsache, daß die Beitrittsländer kaum komplementär zu den bisherigen Mitgliedsländern sind, sondern durch ihren Beitritt zu einer Verschärfung bestehender Probleme (Agrarmarkt) beitragen dürften.

---

<sup>13</sup> Wenn der relative Preis für Energie steigt, so hat das Konsequenzen für das Niveau und die künftige Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, insbesondere die Wirtschaftlichkeit des vorhandenen Kapitalstocks; umgekehrt hatte der niedrige Energiepreis in der Vergangenheit Auswirkungen auf das damalige Produktionspotential. Die Entwicklung des Produktionspotentials ihrerseits hat Rückwirkungen auf die künftige Entwicklung des relativen Energiepreises. Diese Beziehungen lassen sich aber allenfalls tentativ, keineswegs aber quantitativ verlässlich erfassen.

<sup>14</sup> Zu den Problemen und Chancen, die sich aus der EG-Erweiterung für den Industriebereich ergeben, vgl. Jürgen B. Donges und Klaus-Werner Schatz, Muster der industriellen Arbeitsteilung im Rahmen einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft, Die Weltwirtschaft, 1980, Heft 1, S. 160-186

## II. Nationale Wirtschaftspolitik

### a) Geldpolitik

31. Es ist zu erwarten, daß die Deutsche Bundesbank wie in der Vergangenheit der Stabilität des Preisniveaus eine hohe Priorität einräumen wird. So wird die Bundesbank wohl insbesondere nicht zulassen, daß die Inflationsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, über einen längeren Zeitraum mehr als 5 vH betragen wird. Diese Prognose stützt sich auf die Erfahrungen der letzten 10 Jahre. Im Jahre 1973 war die Inflationsbeschleunigung auf Raten von etwa 7 vH der Anlaß zu einer drastisch restriktiven Geldpolitik. Im Frühjahr 1979 war die Inflationsbeschleunigung auf mehr als 5 vH für die Bundesbank wieder das Signal, von einer Politik der Nachfragestimulierung auf eine Politik der Inflationsbekämpfung umzuschalten.
32. Wenn hingegen die Inflationsrate gering ist und Wachstum und Beschäftigung gefährdet erscheinen, dürfte die Bundesbank wie in der Vergangenheit eine Politik der Nachfragestimulierung betreiben. Jüngstes Beispiel für diese Verhaltensweise sind die Lockerung der Geldpolitik im Sommer 1977 und die sich daran anschließende betont expansive Politik des Jahres 1978; die unbefriedigende Arbeitsmarktlage im Sommer 1977 und die kräftige DM-Aufwertung, deren konjunkturelle Wirkungen unerwünscht waren, hatten die Bundesbank zu dem geldpolitischen Kurswechsel veranlaßt.
33. Die Geldpolitik wurde in stop-and-go-Manier betrieben, obwohl

seit Mitte der 70er Jahre Geldmengenziele für die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank angekündigt werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre erscheint es wenig wahrscheinlich, daß die Bundesbank in Zukunft ein bestimmtes Geldmengenziel ohne Nebenbedingungen ansteuern wird. Es scheint vielmehr - insbesondere nach den geldpolitischen Diskussionen und Maßnahmen der jüngsten Vergangenheit - sicher, daß auch künftig Zins- und Wechselkursziele bei geldpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen werden<sup>15</sup>. Da diese Ziele nicht gleichzeitig erreicht werden können und die Ziele in unterschiedlichem Ausmaß verfehlt sein werden, dürfte die Geldmengenexpansion auch in den 80er Jahren kaum stetig sein.

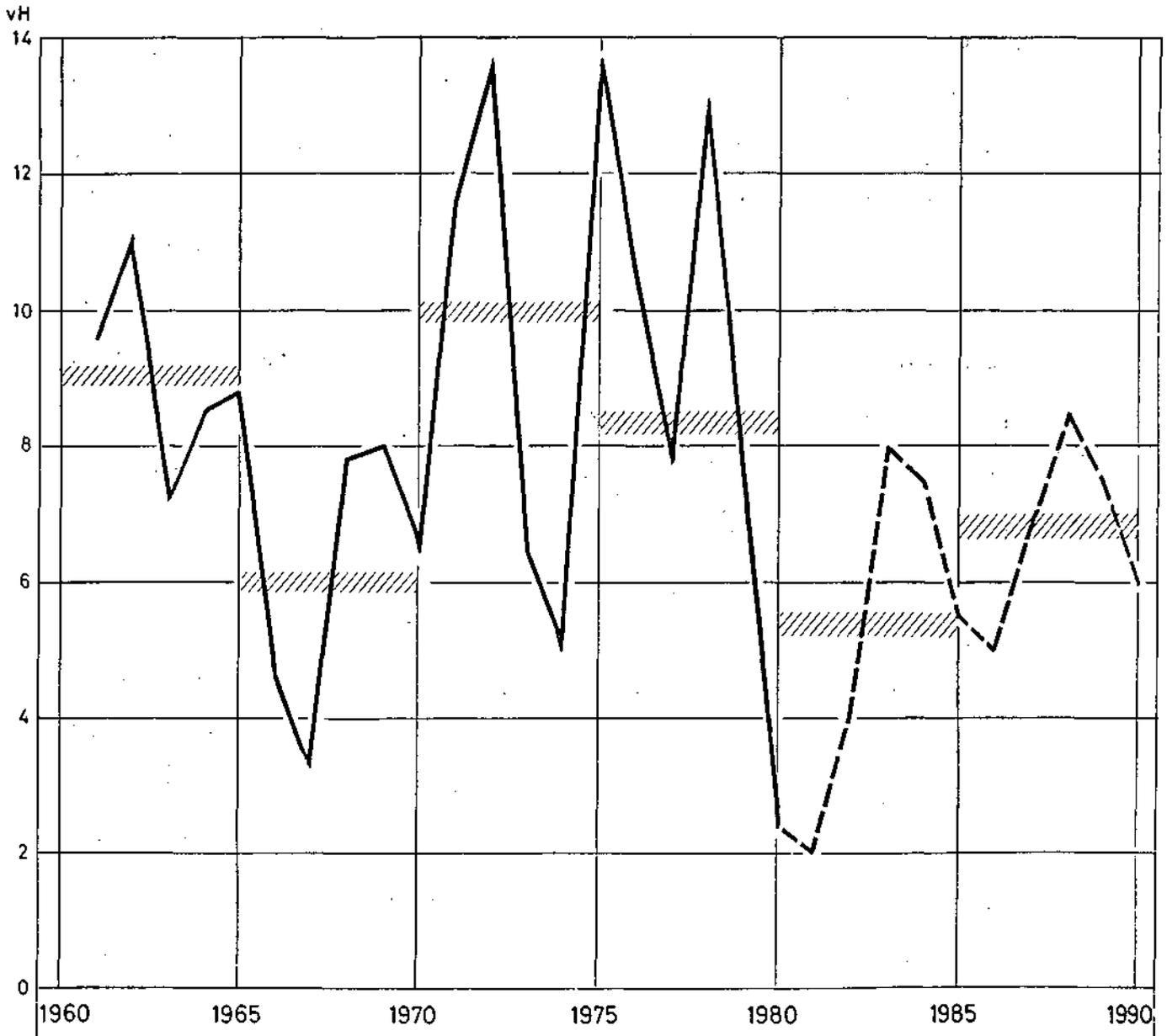
34. Die Beobachtung der Vergangenheit kann eine Grundvorstellung über die Größenordnungen der künftigen Geldmengenexpansion vermitteln. Im Durchschnitt der 60er Jahre betrug die Expansionsrate der Geldmenge  $M_1$  7,5 vH (Schaubild 1). Die Schwankungen der Zuwachsrate waren außer 1961/62 und 1966/67 relativ gering, jedenfalls geringer als in der ersten Hälfte der 70er Jahre, als auf zweistellige Raten in den Jahren 1971

<sup>15</sup>Die geldpolitische Strategie der Deutschen Bundesbank, soweit sie offenlegt wird, umreißt Schlesinger folgendermaßen: "Which economic facts should be used as a basis when fixing the monetary growth rate? Our answer to this question is pragmatic; that is, it depends on economic conditions at the time the target is formulated and those expected for the year ahead... In other words, we ... do not consider it possible to disregard the position of the economy in the cycle and to release monetary policy from its anticyclical function. On the other hand, monetary policy must no longer see itself exclusively as an instrument of anticyclical action: it must attach more importance than it used to to medium term aspects ..." Vgl. Helmut Schlesinger, Recent experiences with monetary policy in the Federal Republic of Germany, in: Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 5, Inflation, Unemployment and Monetary Control, edited by Karl Brunner and Manfred J.M. Neumann, Berlin 1979, S. 303-320, hier S. 309-310.

Schaubild 1:

## Geldmenge M1

Veränderung der Jahresdurchschnittswerte und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren



und 1972 der scharfe Bremskurs 1973/74 folgte. In den Jahren 1975/76 kam es wieder zu einer kräftigen monetären Expansion, die jener der Jahre 1971/72 - bei Inflationsraten von jeweils rd. 5 vH - in etwa gleich war.

35. Das Muster der frühen siebziger Jahre läßt sich auch in den letzten fünf Jahren beobachten. Dies überrascht insofern, als doch seit 1974 Geldmengenziele verkündet werden und eigentlich beabsichtigt war, eine Politik der stetigen monetären Expansion zu betreiben. Diese war zwar in Form von Zielgrößen für die Zentralbankgeldmenge formuliert, aber das Urteil einer unstetigen Geldversorgung ändert sich nur wenig, wenn man die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank betrachtet. Zwar sind die Schwankungen wegen der "umfassenderen" Definition der Zentralbankgeldmenge geringer, die jahresdurchschnittlichen Veränderungsratenschwanken aber dennoch zwischen 6 vH (1974) und 5 vH (1980) einerseits und mehr als 11 vH (1978) andererseits. Von einer stetigen Geldmengenpolitik seit 1975 kann also nicht die Rede sein. Die Geldpolitik der letzten Jahre muß sogar als weniger stetig als jene der 60er Jahre charakterisiert werden. Die durchschnittliche (absolut gemessene) Abweichung der Vorjahres-Veränderungsrate der Zentralbankgeldmenge von der durchschnittlichen Veränderungsrate beträgt für die 60er Jahre 1.1, für die Periode 1970 bis 1974 2.0 und für den Zeitraum 1974 bis 1980 1.5.

36. In dem Ausblick auf die 80er Jahre werden - in Abhängigkeit von der Geldpolitik im Ausland - zwei unterschiedliche Szenarien der monetären Expansion unterschieden. Dem Szenario I wird eine Geldpolitik zugrundegelegt, die auf den jeweiligen Grad der Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele mit antizyklischer Ausrichtung reagiert (policy reaction function), in Szenario II wird eine Geldpolitik unterstellt, die auf eine stetige monetäre Expansion abzielt und dabei die Expansionsrate schrittweise verringert, um die Inflation einzudämmen. Konkrete Zahlenangaben zu den beiden geldpolitischen Strategien sowie Vorstellungen über die damit konsistenten Zins- und Wechselkursentwicklungen sind in den Tabellen 1 und 10 im Anhang dargestellt. Die durchschnittlichen Veränderungsraten für die Jahre 1980 bis 1990 betragen rd. 6 vH für Szenario I (Schaubild 1) und - bei deutlich geringeren Schwankungen - knapp 5 vH für das Szenario II.

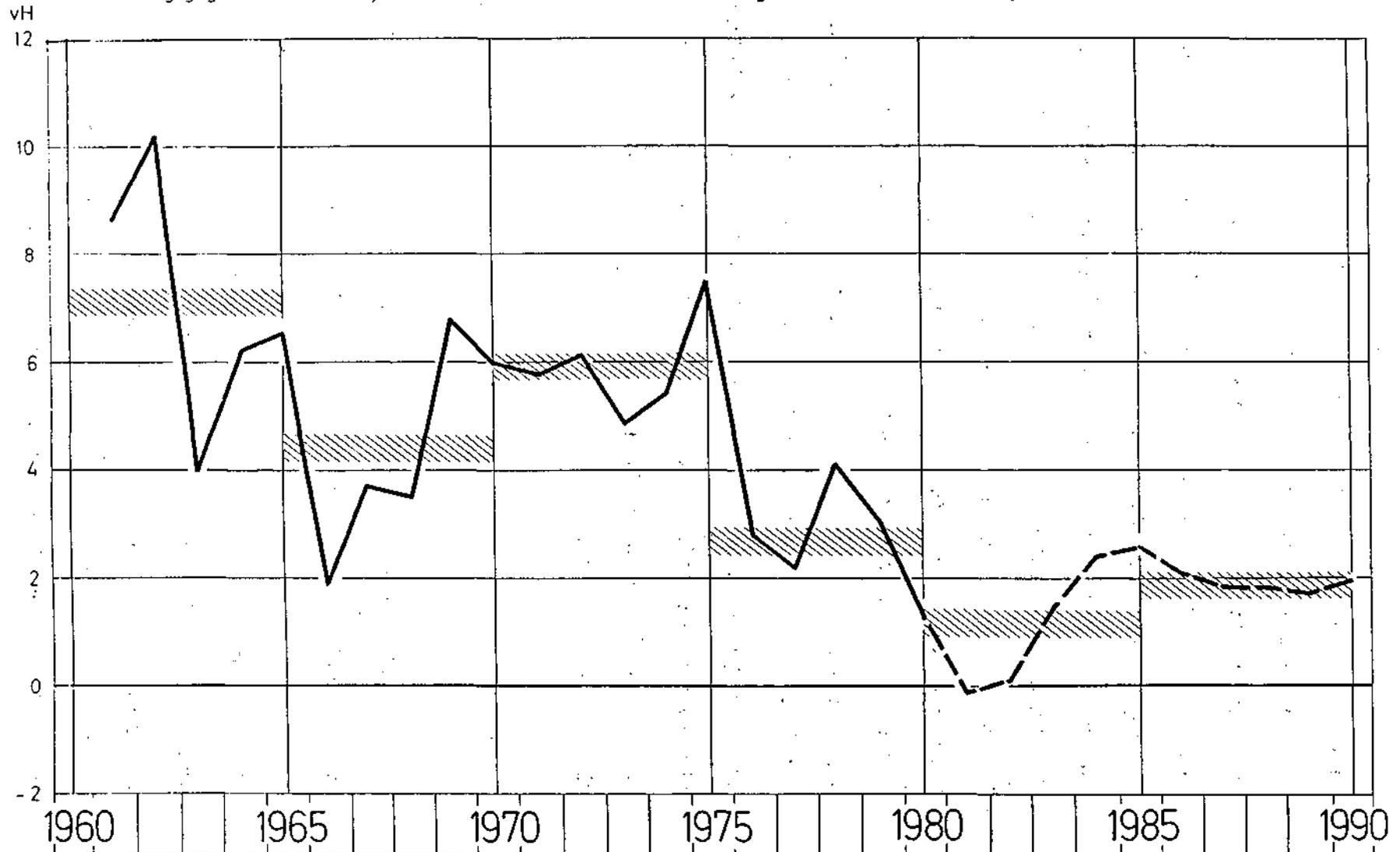
b) Finanzpolitik

37. Die Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) expandierten bis Mitte der siebziger Jahre sehr kräftig. Die Käufe von Gütern und Diensten (in Preisen von 1970), also realer Staatsverbrauch und reale staatliche Investitionen, nahmen von 1960 bis 1975 durchschnittlich um fast 5 vH zu (Schaubild 2, Tabelle 2 im Anhang). Dies reflektiert die kräftig gestiegenen Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur, für den Aufbau der Bundeswehr und für Sachleistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Wesentlich war zudem die außerordentlich kräftige Aufstockung des Personal-

Schaubild 2:

# Staatsausgaben<sup>o</sup> (Käufe von Gütern und Diensten und Transfers)

-Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils 5 Jahren (vH) -



<sup>o</sup>In Preisen von 1970; Transfers deflationiert mit dem Preisindex für den Privaten Verbrauch.

bestandes im öffentlichen Dienst. Die Zahl der Erwerbstätigen im Staatssektor nahm von 1960 bis 1975 um jahresdurchschnittlich 3,5 vH und damit um 1,4 Millionen Beschäftigte im gesamten Zeitraum zu. In den letzten Jahren schwächte sich die Expansion der realen Käufe des Staates beträchtlich ab; die durchschnittliche Zunahme für den Zeitraum 1975 bis 1980 beträgt 2,3 vH (2,5 vH für den realen Staatsverbrauch und 1,3 vH für die realen Investitionen des Staates).

38. Für die staatlichen Transfers an andere Sektoren gilt prinzipiell Ähnliches. Den hohen Zuwachsraten im Zeitraum 1960 bis 1975 (7 vH jahresdurchschnittlich bei Deflationierung der nominalen Transfers mit dem Preisindex für den Privaten Verbrauch) folgte in den Jahren 1975 bis 1980 eine deutliche Abflachung der Expansion auf durchschnittlich 3 vH (Schaubild 2, Tabelle 2 im Anhang).
39. In den nächsten Jahren werden die realen staatlichen Käufe wahrscheinlich nur relativ wenig steigen. Die hohen Staatsdefizite, die zunehmend als zinstreibend und wachstumshemmend betrachtet werden, und die damit einhergehende Neigung zur "Konsolidierung" sprechen jedenfalls dafür. Aus demselben Grund dürften die staatlichen Transfers bei weitem nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit expandieren. Eine - auch im Vergleich zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre - schwächere Ausgabenexpansion ist auch insofern wahrscheinlich, als häufiger als in der Vergangenheit Steuerentlastungen im Interesse der Förderung der Leistungs-

und Investitionsbereitschaft zu erwarten sind und als die staatlichen Instanzen stärker als in der Vergangenheit versuchen dürften, die damit per se verbundene Defizitausweitung in Grenzen zu halten.

40. Im einzelnen wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis 1985 um 0,2 vH je Jahr und von 1985 bis 1990 um 0,5 vH je Jahr zunehmen wird. Für die Sachkäufe des Staates (einschließlich Sozialversicherung) wird eine Zunahme um durchschnittlich 2,5 vH erwartet. Daraus resultiert für den realen Staatsverbrauch - bei geringen konjunkturellen Schwankungen (vgl. Abschnitt Bruttosozialprodukt und seine Komponenten) - ein Anstieg um durchschnittlich 1,7 vH in der ersten Hälfte und 1,9 vH in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Noch geringere Raten sind für die staatlichen Investitionen wahrscheinlich. Aufgrund der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur sind vor allem rückläufige Investitionen in den Bereichen Kindergärten, Schul- und Hochschulbau zu erwarten; kompensierende Maßnahmen etwa in den Bereichen des Krankenhausbaus, der Freizeiteinrichtungen oder des Verkehrsstraßenbaus sind wegen der angespannten Finanzlage des Staates wenig wahrscheinlich, eher dürften auch diese Bereiche zur Abschwächung des Ausgabenanstiegs - im Vergleich zur Vergangenheit - beitragen. Dies bedeutet, daß der Anteil der Investitionen an den Staatsausgaben abnehmen wird. Zum Rückgang der Investitionsquote des Staates trägt auch bei, daß - trotz der für 1982 und danach zu erwartenden einschnei-

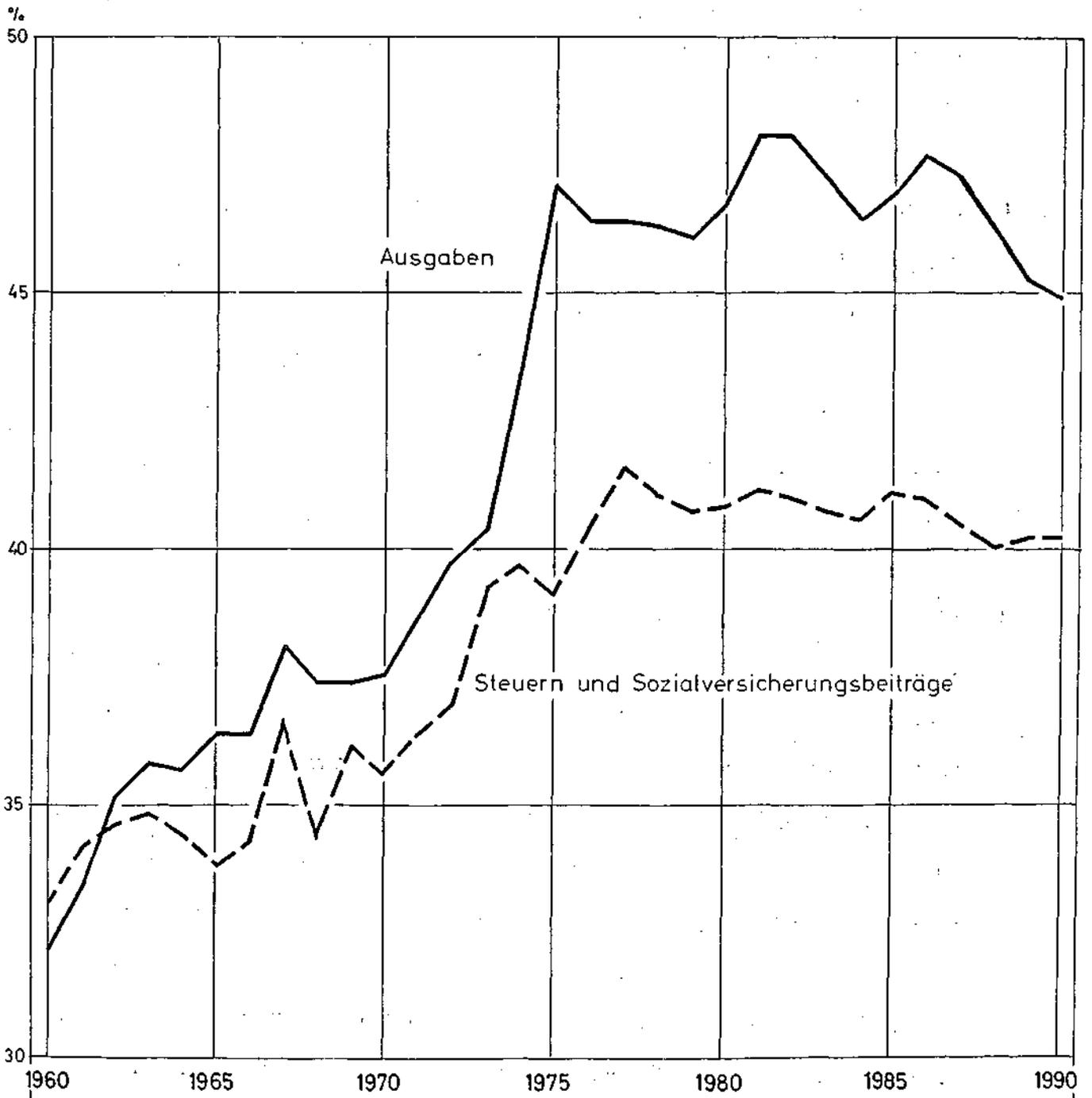
denden Kürzungsmaßnahmen bei den Transfers an Haushalte (Kindergeld, Arbeitslosengeld, Renten, etc.) und bei den Subventionen an Unternehmen - die realen staatlichen Transfers mit 1 vH in der ersten Hälfte und mit rd. 2 vH in der zweiten Hälfte der 80er Jahre etwas mehr zunehmen dürften als die realen Investitionsausgaben. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt dürfte von 46,5 vH im Jahre 1980 auf etwa 45 vH im Jahre 1990 abnehmen, damit aber immer noch um rund 7 Prozentpunkte über dem Wert für 1970 liegen (Schaubild 3).

41. Im zweiten Szenario für die wirtschaftliche Entwicklung bis 1990 wird angenommen, daß die Staatsausgaben (in Preisen von 1970) im Zeitraum 1980 bis 1990 primär als Folge einer drastischeren Durchforstung des Subventionsdickichts um jahresdurchschnittlich etwa 1 vH weniger zunehmen als im ersten Szenario und daß die Veränderungsraten über den gesamten Zeitraum weniger schwanken (Tabelle 11 im Anhang).
42. Auch in der unterstellten Steuerpolitik unterscheiden sich die beiden Szenarien für die Finanzpolitik nicht der Richtung nach, sondern nur im Ausmaß, in dem es zu einer Politikänderung kommt. In beiden Fällen wird angenommen, daß es in relativ kurzen Zeitabständen - etwa von 2 Jahren - zu Steuerentlastungen kommen wird, mit denen die Progressionswirkung des Steuersystems kompensiert und damit - für sich betrachtet - die Steuerquote mittelfristig in etwa konstant gehalten wird. In beiden Szenarien wird auch - freilich in unterschiedlichem Ausmaß - erwartet, daß das Gewicht der direkten Steuern zu-

Schaubild 3:

### Staatsausgaben und Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)

in vH des nominalen Bruttosozialprodukts



gunsten der indirekten Steuern verringert wird. Konkret bedeutet dies Entlastungen bei der Einkommensteuer und Belastungen bei der Mehrwertsteuer und bei speziellen Verbrauchsteuern. Indizien für die erwartete Politik sind etwa die für 1982 geplanten Verbrauchsteuererhöhungen; daneben gibt es Absichtserklärungen, eine Politik zu betreiben, die "Risikobereitschaft, Investitionstätigkeit und Produktivität der Wirtschaft fördert."<sup>16</sup>

c) Achtziger Jahre: Renaissance der Ordnungspolitik?

43. Eine ordnungspolitische Debatte hat es in der Bundesrepublik Deutschland nur in dem sehr kurzen Zeitraum zwischen Kriegsende und Gründung der Republik gegeben. Danach wurde durch Ludwig Erhards mutige Entscheidung sowie durch das Grundgesetz und das Bundesbankgesetz der ordnungspolitische Rahmen festgelegt. Die Rahmendaten wurden in der Zeit danach weder entscheidend fortentwickelt noch entscheidend durchlöchert. Wichtige Wegmarken zu mehr Marktwirtschaft waren die Verabschiedung des Kartellgesetzes (1957), die Einführung der Konvertibilität (1958) und die Freigabe der Wechselkurse (1971 bzw. 1973). Das mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (1967) eingeleitete keynesianische Intermezzo war ebensowenig trendbildend wie der größere struktur- und verteilungspolitische Eifer der frühen siebziger Jahre.
44. Die gesamtwirtschaftlich schädlichen Wirkungen einer Politik

---

<sup>16</sup>Hans Matthöfer gemäß Bericht in DIE WELT vom 15./16. 11. 1980; vgl. auch H. Matthöfer, Grenzen der Besteuerung, Rede auf der Jahresversammlung des Ifo-Instituts am 25. 6. 1981 in München.

der guten Absichten sind inzwischen in vielen Bereichen (Wohnungsbaupolitik, Arbeitsmarktpolitik) deutlich geworden. Gegen eine wieder stärkere marktwirtschaftliche Orientierung in den achtziger Jahren spricht freilich folgende Überlegung: Die Gruppen, die sich durch eine ausgeprägt antimarktwirtschaftliche Haltung auszeichnen, sind in den letzten Jahren deutlich artikulierter geworden. Dabei verbinden sich marxistische, religiöse und umweltbewußte Strömungen miteinander. Diese Bewegung könnte deshalb steigende Bedeutung erlangen, weil der heutige Mittelteil der Alterspyramide seine Ausbildung in einer Zeit erhalten hat, in der existenzielle Gefährdungen nicht erkennbar waren, und weil damit ideologische Fehlentwicklungen nicht korrigiert werden. Dies hat insbesondere Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dort hat sich eine Anspruchshaltung entwickelt, die bei den sozialen Regelungen zu einer massiven Diskrepanz zwischen In- und Ausland geführt hat. Arbeitszeit und Pausenregelung, Länge des Urlaubs, Regelungen im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Regelungen der Lebensarbeitszeit liegen - zusammen betrachtet - so entscheidend über dem internationalen Niveau, daß schon heute berufliche und räumliche Mobilität kaum mehr gegeben ist.

45. Die Herausforderung durch jene, die in den achtziger Jahren neu ins Erwerbsleben drängen, wird die closed-shop Mentalität der Tarifvertragsparteien aufbrechen; dies umso mehr, als angesichts der Finanzlage des Staates und der - wegen der Änderung der Bevölkerungsstruktur - eher zurückgehenden Nachfrage nach Kollektivgütern (schulische und berufliche Ausbil-

bildung, Verkehrswesen etc.) die Beschäftigung im öffentlichen Dienst deutlich schwächer als in der Vergangenheit zunehmen dürfte. Die Erwerbstätigkeit als Selbständiger wird damit zwangsläufig als wichtige Alternative erscheinen; die Relation Selbständige zu abhängig Beschäftigten dürfte sich zugunsten der Selbständigen verschieben. Dies dürfte Einfluß auf die Wirtschaftspolitik haben. Eine marktwirtschaftlich orientierte Ordnungspolitik - zumal beim existierenden Verdruß über Bürokratien - dürfte dadurch begünstigt werden. Zu einer mehr marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik mag es auch deshalb kommen, weil sich die Wirtschaftspolitik der USA grundsätzlich umorientiert hat und weil versucht werden könnte, diese Politik - wenn auch mit Einschränkungen - nachzuahmen. Insgesamt wird die marktwirtschaftliche Politik in den achtziger Jahren wohl eine gewisse Renaissance erleben. Dies dürfte praktisch unabhängig davon gelten, welche Partei bzw. welche Parteien die Regierung stellt bzw. stellen.

### III. Verhalten der Tarifpartner

46. Die Tarifabschlüsse der 80er Jahre dürften, nachdem sie sowohl im Jahre 1980 als auch 1981 zu hoch ausgefallen sind, zunehmend von der Einsicht der Gewerkschaften in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge geprägt sein. Damit wäre die Entwicklung eher jener in den 50er und 60er Jahren als jener in den 70er Jahren vergleichbar. Die demographische Entwicklung, insbesondere das bis in die Mitte der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutlich zunehmende Arbeitskräftepotential, und der gegenwärtig hohe Bestand an registrierten und nicht registrier-

ten Arbeitslosen sprechen jedenfalls für eine relativ schwache Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Es ist kaum zu erwarten, daß die Unternehmen in den nächsten Jahren auf arbeitsintensivere Produktionsverfahren umstellen, damit die Arbeitskräftenachfrage verstärken und somit einen gegenläufigen Effekt ausüben werden; denn die Entwicklung beim Arbeitskräftepotential wird sich gegen Ende des Jahrzehnts umkehren und dies ist allgemein bekannt. Der Reallohnanstieg wird wahrscheinlich nachhaltig - wenn auch nur in begrenztem Maße - hinter der Zunahme des verteilbaren Produktivitätsfortschritts zurückbleiben.

47. Deutlich weniger Einsicht in marktwirtschaftliche Funktionszusammenhänge scheint es hinsichtlich des Problems der Anpassung der Reallohnstruktur an die Produktivitätsstruktur zu geben. Nicht über bewußte Tariflohndifferenzierung entsprechend den relativen Knappheiten, sondern über die Lohn-drift in Phasen günstiger konjunktureller Entwicklung dürfte eine gewisse Effektivlohndifferenzierung zustandekommen.
48. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen dürften weniger als in den siebziger Jahren darauf abzielen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Entscheidungsalternative dürfte in den kommenden Jahren eher lauten "Erhalt des gegenwärtigen Reallohns oder mehr Freizeit" als "höherer Reallohnanstieg oder mehr Freizeit". Ein nicht sinkendes Realeinkommen oder ein geringer Realeinkommensanstieg werden wohl attraktiver sein als mehr Freizeit. In den frühen 80er Jahren wird es aber dennoch für bestimmte Personengruppen

aufgrund verlängerten Urlaubs oder infolge vorgezogenen Renteneintrittalters eine begrenzte Arbeitszeitverkürzung geben; in manchen Branchen sind entsprechende Regelungen bereits tarifvertraglich vereinbart. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten dürfte weiter steigen; dabei sind auch Ansätze zu einem "job-sharing" zu erwarten. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen, sei er teil- oder vollzeitbeschäftigt, dürfte dadurch insgesamt im Tempo der sechziger und siebziger Jahre abnehmen<sup>17</sup>.

49. Im Rahmen des Szenarios I dürften die Tariflöhne je Stunde im Durchschnitt der achtziger Jahre um etwa 5 vH zunehmen. Von 1970 bis 1980 hatte der durchschnittliche Anstieg je Jahr 8,6 vH betragen. Zu berücksichtigen ist freilich, daß die Inflationsrate in den siebziger Jahren 5,1 vH betragen hat, während für die achtziger Jahre ein Anstieg um durchschnittlich 3,5 vH erwartet wird. Der "reale" Tariflohnanstieg wäre also im laufenden Jahrzehnt um rd. zwei Prozentpunkte geringer als in den siebziger Jahren. Im Rahmen des Szenarios II wird ein Tariflohnanstieg unterstellt, der um etwa einen Prozentpunkt geringer als in Szenario I ausfällt, um damit von Seiten der Lohnpolitik einen angemesseneren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

---

<sup>17</sup> Diese Einschätzung entspricht jener von Klaus-Dieter Schmidt: "Außerdem wurde angenommen, daß die je Erwerbstätigen geleistete Arbeitszeit im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im gleichen Tempo zurückgeht wie in den sechziger und siebziger Jahren (0,9 vH). Dabei ist berücksichtigt, daß die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten, vor allem wegen der noch steigenden Erwerbsquoten bei Frauen, weiter zunehmen wird." Vgl. Klaus-Dieter Schmidt, Potentielle Arbeitsplätze im tertiären Sektor - Eine Beschäftigungsprognose bis 1990, in: Die Weltwirtschaft, hrsg. von Herbert Giersch, Jg. 1980, Heft 1, S. 121-140

## D. Szenario I: Wahrscheinliche Entwicklung

### I. Entwicklung bis Ende 1982

50. Die kurzfristigen Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland stellen sich folgendermaßen dar<sup>18</sup>.
51. Nachdem das reale Sozialprodukt vom Frühjahr bis zum Winter 1980 kräftig gesunken war, nahm es nach der Jahreswende wieder leicht zu, vor allem bedingt durch einen starken Anstieg der Ausfuhr. Daß die Auslandsnachfrage trotz schwacher Konjunktur in den meisten Partnerländern der Bundesrepublik so lebhaft war, ist einerseits darauf zurückzuführen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter infolge der realen Abwertung der D-Mark (seit Ende 1979 mehr als 10 vH) deutlich erhöht hat. Zum anderen haben wohl erneute Inflationsängste - ausgelöst durch die Ölverteuerung von Ende 1980 - und die Erwartung von Wechselkursanpassungen im EWS zum Anstieg der Auslandsnachfrage beigetragen. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, daß sich die exportinduzierte Belebung im weiteren Jahresverlauf fortsetzt. Die weltweit verschärfte Restriktionspolitik dürfte zunehmend kontraktiv auf Nachfrage und Produktion im Ausland wirken und - jedenfalls kurzfristig - den exportstützenden Effekt der verbesserten Wettbewerbsposition der Bundesrepublik aufgrund der DM-Abwertung überkompensieren.

---

<sup>18</sup>Vgl. Alfred Boss, Günter Flemig, Enno Langfeldt, Peter Trapp, Norbert Walter, Bundesrepublik Deutschland: Anhaltender Abschwung, Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1981, S. 20-39.  
Die folgenden Ziffern 51 bis 57 entstammen dem Kieler Kurzbericht 6/81, der eine Zusammenfassung des Artikels in Die Weltwirtschaft enthält.

52. Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik haben auf die weltwirtschaftlichen Herausforderungen nicht angemessen reagiert. Die Wirtschaftspolitik hat es versäumt, Leistungsanreize zu erhöhen und die Risikobereitschaft zu fördern. Eine marktgerechte Änderung von Preisrelationen wurde verhindert, indem Subventionen gewährt und Preise administrativ festgelegt wurden. Die Lohnpolitik war darauf ausgerichtet, die Einkommensposition zu verteidigen. Da der Verteilungsspielraum durch die Verschlechterung der Terms of Trade eingeengt war, ging dies zu Lasten des Wachstums und der Beschäftigung auf mittlere Sicht. Die Investitionsneigung wird außerdem dadurch geschwächt worden sein, daß die Notenbank der niedrigeren internationalen Bewertung des Standorts Bundesrepublik mit monetären Maßnahmen entgegengewirkt und den automatischen Stabilisator Wechselkurs zumindest der Tendenz nach behindert hat.
53. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die finanz- und geldpolitischen Weichen in unmittelbarer Zukunft umgestellt werden. Im Herbst, wenn deutlich wird, wie ungünstig die Konjunktur im Jahre 1982 sein wird und wie stark dies das Steueraufkommen mindern und die Sozialausgaben ansteigen lassen wird, kann man zwar mit Konsolidierungsmaßnahmen rechnen. Es ist aber im gegenwärtigen Stadium der finanzpolitischen Diskussion kaum zu übersehen, ob und wie stark die nachfragedämpfenden Effekte durch positive Angebotswirkungen vermindert werden. Die Erfahrungen mit Maßnahmen ähnlicher Art in der Vergangenheit und in anderen Ländern lassen vermuten, daß sich die Angebotsför-

derung erst nach einiger Zeit positiv auswirkt.

54. Die Bundesbank wird die geldpolitischen Restriktionen wahrscheinlich erst im späteren Verlauf des Jahres 1981 lockern, weil sie bis dahin Inflationsrate und Leistungsbilanzdefizit als zu hoch ansehen wird. Auch hoffen die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen immer noch, daß sich die Wirtschaftsaktivität schon bald aus sich heraus beleben wird. Wenn sich der Abschwung verschärft und die Arbeitslosigkeit stark steigt, ist zu erwarten, daß die Notenbank geldpolitisch überaus stark reagiert und 1982 eine Geldmengenexpansion zuläßt, die deutlich höher ausfällt, als es einer Potentialorientierung entspräche.
55. Die Ertragsrechnungen der Unternehmen werden durch die Lohnabschlüsse des Jahres 1981 belastet. Zwar werden die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft übertarifliche Leistungen abzubauen und damit einen Teil der Kosten aufzufangen wissen, aber in einem größeren Umfang läßt sich die lohnpolitische Entwicklung des Jahres 1981 erst dann korrigieren, wenn im Frühjahr 1982 neue Tarifverträge abgeschlossen werden. Die überaus hohe Arbeitslosigkeit und die sichtlich niedrigeren Inflationsraten dürften dann zu deutlich schwächeren Lohn-erhöhungen führen.
56. Da sich Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik so spät umorientieren werden, dürfte sich der Abschwung bis in das Jahr 1982 hinein fortsetzen. Ob das reale Sozialprodukt 1982 höher sein wird als 1981, ist zweifelhaft. Es ist eher zu erwarten, daß

positive Effekte der Wirtschaftspolitik und endogene Aufschwungskräfte so spät und so schwach eintreten, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion erst in der zweiten Jahreshälfte 1982 steigt. Das reale Sozialprodukt wird 1981 voraussichtlich um fast 2 vH zurückgehen und dürfte 1982 nochmals leicht sinken. Da die Unternehmen nicht sogleich neue Arbeitskräfte einstellen, wenn sich die Produktion belebt, ist damit zu rechnen, daß die Arbeitslosigkeit noch im zweiten Halbjahr 1982 zunimmt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte 1982 im Jahresdurchschnitt bei 1,7 Mill. liegen.

57. Die Verbraucherpreise dürften im weiteren Verlauf dieses Jahres und 1982 deutlich weniger stark steigen als im Frühjahr, als sich die Importe abwertungsbedingt und die Nahrungsmittel witterungsbedingt verteuerten und administrative Preise und Verbrauchsteuern erhöht wurden. Die Abschwächung des Preisauftriebs wird neben der schlechten Konjunktur durch die erwartete Aufwertung der D-Mark begünstigt werden.

## II. Mittelfristige Entwicklung

### a) Bevölkerung und Arbeitskräftepotential

58. Ein Ausblick auf die 80er Jahre bewegt sich im Bereich der Bevölkerungsentwicklung auf relativ solidem Boden. Die Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung und den Volkszählungsergebnissen, die auch für das nächste Volkszählungsjahr erwartet werden, betreffen das Niveau, weniger aber die Entwicklung des Bevölkerungsbestandes in einzelnen Gruppen oder insgesamt.

59. Die Bevölkerungsprognose stützt sich auf die vom Statistischen Bundesamt erstellte Prognose der deutschen Bevölkerung (einschließlich Wanderungen) bis zum Jahr 1990<sup>19</sup>. Diese Prognose - 1976 erstellt - hat sich, gemessen an den tatsächlichen Ergebnissen für die deutsche Wohnbevölkerung am 31. 12. 1978, als recht verlässlich erwiesen. Die Abweichung zwischen tatsächlichem und prognostiziertem Wert beträgt bei der deutschen Bevölkerung 173 400 oder 0.30 vH (Tabelle 1), dabei bei den Frauen 0.26 vH und bei den Männern 0.35 vH<sup>20</sup>. Für die männliche und weibliche deutsche Wohnbevölkerung im Alter von 15 Jahren bis zu 65 Jahren fallen die Abweichungen sogar fast durchgängig noch geringer aus. Dies ist deshalb von Interesse, weil es bei der Berechnung des potentiellen Arbeitskräfteangebots vor allem auf die Bevölkerung "im erwerbsfähigen Alter" ankommt. Eine Überprüfung der Prognoseergebnisse für einzelne Altersgruppen der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung zum 31.12.1979 oder gar zum 31.12.1980 an den tatsächlichen Werten zu diesen Zeitpunkten ist mangels geeigneter Bestandsdaten hoch nicht möglich. Mißt man die Qualität der Prognose an dem Ergebnis für die gesamte Bevölkerung zum 31.12.1980, so ist die Prognose immer noch als relativ zuverlässig zu betrachten. Gemäß den Fortschreibungsergebnissen (Tabelle 1) gab es zum 1.1.1981

<sup>19</sup>Vgl. Wilfried Linke, Charlotte Höhn, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12, 1975, S. 793-798; dieselben, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1976, S. 337-340. Methodisch handelt es sich um eine jahrgangswise Fortrechnung der Bevölkerung. Vgl. Linke, Höhn, a.a.O., S. 793. Die 1978 von Bund und Ländern durchgeführten Modellrechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung (ohne Wanderungen) erbrachten ähnliche Ergebnisse wie die Prognose des Statistischen Bundesamtes. Vgl. Modellrechnungen zur langfristigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Bund und Ländern, Bd. 1, Ergebnisbericht zum Tagungsordnungspunkt "Bevölkerungsentwicklung" der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6.-8.12.1978 in Düsseldorf. Kurzfassung und Ergebnisse für das Bundesgebiet.

<sup>20</sup>Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 1.3, Bevölkerung nach Alter und Familienstand 1978, S. 41

Tabelle 1 - Wohnbevölkerung am 1.1. des Jahres (in Millionen)

Jahr	Deutsche		Ausländer	Zusammen	
	gemäß den Modellrechnungen zur langfristigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung	gemäß der Prognose des Statistischen Bundesamtes	tatsächlich <sup>a</sup>		
1976	.	.	57744	3901	61645
1977	57.55	57.549	57590	3852	61442
1978	.	57.347	57461	3892	61353
1979	.	57.142	57316	4006	61322
1980	56.85	56.914	57189	4250	61439
1981	.	56.685	57089	4569	61658
1982	.	56,459	.	.	.
1983	.	56.237	.	.	.
1984	.	56.019	.	.	.
1985	55.66	55.806	.	.	.
1986	.	55.599	.	.	.
1987	.	55.394	.	.	.
1988	.	55.190	.	.	.
1989	.	54.986	.	.	.
1990	54.62	54.779	.	.	.

<sup>a</sup>Vgl. Statistisches Bundesamt Bevölkerungsentwicklung 1980, Wirtschaft und Statistik Heft 7, 1981, S. 490 - 496

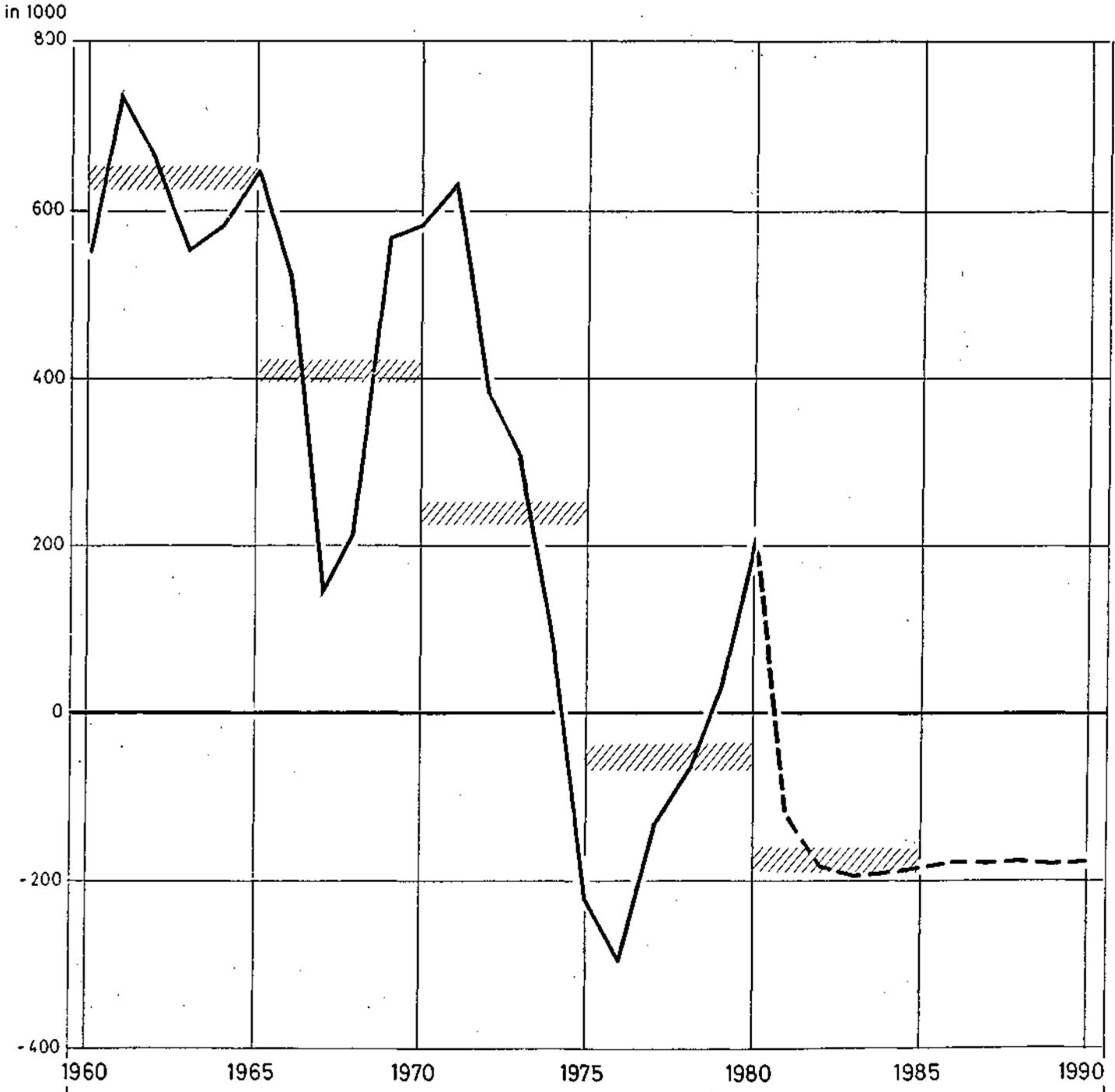
57,089 Mill. Deutsche und damit 0.71 vH oder 404 000 Personen mehr als vom Statistischen Bundesamt im Sommer prognostiziert. Der Fehler betrifft wohl vor allem die Personen im Alter von 60 Jahren oder mehr. Die Prognosefehler bei den Geborenenzahlen liegen in den Jahren 1976 bis 1980 zwischen minus 12 000 und plus 10 000 Personen, d.h. zwischen minus 2 bis plus 2 vH.

60. Gemäß der Prognose des Statistischen Bundesamtes wird die deutsche Wohnbevölkerung vom 1.1.1981 bis zum 1.1.1990 um rd. 1,9 Mill. Personen abnehmen, also um 210 000 Personen oder 0.38 vH je Jahr. Die Zahl der Ausländer hat in den letzten Jahren wieder zugenommen (Tabelle 1). Entscheidend dafür war der - wohl auch konjunkturbedingt - hohe Saldo aus Einwanderungen und Auswanderungen. Nach den Ergebnissen der Modellrechnungen des Bundes und der Länder wird die Zahl der Ausländer bis 1990 um etwa 200 000 Personen zunehmen. Für die gesamte Wohnbevölkerung resultiert daraus eine durchschnittliche Abnahme um rd. 180 000 oder 0.3 vH je Jahr. Diese Entwicklung ist zwar völlig verschieden von jener der Nachkriegszeit bis Mitte der 70er Jahre, als (von 1950 bis 1974) die gesamte Wohnbevölkerung um durchschnittlich 0.2 vH je Jahr zunahm; sie bedeutet aber gegenüber der durchschnittlichen Abnahme von 1974 bis 1980 (0.13 vH) nur eine geringe Beschleunigung des Schrumpfungsprozesses (Vgl. Schaubild 4).
61. Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich bis zum Jahre 1990 dramatisch verändern. Schaubild 5 zeigt den Altersaufbau der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung am 1.1.1978 und am 1.1.1990, insbesondere den schmalen Sockel, auf dem die "Alterspyramide" 1990 stehen wird. Tabelle 2 verdeutlicht, daß sich von 1980 bis 1990 eine relative (und absolute) Abnahme bei den unter 20 Jahre alten Personen, eine Zunahme bei den 20 bis unter 65 Jahre alten Personen und eine Abnahme bei den über 65 Jahre alten Personen ergeben werden.

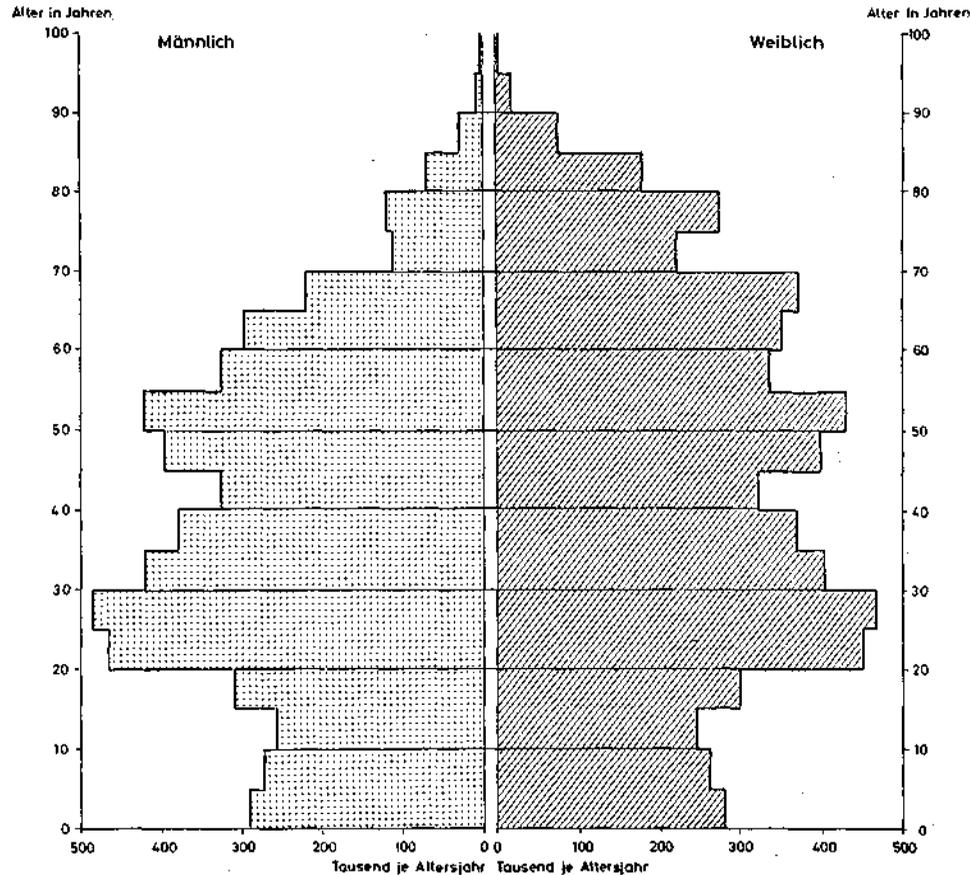
Schaubild 4:

### Entwicklung des Bevölkerungsbestandes (Inländer und Ausländer)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils 5 Jahren in 1000



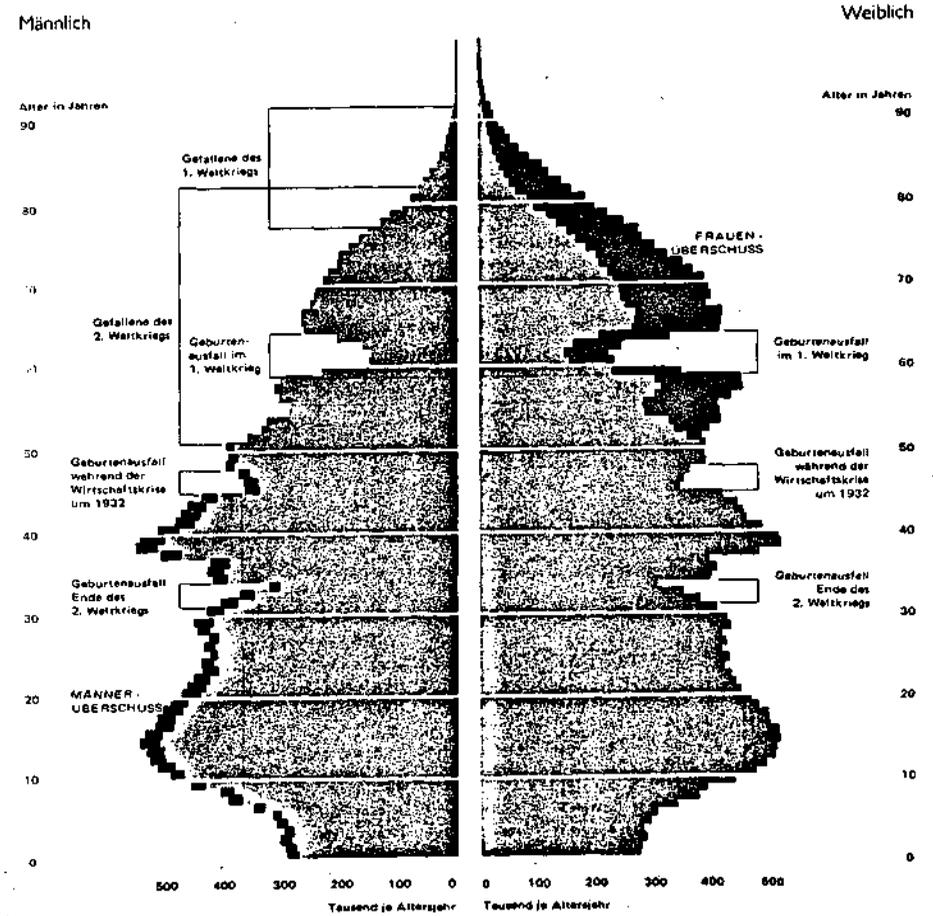
Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 1.1.1990 ohne Ausländer



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hrsg.,  
Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1976

Schaubild 5:

Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 31.12.1978



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hrsg.,  
Statistisches Jahrbuch 1980

Tabelle 2 - Deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen  
am 1.1. ausgewählter Jahre (vH)

Alter	1975	1980	1985	1990
unter 15 Jahre	21,5	18,0	14,7	14,6
15 bis unter 20 Jahre	7,3	8,5	8,3	5,5
20 bis unter 60 Jahre	50,0	53,5	56,1	58,5
60 bis unter 65 Jahre	6,1	3,9	5,9	5,9
65 Jahre oder mehr	15,2	16,3	15,0	15,4

62. Trotz schrumpfender Gesamtbevölkerung dürfte das Arbeitskräftepotential, also jene Personengruppe aus der Gesamtbevölkerung, die bei gegebenen ökonomischen und sozialen Bedingungen, u.a. bei gegebenen Lohnsätzen bzw. Chancen zum Erwerb von Arbeits-einkommen, arbeiten können und wollen, steigen. Der Anteil und die absolute Zahl der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre wird zunehmen (Tabelle 2). Bei den 20 bis unter 60 Jahre alten deutschen Männern ist in den nächsten 10 Jahren ein Anstieg um 827 000 Personen zu erwarten, bei den Frauen eine nur geringfügige Abnahme um 95 000 Personen. Hinzu kommt bei einigen Personengruppen (bestimmte Altersgruppen der verheirateten Frauen) eine zunehmende Erwerbsneigung; dem stehen freilich - wenn auch quantitativ geringere - gegenläufige Effekte bei anderen Personengruppen, insbesondere die Einflüsse einer verlängerten Ausbildungsdauer und eines vorzeitigen Rentenbezugs, gegenüber. Die Erwerbsquoten der Männer in den mittleren Altersgruppen dürften - wie in der Vergangenheit - weitgehend stabil bleiben<sup>21</sup>.

<sup>21</sup>Vgl. Alfred Boss, Das Erwerbspotential in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980 bis 1990, in: Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 114, Januar 1981

63. Für verheiratete Frauen wird eine im Vergleich zu der Entwicklung der vergangenen 20 Jahre geringfügige Zunahme der Erwerbsquote erwartet (Schaubild 6). Dies wird deshalb für wahrscheinlich gehalten, weil im Vergleich zu den letzten 20 Jahren der Anstieg des Reallohns geringer ausfallen dürfte; die Attraktivität der Erwerbstätigkeit im Vergleich zur Freizeit dürfte also schwächer als früher zunehmen. Daß der Reallohn im Entscheidungskalkül der Individuen eine Rolle spielt, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre. Die Abflachung des Reallohnanstiegs ging mit einer deutlich verlangsamten Zunahme der Erwerbsquote der verheirateten Frauen einher<sup>22</sup>.

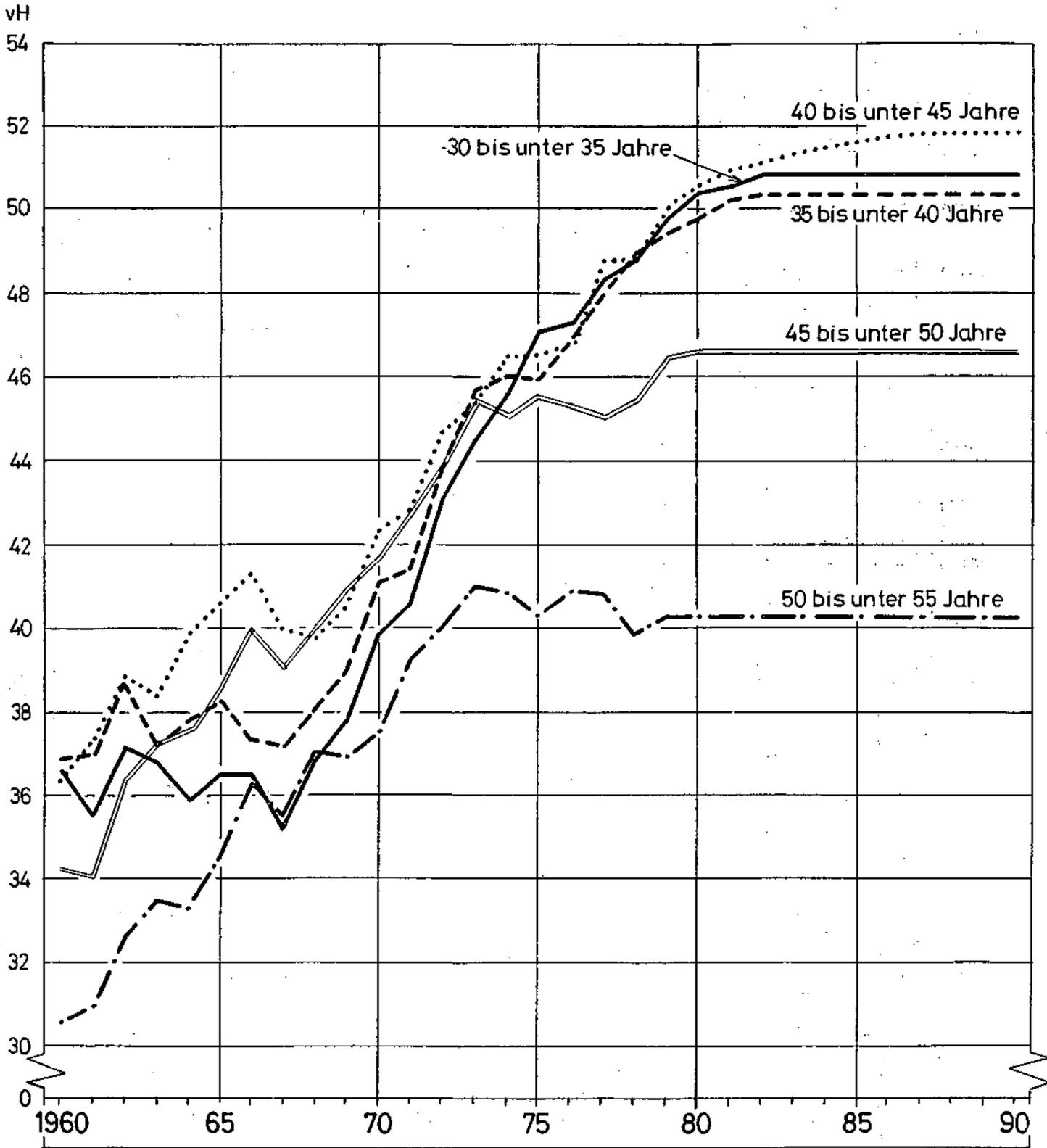
64. Die wichtigsten Ergebnisse der Prognose des Erwerbspotentials sind in Tabelle 3 im Anhang dargestellt. Schaubild 7 zeigt den prognostizierten Verlauf für die Zahl potentieller deutscher Erwerbsspersonen nach dem Inländerkonzept sowie - zum Vergleich - die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) 1976 ermittelten Zahlen für die Jahre 1961 bis 1990.

65. Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften nahm - nach einem kräftigen Anstieg bis zur Mitte der 70er Jahre - zunächst ab, zuletzt aber wieder auf rd. 2,4 Mill. Personen zu. In den nächsten Jahren dürfte sich das Angebot an ausländischen Arbeitskräften - bei weiterhin geltendem Anwerbstop - nur unwesentlich ändern. Die ausländische Wohnbevölkerung in der

<sup>22</sup>Vgl. hierzu Alfred Boss, Die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland - Erklärung und Prognose, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 44, Nürnberg 1981

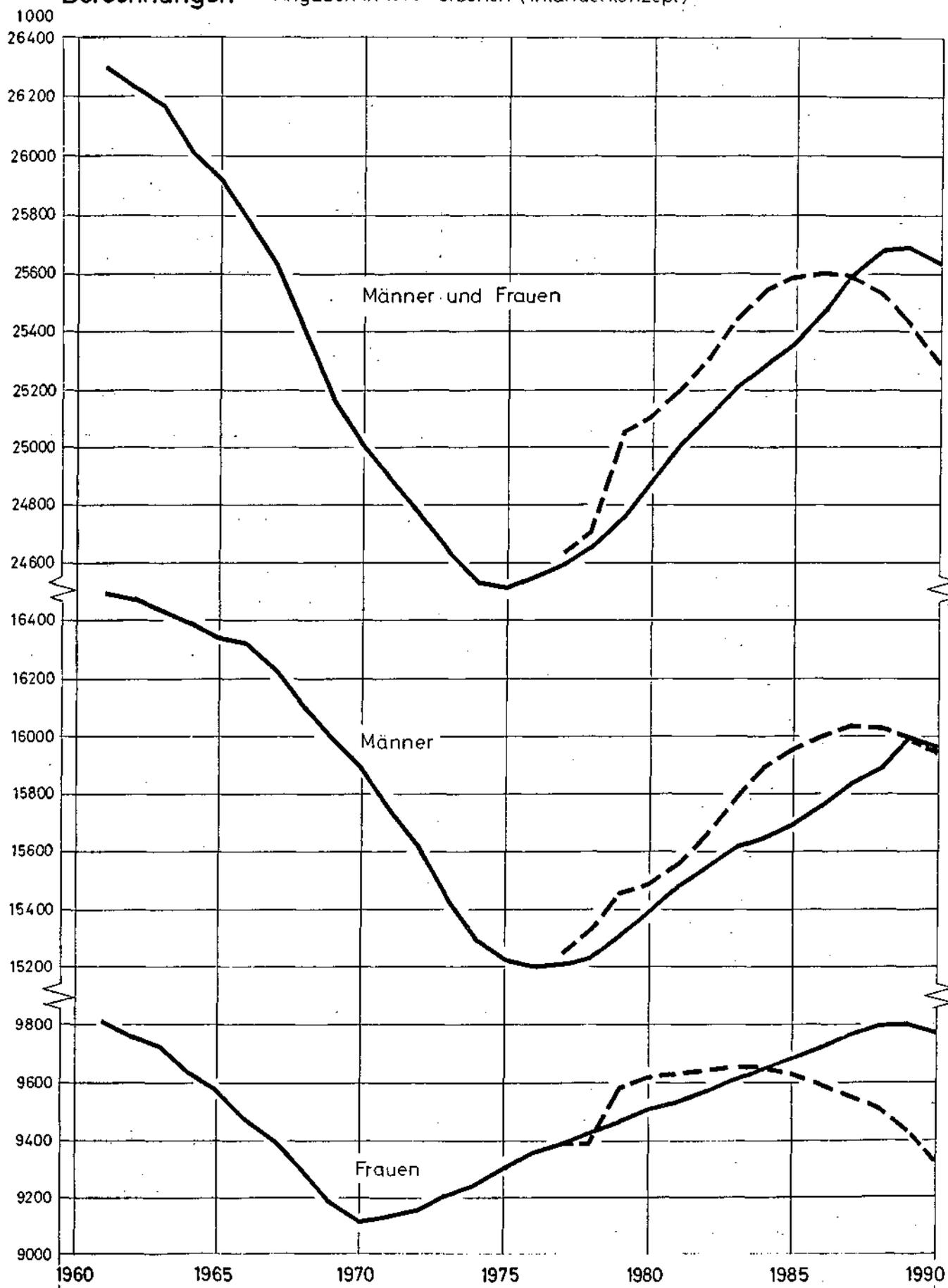
Schaubild 6:

### Die Erwerbsquoten verheirateter Frauen in verschiedenen Altersklassen in den Jahren 1960 bis 1990<sup>a</sup>



<sup>a</sup> Ab 1980 prognostizierte Werte.

Schaubild 7:  
Erwerbspersonenpotential (ohne Ausländer) nach Berechnungen des  
Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und nach eigenen  
Berechnungen - Angaben in 1000 Personen (Inländerkonzept) -



--- Eigene Berechnungen.

Bundesrepublik Deutschland wird sich zwar infolge von Familienzusammenführungen, durch Zuwanderung aus EG-Staaten und durch natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburtenüberschuß) erhöhen, aber andererseits durch Rückwanderung wohl vor allem in nicht zur EG gehörende Staaten abnehmen<sup>23</sup>. Diese trendmäßige Entwicklung wird wie in der Vergangenheit von konjunkturellen Schwankungen überlagert werden.

b) Kapitalstock und Produktionspotential

66. Der Kapitalstock der deutschen Wirtschaft, das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1970 gemäß der Terminologie des Statistischen Bundesamtes, hat von 1960 bis 1970 um jahresdurchschnittlich 5,8 vH zugenommen (Tabelle 3). In den siebziger Jahren nahm diese Rate auf 4,3 vH ab.<sup>24</sup>

Tabelle 3: Kapitalstock und Produktionspotential  
- jahresdurchschnittliche Veränderung in vH

Zeitraum	Kapitalstock	Produktionspotential
1960-1970	5,8	4,5
1970-1980	4,3	3,1
1980-1985	3,2	1,8
1985-1990	3,3	1,9
1980-1990	3,3	1,9

<sup>23</sup> Das im Frühjahr 1980 beschlossene Integrationsprogramm für junge Ausländer umfaßt im wesentlichen die Erleichterung der Einbürgerung für die zweite Ausländergeneration sowie einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis für ausländische Jugendliche (vgl. Handelsblatt vom 20.3.1980).

<sup>24</sup> Inwieweit die Ergebnisse der amtlichen Kapitalstockberechnungen die Realität ausreichend genau widerspiegeln, wenn es zu deutlichen Änderungen der relativen Faktor- und Güterpreise kommt, wird hier nicht untersucht. Die Angaben über die künftige Entwicklung des Kapitalstocks sind mit den gleichen Vorbehalten zu betrachten wie die Daten über die Vergangenheit. Wahrscheinlich wird der ökonomisch nutzbare Kapitalstock in den üblichen Berechnungen zu hoch ausgewiesen.

Entscheidend dafür war der verlangsamte Anstieg der Investitionen - der Ausrüstungsinvestitionen ebenso wie der Bauinvestitionen (Tabelle 4). Dabei ist die erste Hälfte der siebziger Jahre die eigentliche Phase der Investitionsschwäche; die letzten fünf Jahre zeigen dagegen im Durchschnitt eine Stabilisierung der Investitionstätigkeit. Freilich sind die Fünfjahresdurchschnitte etwas dadurch verzerrt, daß der Kapazitätsauslastungsgrad 1975 niedriger als 1970 und 1980 war.

Tabelle 4: Investitionen in Preisen von 1970  
- jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH -

Zeitraum	Anlageinvestitionen	Ausrüstungsinvestitionen	Bauinvestitionen
1960-1965	5,7	7,1	5,1
1965-1970	3,8	7,3	1,8
1970-1975	-1,0	-1,0	-1,0
1975-1980	5,2	6,9	3,9
1960-1970	4,7	7,2	3,4
1970-1980	2,0	2,9	1,4
1980-1985	1,6	2,5	0,9
1985-1990	4,1	5,9	2,5
1980-1990	2,8	4,2	1,7

67. Entsprechend der Entwicklung des Kapitalstocks ist das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential mit abnehmendem Tempo gewachsen.<sup>25</sup> Nach 4,5 vH in den sechziger Jahren ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Zunahme von 3,1 vH für die siebziger Jahre (Tabelle 3).

<sup>25</sup> Dies resultiert aus dem verwendeten Ansatz zur Messung des Produktionspotentials. Vgl. hierzu Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1977/78, Bundestagsdrucksache 8/1221 vom 22. November 1977, S. 213-214, S. 216-218. Bei der Berechnung der von Konjunkturschwankungen bereinigten Kapitalproduktivität wird ein logarithmisch-linearer Trend für den Zeitraum 1960 bis 1979 zugrundegelegt.

68. Um die Entwicklung des Kapitalstocks und - darauf basierend - des Produktionspotentials bis zum Jahre 1990 abzuschätzen, ist es vor allem erforderlich, eine Vorstellung über die Zugänge zum Kapitalstock, die Investitionen, zu gewinnen. Einzelüberlegungen dazu sind im Abschnitt Bruttosozialprodukt und seine Komponenten dargestellt. Die Ergebnisse enthält Tabelle 4. Für den Kapitalstock und das Produktionspotential resultieren daraus durchschnittliche Veränderungsraten im Zeitraum 1980 bis 1990 von knapp 3,5 vH bzw. rd. 2 vH (Tabelle 3).

c) Bruttosozialprodukt und Inflationsrate

69. Im Abschnitt Geldpolitik war beschrieben worden, welche Geldpolitik in den nächsten Jahren wohl zu erwarten ist. Schaubild 8 verdeutlicht die Konsequenzen der erwarteten Politik für die Geldmenge  $M_1$ . Nach Untersuchungen von Trapp<sup>26</sup> ist die Wirkungsverzögerung zwischen Änderungen im Expansionstempo der Geldmenge  $M_1$  und Änderungen in der Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität bzw. in der Preisentwicklung zwar in Grenzen variabel, der Lag beträgt aber in etwa drei bis vier Quartale für die wirtschaftliche Aktivität und etwa 2 1/2 Jahre für die Preisentwicklung. Insofern ist die wirtschaftliche Entwicklung bis in das Jahr 1982 hinein in ihren

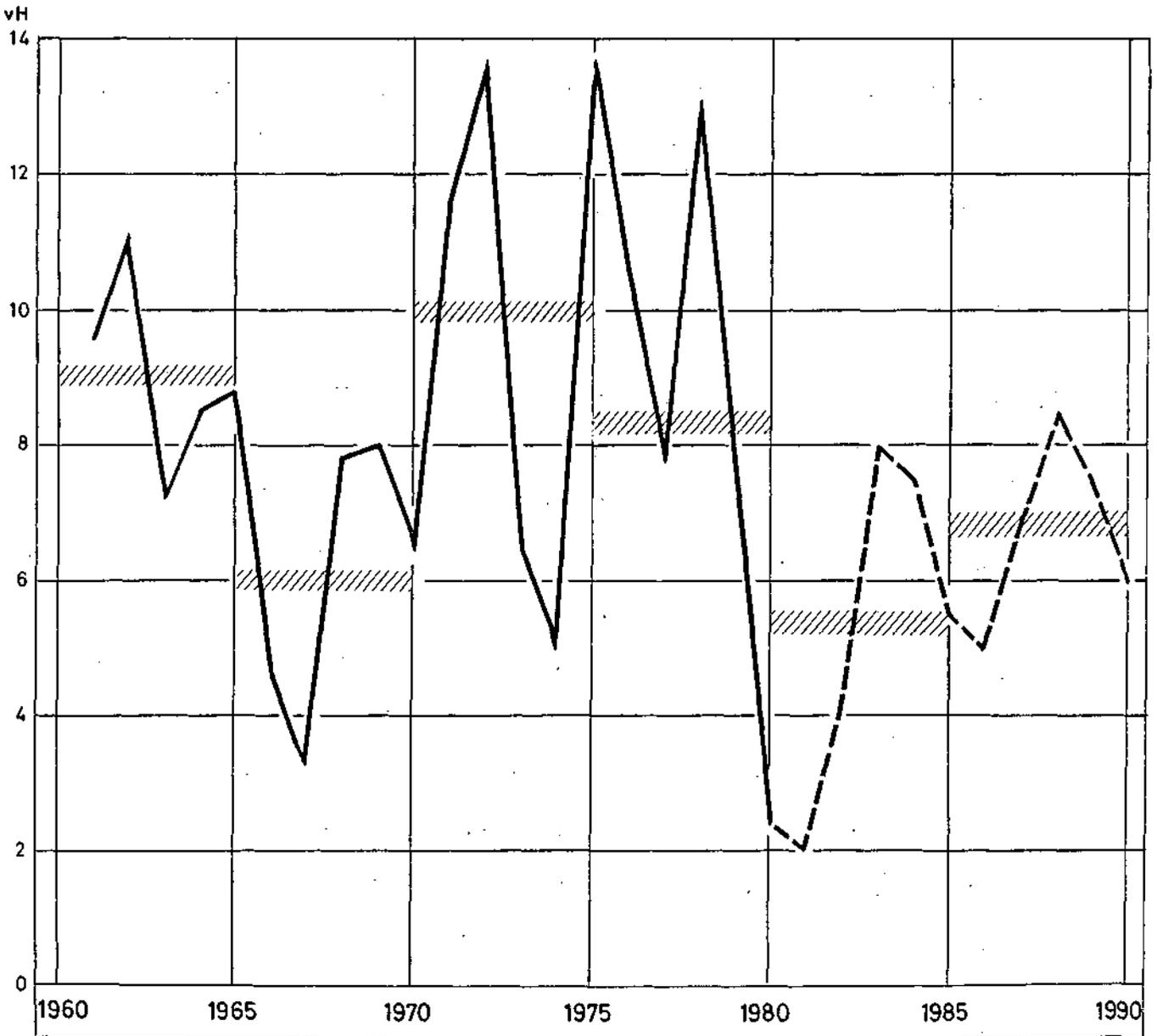
---

<sup>26</sup> Vgl. Peter Trapp, Geldmenge, Ausgaben und Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland, Kieler Studie, Nr. 138, Tübingen 1976, insbesondere S. 143-144.

Schaubild 8:

## Geldmenge M1

Veränderung der Jahresdurchschnittswerte und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren



Grundzügen durch die bereits hinter uns liegende in- und ausländische Wirtschafts-, insbesondere Geldpolitik, festgelegt. Die für 1981 und 1982 erwartete konjunkturelle Entwicklung ist ausführlich an anderer Stelle beschrieben und begründet worden.<sup>27</sup>

70. Auf der Basis dieser Entwicklung und der für 1982 und danach wahrscheinlichen Geldpolitik wird die in Schaubild 9 dargestellte Preisentwicklung erwartet (Tabelle 4 im Anhang). Danach wird die Inflationsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, aufgrund der restriktiven Geldpolitik der letzten 2 1/2 Jahre in den kommenden Jahren deutlich abnehmen; 3 1/2 vH für 1982 und 2 1/2 vH für 1983 erscheinen wahrscheinlich. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs 1983/84 wird die Inflationsrate mit der üblichen Verzögerung wohl bis auf 4 vH - zeitweise auch darüber - ansteigen und danach wieder bis auf 3 vH abnehmen. Danach könnte die Inflationsrate infolge eines neuen Konjunkturaufschwungs wieder auf 4 vH zunehmen. Im Durchschnitt des Jahrzehnts wird die Inflationsrate wohl 3 1/2 vH betragen und damit zwar höher als in den 60er Jahren (2 1/2 vH), aber niedriger als im vergangenen Jahrzehnt (5 vH) ausfallen.

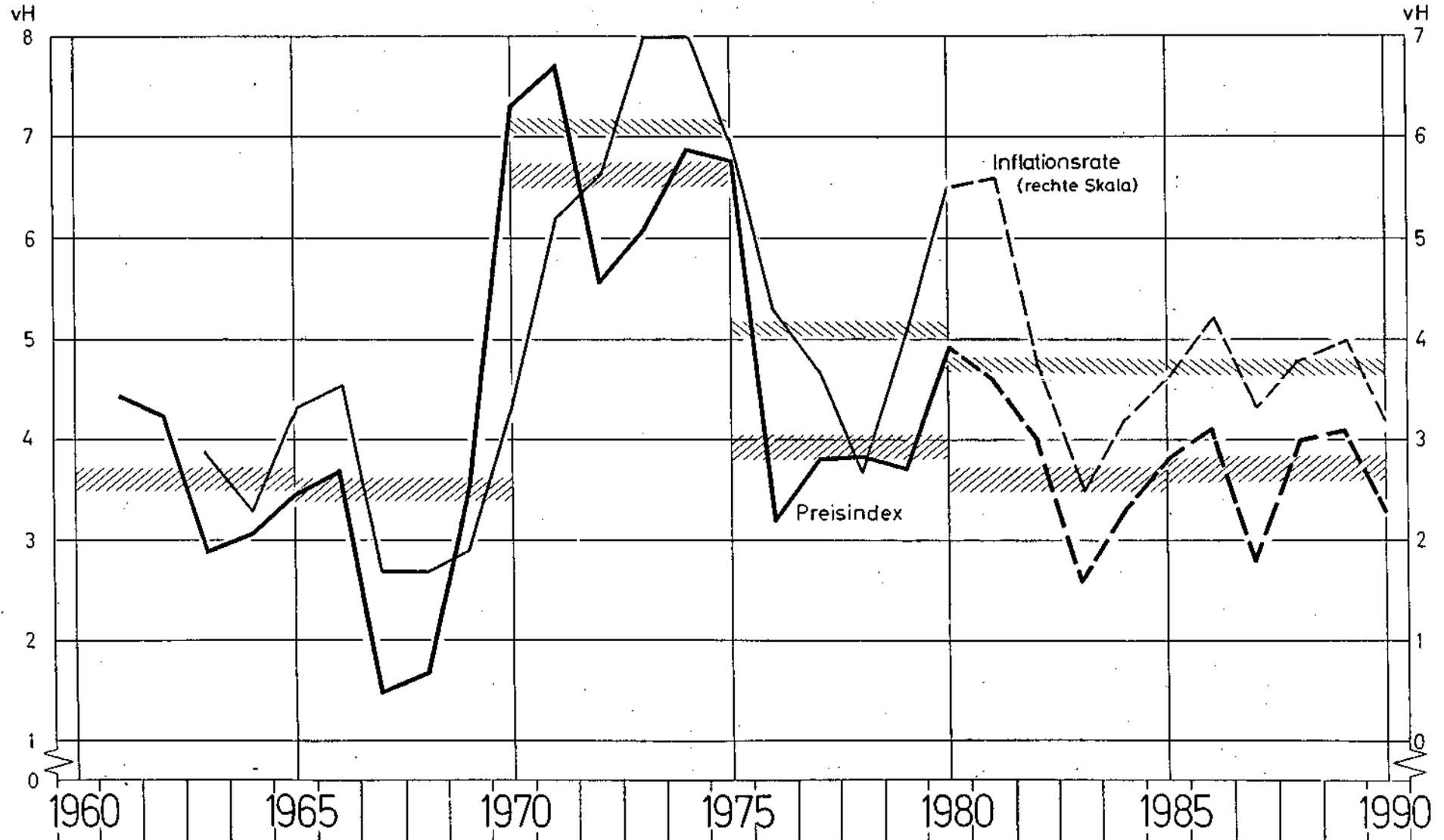
---

<sup>27</sup> Vgl. Alfred Boss, Günter Flemig, Enno Langfeldt, Peter Trapp, Norbert Walter, Bundesrepublik Deutschland: Anhaltender Abschwung, Die Weltwirtschaft, 1981, Heft 1, S. 20-39; vgl. die Ziffern 50-57 dieses Beitrags.

Schaubild 9:

# Preisindex für das Bruttosozialprodukt und Inflationsrate<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils 5 Jahren (vH) -



<sup>a</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

71. Grundlage dieser Einschätzung der künftigen Entwicklung des Preisniveaus ist die Hypothese, "daß eine nachhaltige Änderung der Geldmengenexpansion ceteris paribus zu einer gleichgerichteten Änderung der Inflationsrate führen wird. Diese Anpassung erfolgt erst nach einer gewissen Zeit, nachdem es über Veränderungen der relativen Preise finanzieller und realer Vermögensarten zu einer Reaktion der nominalen Güternachfrage gekommen ist."<sup>28</sup> Zusätzliche Einflußfaktoren (Wechselkurs und Importpreise, Mehrwertsteuersatzänderungen usw.) sind "nur insofern bedeutsam, als sie kurzfristig zu Abweichungen von einem durch die Geldpolitik vorgegebenen Trend führen können".<sup>29</sup>
72. Aufgrund der bis in das Jahr 1982 hinein erwarteten Terms-of-Trade-Verbesserung dürfte der Deflator für das Bruttosozialprodukt in den Jahren 1982 und 1983 stärker zunehmen als der Deflator für die Inlandsverwendung. Da für die Jahre danach praktisch eine Konstanz des Terms-of-Trade-Niveaus bis zum Ende des Jahrzehnts erwartet wird, ergeben sich kaum noch nennenswerte Unterschiede für die Veränderungsraten der beiden Deflatoren (Tabelle 5).

---

<sup>28</sup> Reinhard Fürstenberg und Joachim Scheide, Ansätze zur Inflationsprognose. Ein Beitrag über die voraussichtliche Entwicklung in der Bundesrepublik, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 104, Kiel, Mai 1980, S. 7-8.

<sup>29</sup> Fürstenberg, Scheide, Ansätze, a.a.O., S. 13-14.

Tabelle 5 : Deflatoren gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Terms of Trade

- jahresdurchschnittliche Veränderung in vH -

Zeitraum	Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe	Terms of Trade <sup>a</sup>	Bruttosozialprodukt
1960-1965	3.6	2.3	3.6
1965-1970	3.4	1.3	3.5
1970-1975	6.7	-0.1	6.6
1975-1980	4.2	-2.3	3.9
1980-1985	3.6	0.0	3.6
1985-1990	3.6	0.0	3.7
1960-1970	3.5	1.8	3.6
1970-1980	5.4	-1.2	5.2
1980-1990	3.6	0.0	3.6
1960-1980	4.4	0.3	4.4
1960-1990	4.2	0.2	4.1

<sup>a</sup> Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in Relation zum Index der Durchschnittswerte der Einfuhr

73. Die erwartete Geldpolitik dürfte zusammen mit der beschriebenen Preisentwicklung dazu führen, daß es gegen Jahresende 1982 zu einem neuen Konjunkturaufschwung kommen wird. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte in den Jahren 1983 und 1984 mit 3 bis 4 vH deutlich stärker als das Produktionspotential zunehmen. Die angesichts steigender Inflationsraten für 1984 zu erwartenden Anfänge einer geldpolitischen Bremspolitik werden die wirtschaftliche Aktivität bremsen. Die Rezession 1985/86 dürfte freilich relativ mild ausfallen, weil die Wirtschaftspolitik wohl etwas weniger stark als in der Vergangenheit mit antizyklischer Intention betrieben werden dürfte (vgl. Abschnitt Nationale Wirtschaftspolitik). Im folgenden Aufschwung könnten die Wachstumsraten wiederum 3 bis 4 vH betragen (Schaubild 10).
74. Die skizzierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung ergibt sich bei Verwendung eines formalisierten Regressionszusammenhangs für die letzte inländische Verwendung. Dabei sind Änderungen der Expansionsrate der Geldmenge  $M_1$  und Änderungen im Tempo des Preisniveausanstiegs, gemessen am Deflator für die letzte inländische Verwendung, die erklärenden, simultan und mit Verzögerung wirkenden Variablen.<sup>30</sup> Die für wahrscheinlich gehaltene Entwicklung der Exporte und der Importe wird dann - ohne Verwendung eines Regressionsmodells - in die Analyse einbezogen, um die Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts abzuleiten.

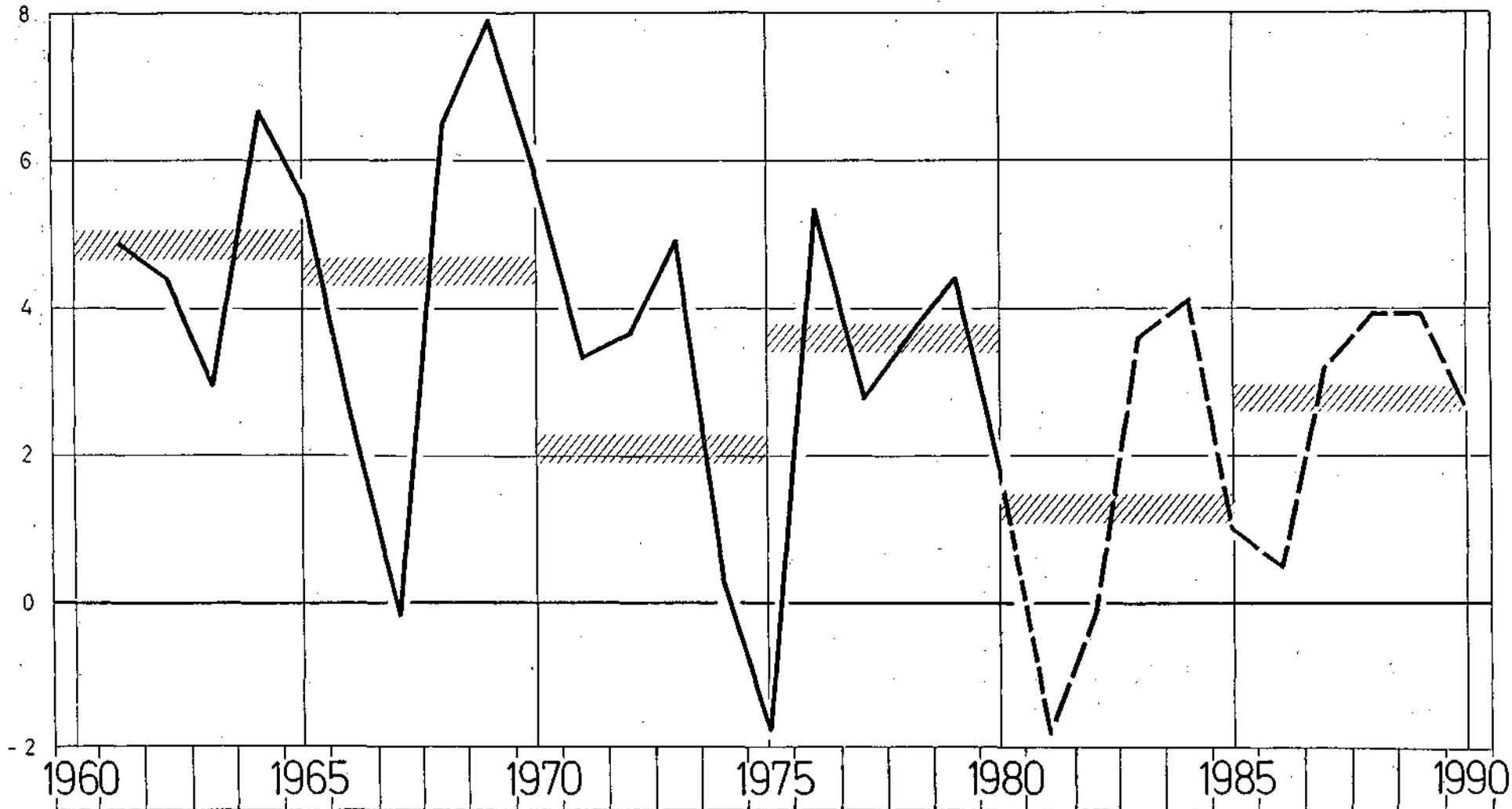
---

<sup>30</sup> Vgl. Enno Langfeldt, Experiences in forecasting short term economic activity in the Federal Republic of Germany with a simple monetary regression model, unveröffentlichtes Manuskript, Kiel 1981.

Schaubild 1o:

# Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970

vH -Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren (vH)-



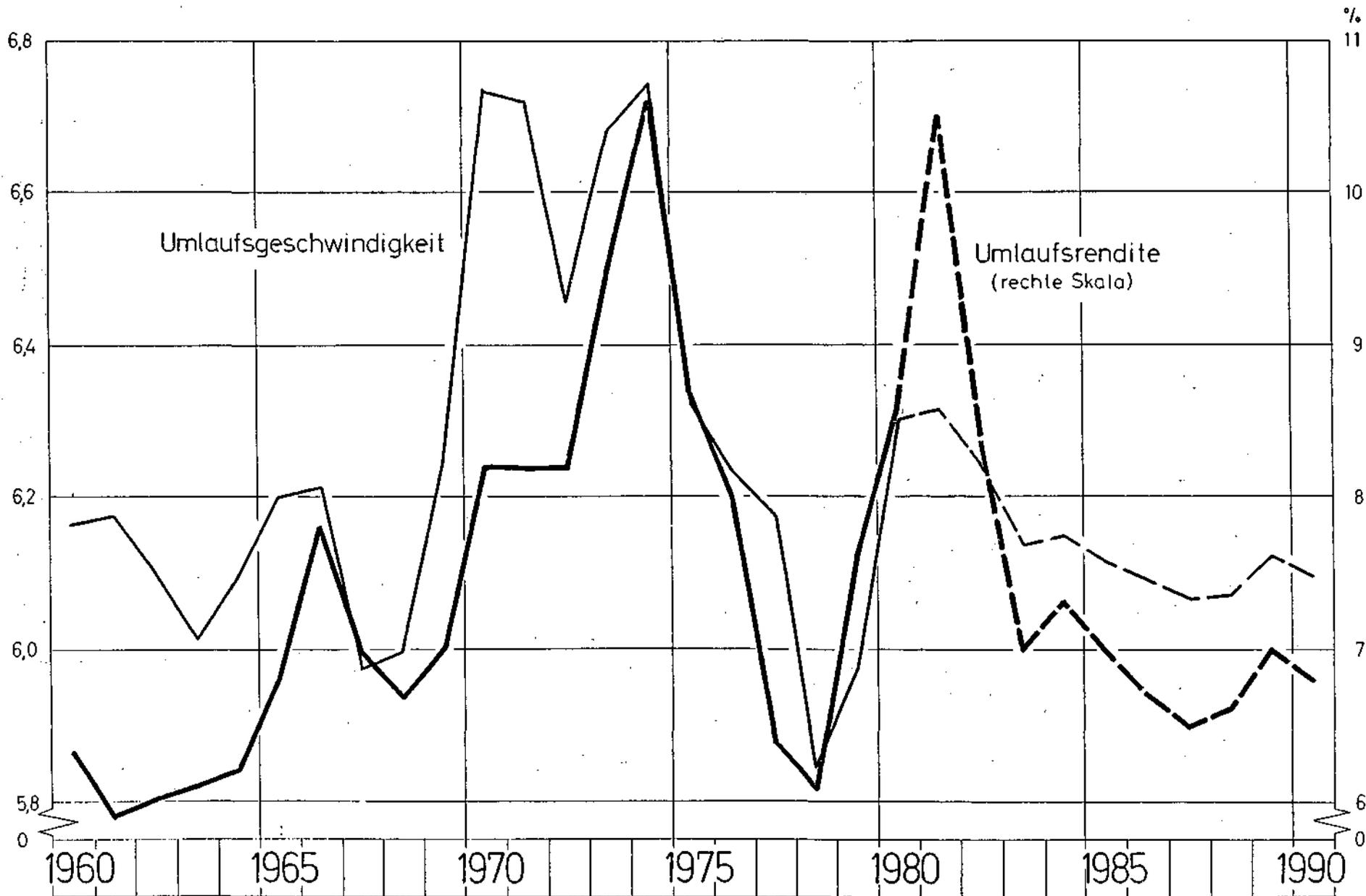
75. Die insoweit prognostizierte Entwicklung für das reale Bruttosozialprodukt und für den zugehörigen Deflator implizieren für das nominale Bruttosozialprodukt einen durchschnittlichen Anstieg von rd. 6 vH in den achtziger Jahren, nach 8,5 vH in den sechziger Jahren und 8,2 vH in den siebziger Jahren (Tabelle 6 im Anhang). Angesichts der als exogen betrachteten Geldpolitik und der abgeleiteten Entwicklung des Sozialprodukts ist zu untersuchen, ob die Implikationen für die Einkommensumlaufgeschwindigkeit plausibel sind. Die Umlaufgeschwindigkeit wird ceteris paribus immer dann hoch sein, wenn der Nominalzinssatz hoch ist, und umgekehrt<sup>31</sup>. Die erwartete Entwicklung des Nominalzinssatzes stützt sich auf die Hypothese einer verzögerten Anpassung an die Preisentwicklung sowie auf die Erwartung eines im Durchschnitt der achtziger Jahre etwas höheren Realzinssatzes. Eine höhere Realrendite und ein höherer Realzinssatz sind dabei Reflex der Erwartung eines gedrückten Reallohns und der zurückgedrängten staatlichen Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential. Schaubild 11 zeigt, daß Umlaufgeschwindigkeit und Zinssatz in der Prognose tendenziell gleichgerichtet verlaufen. Als Zinssatz ist dabei die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere (als Approximationsgröße für den prinzipiell besser geeigneten Zinssatz für Dreimonatsgeld) verwendet worden (Tabelle 7 im Anhang).

---

<sup>31</sup> Zu den Determinanten der Geldnachfrage vgl. Harmen Lehment und Enno Langfeldt, Welche Bedeutung haben << Sonderfaktoren >> für die Erklärung der Geldnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland? Weltwirtschaftliches Archiv, Band 116, 1980, Heft 4, S. 669-684.

Schaubild 11:

# Einkommensumlaufgeschwindigkeit und Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere



d) Bruttonsozialprodukt und seine Komponenten

76. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften in den 80er Jahren weniger zunehmen als das Bruttonsozialprodukt. Dafür spricht einmal die Erwartung, daß sich die Einkommensverteilung etwas zugunsten der Gewinn- und Zinseinkommen verschieben wird. Hinzu kommt, daß sich die Nachfrage der privaten Haushalte relativ stark auf Immobilien richten dürfte. Die steigende Zahl an Privathaushalten (Tabelle 6) und dabei eine überproportional steigende Zahl von Haushalten mit Haushaltsvorständen im Alter bis

Tabelle 6: Privathaushalte mit deutschem Haushaltsvorstand nach dem Alter des Haushaltsvorstands und der Haushaltsgröße

Alter	Jahr				
	1961	1970	1980	1985	1990
	Anteile in vH				
unter 30 Jahre	10.8	12.3	12.6	14.5	15.6
30 bis 40 Jahre	17.7	19.8	16.4	15.4	17.2
40 bis 50 Jahre	17.4	18.1	19.2	19.7	16.6
50 bis 60 Jahre	24.0	16.5	17.1	15.6	16.3
60 Jahre oder älter	30.1	33.3	34.7	34.7	34.3
Zusammen	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
unter 50 Jahre	45.9	50.2	48.2	49.6	49.4
	1000				
Einzelpersonenhaushalte	4005	5544	6938	7691	8473
Mehrpersonenhaushalte	15443	16466	15935	15610	15276
Zusammen	19448	22009	22873	23301	23749

Quelle für die Grundzahlen: Statistisches Bundesamt, Hrsg., Wirtschaft und Statistik, Heft 9, 1979, S. 649 - 651

zu 50 Jahren dürften die Nachfrage nach Eigenheimen oder Eigentumswohnungen (und im übrigen auch nach Mietwohnungen mit der Konsequenz eines verstärkten Mietwohnungsbaus) steigen lassen. Außerdem werden die Qualitätsanforderungen - wenn auch im Vergleich zur Vergangenheit wohl abgeschwächt - weiter zunehmen. Schließlich dürfte die Energieverteuerung dazu führen, daß auch in den nächsten Jahren relativ hohe Investitionen der Privathaushalte mit der Absicht der Energieeinsparung oder des Einsatzes alternativer Energieträger vorgenommen werden; dies gilt wohl auch dann, wenn sich - wie erwartet - der relative Preis für die einzelnen Energieträger zunächst aus konjunkturellen Gründen etwas zurückbildet.

77. Für die Investitionen der Unternehmen wird für den Zeitraum 1980 bis 1990 ein Anstieg um jahresdurchschnittlich 4 vH erwartet. Die entscheidenden Argumente dafür sind die erwartete Verbesserung der Ertragslage aufgrund einer relativ maßvollen Lohnpolitik der Gewerkschaften, die etwas weniger erratische Geldpolitik, die damit einhergehenden geringeren Schwankungen der Inflationsrate und die dadurch verringerte Unsicherheit der Investoren über die potentiellen Renditen auf Realkapital. Schließlich werden von der Steuerpolitik in Ansätzen Maßnahmen zur Investitionsförderung erwartet, etwa durch Entlastungen bei ertragsunabhängigen und ertragsabhängigen Steuern bei gleich-

zeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der speziellen Verbrauchsteuern sowie durch gewisse Verbesserungen bei den Abschreibungsregelungen.

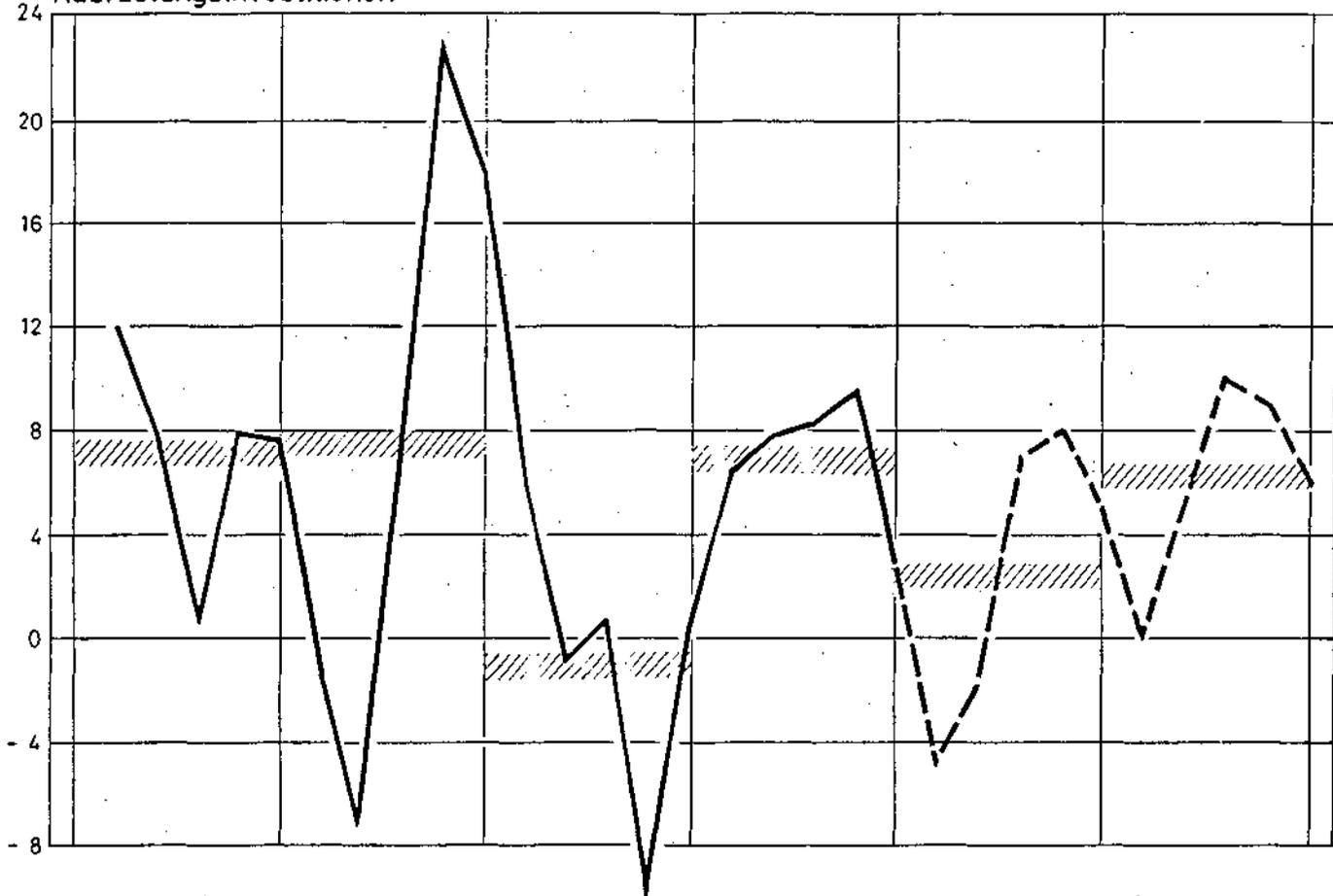
78. Für die Bauinvestitionen im Zeitraum 1980 bis 1990 resultiert aus der Aggregation über die einzelnen Sektoren (einschließlich Staat) eine Zunahme von jahresdurchschnittlich 1,5 bis 2 vH, für die Ausrüstungsinvestitionen wird mit einem durchschnittlichen Anstieg um 4 vH eine Entwicklung erwartet, die etwas günstiger als in den siebziger Jahren, aber etwas ungünstiger als in den sechziger Jahren verläuft (Schaubild 12).
79. Die entscheidenden Bestimmungsfaktoren für die deutschen Exporte sind die Konjunktorentwicklung im Ausland und Änderungen der (relativen) Wettbewerbsposition. Hinzu kommen Einflüsse auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung z.B. aufgrund von zollpolitischen Maßnahmen. Die erwartete Entwicklung des Welthandels (vgl. Abschnitt weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen), die - nach einer realen Aufwertung der DM - erwartete Konstanz des realen Wechselkurses auf dem Niveau des Jahres 1982 und ein - im Vergleich zur Vergangenheit - weniger stark zunehmender Integrationsgrad (auch wegen des Aufkommens neuer protektionistischer Tendenzen im Verlauf der gegenwärtigen Welt-

Schaubild 12:

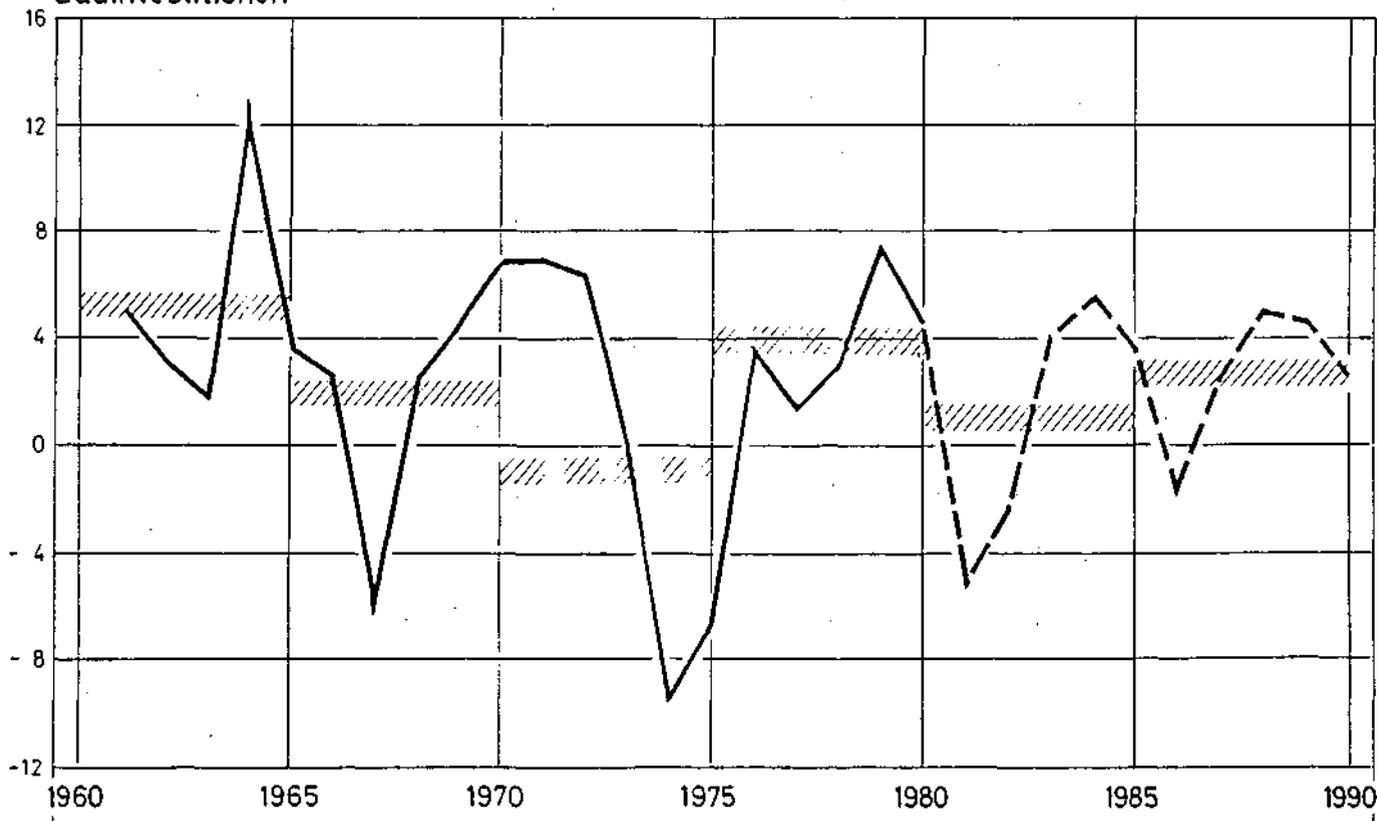
# Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in Preisen von 1970

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils fünf Jahren (in vH)

vH Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



rezession) dürften in den achtziger Jahren zu einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des Exports um rd. 4 vH. führen (Schaubild 13).

80. Prinzipiell ähnliche Überlegungen gelten für die Einfuhr (Schaubild 13). Als Indikator für die Nachfrage nach Einfuhren wird dabei die letzte Verwendung von Gütern herangezogen, also das Bruttosozialprodukt zuzüglich der Importe. Die zugrundeliegenden Werte für die Elastizität der Einfuhr bezüglich der verwendeten Bemessungsgrundlage, deren Entwicklung selbst und die abgeleiteten Ergebnisse für die Einfuhr sind in Tabelle 8 im Anhang dargestellt.

81. Zusammenfassende Daten zum realen Bruttosozialprodukt und seinen Komponenten enthält Tabelle 7.

Tabelle 7: Reales Bruttosozialprodukt und seine Struktur (Verwendungsseite) - Veränderungsraten in vH

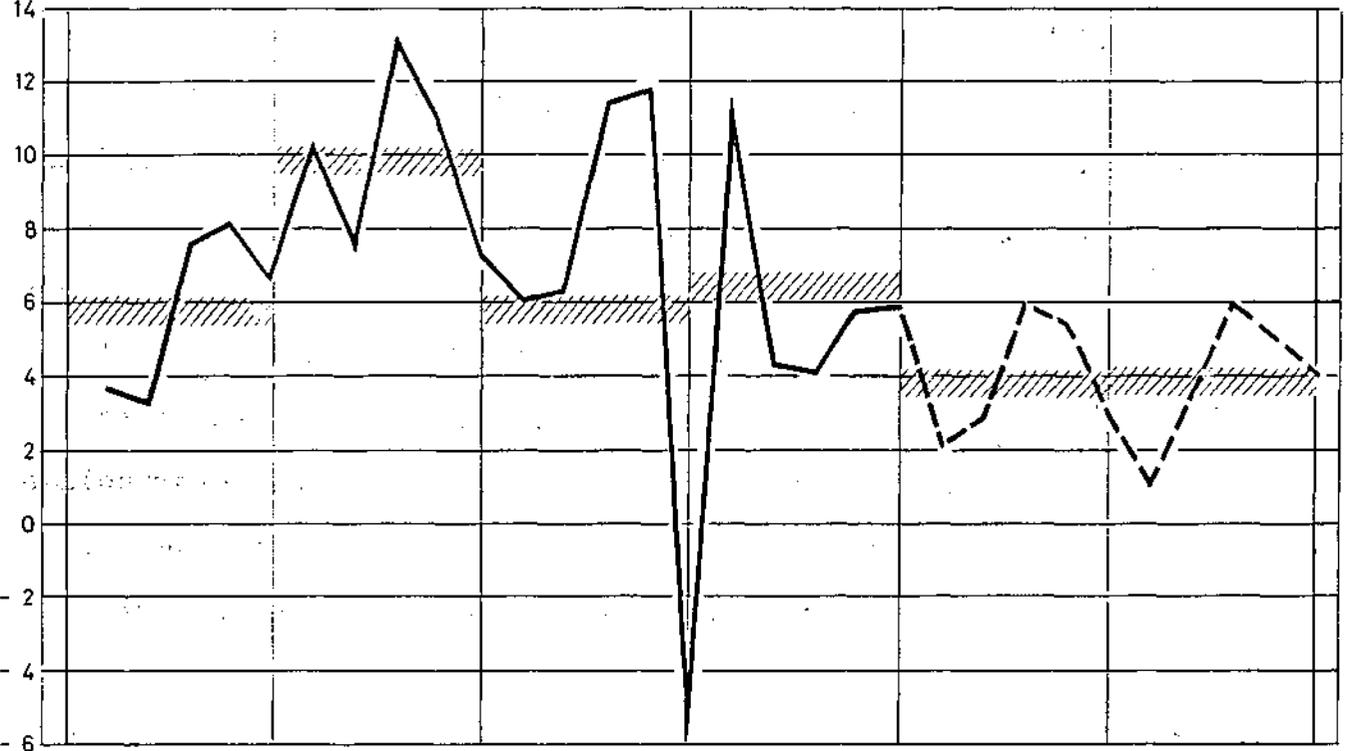
Jahr bzw. Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Ausrüstungs-investitionen	Bau-investitionen	Export	Import	Bruttosozialprodukt
1980	1.7	2.6	2.9	4.4	5.9	5.8	1.8
1981	-1.4	1.3	-5.0	-5.5	2.0	-1.9	-1.8
1982	0.2	0.8	-2.0	-2.7	2.8	2.6	-0.1
1983	2.7	2.0	7.0	4.0	6.0	7.0	3.6
1984	3.2	2.4	8.0	5.5	5.5	5.5	4.1
1985	0.6	2.1	5.0	3.5	3.0	3.5	1.0
1986	1.0	2.1	0.0	-2.0	1.0	1.5	0.5
1987	3.8	1.6	5.0	2.5	3.5	4.8	3.2
1988	2.6	2.0	10.0	5.0	6.0	7.0	3.9
1989	3.4	1.9	9.0	4.5	5.0	5.5	3.9
1990	2.7	1.8	6.0	2.5	4.0	3.5	2.7
1960-1970	5.0	4.5	7.2	3.4	7.8	9.2	4.7
1970-1980	3.1	3.8	2.9	1.4	6.0	6.4	2.8
1980-1990	1.9	1.8	4.2	1.7	3.9	3.9	2.1

Schaubild 13:

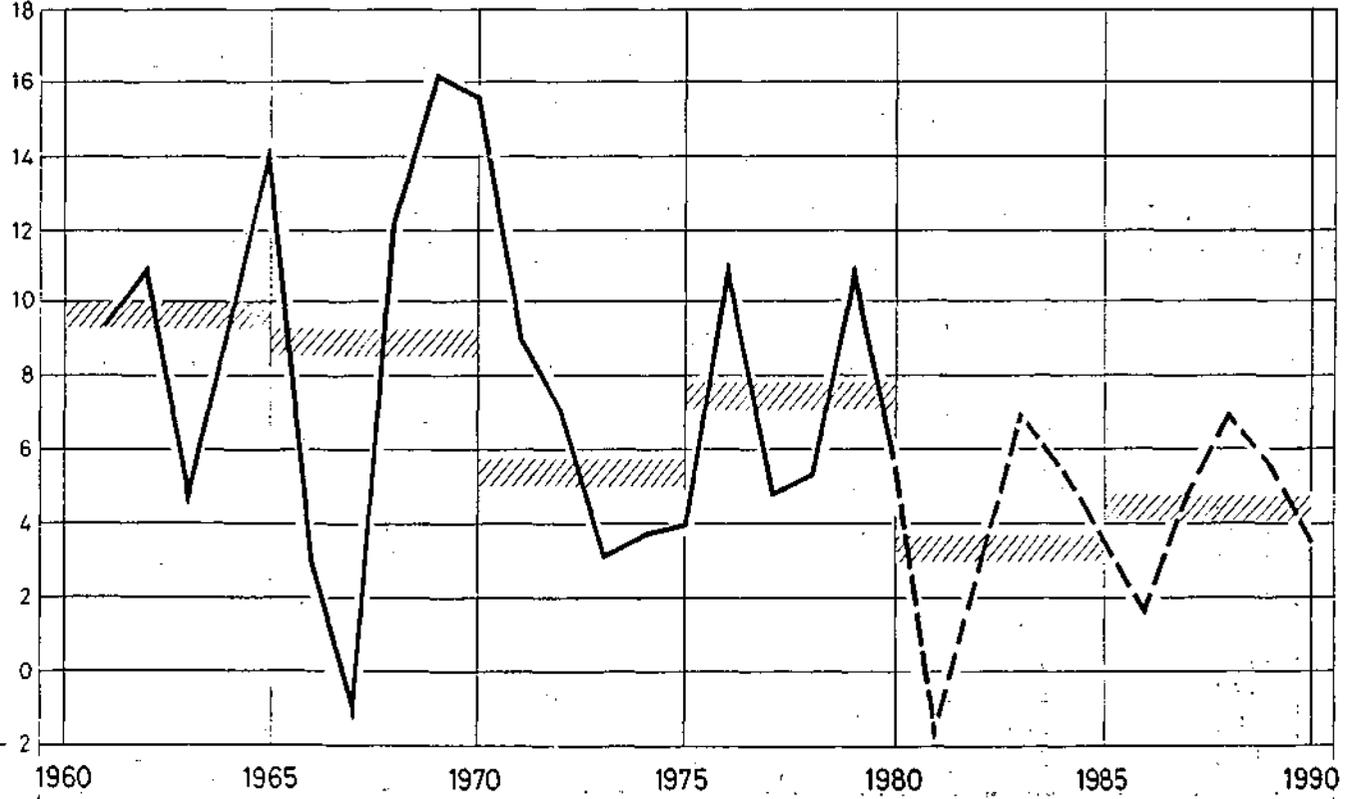
# Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in Preisen von 1970

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils fünf Jahren (in vH)

vH Ausfuhr



Einfuhr



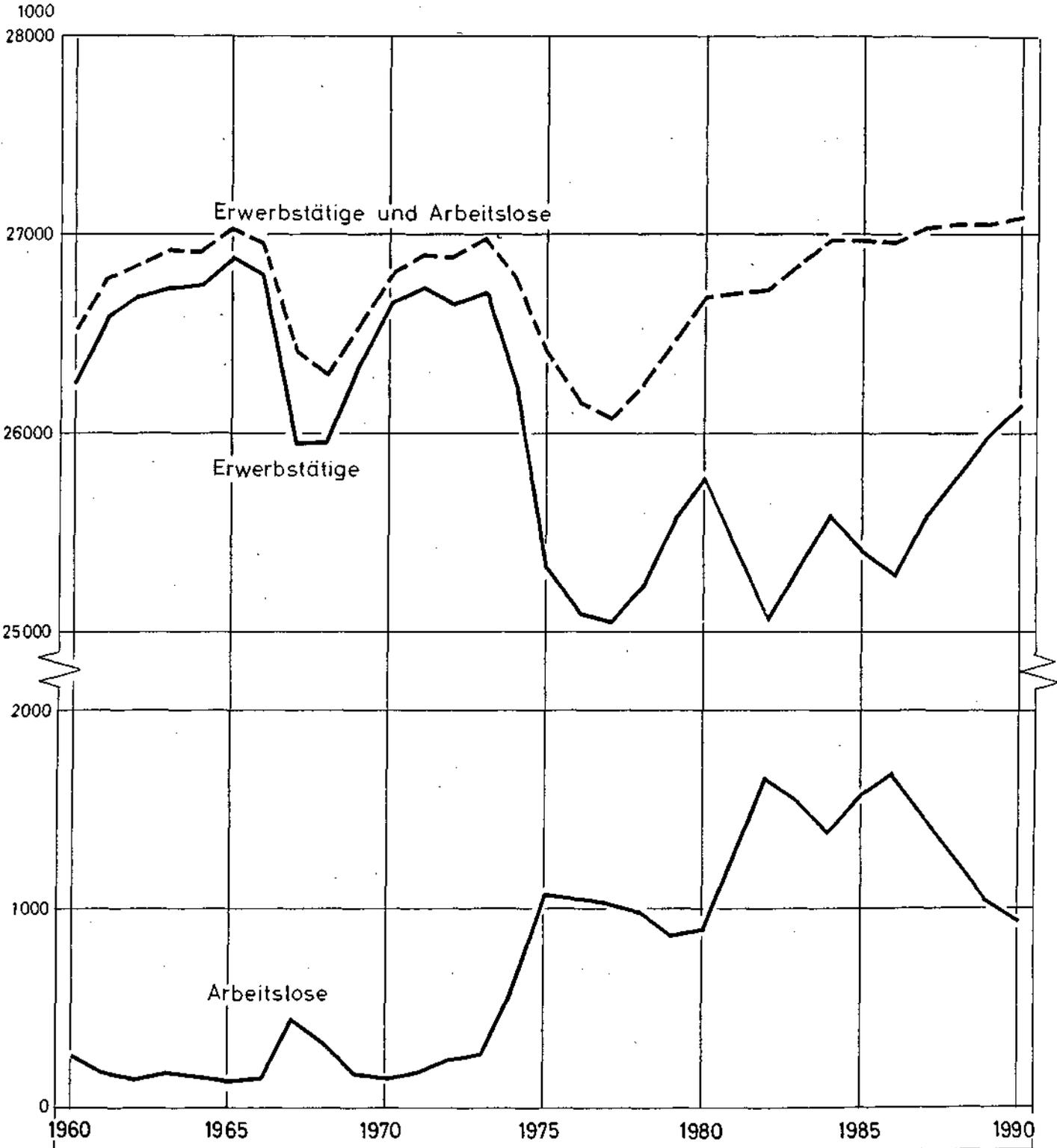
e) Beschäftigung und Produktivität

82. Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren sind insgesamt relativ düster. Bei dem für wahrscheinlich gehaltenen wirtschaftspolitischen Kurs und der für begrenzt gehaltenen Bereitschaft der Tarifpartner, durchmäßige Realloohnerhöhungen der Beschäftigungssituation Rechnung zu tragen, dürfte die Arbeitskräftenachfrage - bei konjunkturellen Schwankungen - insgesamt nur wenig steigen. Wenn auch der vom Arbeitskräfteangebot ausgehende Druck auf die Reallöhne die Erwerbsneigung etwas verringern wird, so ist in den nächsten Jahren wegen des steigenden Arbeitskräfteangebots bei begrenzter Flexibilität des Reallohns eine noch höhere Arbeitslosigkeit als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wahrscheinlich (Schaubild 14). Erst gegen Ende des Jahrzehnts dürfte die Arbeitslosenzahl wieder bis auf rd. eine Million abnehmen (Tabelle 9 im Anhang). Die Arbeitslosenquote, gemessen an der Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Erwerbspersonen (einschließlich Selbständige), wird im Durchschnitt der achtziger Jahre wohl 5 bis 5 1/2 vH betragen.

83. Von großer Bedeutung für die abgeleiteten Arbeitsergebnisse sind die Erwartungen über die künftige Produktivitätsentwicklung, insbesondere die Erwartung, daß

Schaubild 14:

### Arbeitskräftepotential, Erwerbstätige und Arbeitslose



die Zunahme der Arbeitsproduktivität<sup>32</sup> in den achtziger Jahren weiter abflachen wird. Zwar ist es wohl richtig, daß es "keine Methode (gibt), mit der man die längerfristige Produktivitätsentwicklung auch nur auf einen Prozentpunkt genau voraussagen könnte.<sup>33</sup> Trotzdem erscheint es den Autoren nützlich, die erwartete Entwicklung zahlenmäßig zu verdeutlichen. Die folgenden Überlegungen waren dabei wesentlich.

84. Die Produktivität je Erwerbstätigen hat in den 60er Jahren um durchschnittlich 4,5 vH, in den siebziger Jahren um rd. 3 vH zugenommen (Schaubild 15). Zu dem verlangsamten Produktivitätsanstieg haben viele Faktoren beigetragen.
85. Von großer Bedeutung war wohl die in den siebziger Jahren abgeschwächte Zunahme des Kapitalstocks<sup>34</sup>. Dazu mag die Verdrängung privater Investoren durch staatliche Kreditnach-

---

<sup>32</sup> Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und - bei dem erwarteten praktisch unveränderten Tempo der Abnahme der Arbeitszeit je Erwerbstätigen (vgl. Abschnitt Verhalten der Tarifpartner) - je Erwerbstätigenstunde.

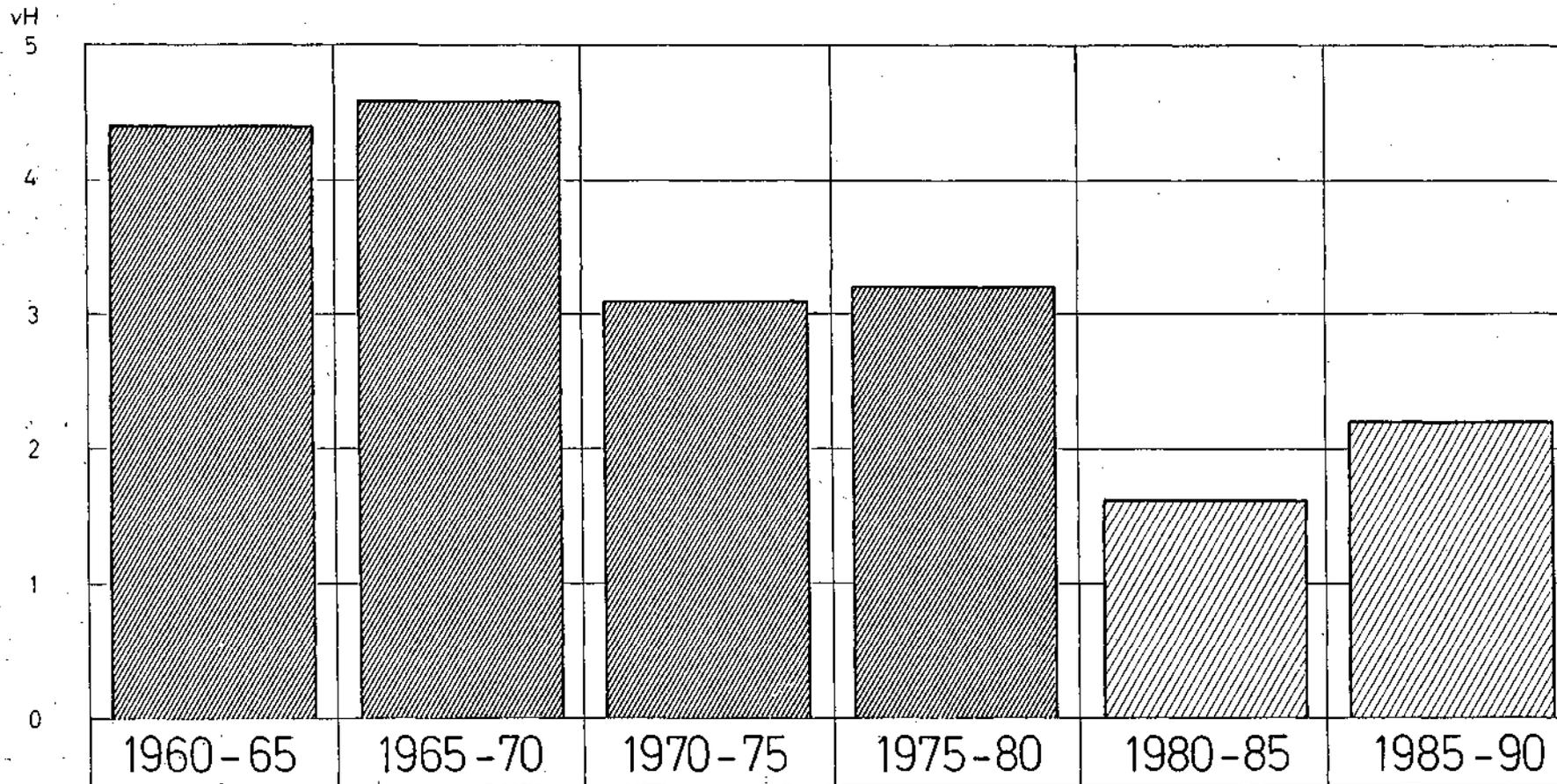
<sup>33</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1980/81, Bundestagsdrucksache 9/17, Sachgebiet 700, 25.11.1980, Ziffer 294, S. 144.

<sup>34</sup> Dabei mag die statistisch ausgewiesene Zunahme wegen der Energiever-  
teuerung und ihrer Folgen sogar noch überzeichnet sein. In die gleiche  
Richtung wirken die zusätzlichen Investitionsaktivitäten für Zwecke des  
Umweltschutzes oder höhere Ausgaben der Unternehmen zur Vermeidung von  
Unfällen am Arbeitsplatz oder zur "Humanisierung des Arbeitslebens";  
dies bedeutet freilich nur eine Abflachung in der Zunahme der Produktivität,  
wie sie üblicherweise gemessen wird, nicht aber oder nur in geringerem  
Maße einen verlangsamten Anstieg des Wohlstands in einem umfassenderen  
Sinne.

Schaubild 15:

## Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen

- Durchschnittliche Veränderung im Mehr-Jahres-Durchschnitt (vH) -



frage (nicht nur für investive Zwecke) beigetragen haben. Auch dürfte die relative Energieverteuerung arbeitsintensive Produktionsprozesse begünstigt und den Kapitaleinsatz gebremst haben.<sup>35</sup> Schließlich ist wohl die Inflation ein wichtiges Hemmnis für die Kapitalbildung gewesen. Zum einen hat sich wohl das Zusammenspiel von Inflation und nicht-indexiertem Steuersystem negativ auf die Produktivitätsentwicklung ausgewirkt (Besteuerung von Scheingewissen, Lähmung der Leistungsbereitschaft durch inflationsbedingt hohe marginale Steuersätze). Zum anderen haben stärkere Schwankungen der Inflationsrate bei höherem Niveau in den siebziger Jahren tendenziell die Unsicherheit über die künftige Inflationsrate vergrößert mit der Folge, daß die Investoren die Nettoerträge von potentiellen Investitionsobjekten als risikoreicher beurteilten und die Investitionsneigung beeinträchtigt wurde.

86. Zu der verlangsamten Zunahme der Arbeitsproduktivität in den siebziger Jahren haben neben der abgeschwächten Auswirkung des Kapitalstocks auch relativ geringere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beigetragen. "In den sechziger Jahren ist der Anteil der Forschungs- und

---

<sup>35</sup> Zur theoretischen Basis des Arguments vgl. John A. Tatom, Energy prices and capital formation, Natural Resources Journal, October 1978, S. 877-897

Entwicklungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt laufend gestiegen. Das gilt sowohl für die Aufwendungen der Wirtschaft als auch für die Aufwendungen insgesamt .... Das Jahr 1971 stellt einen Höhepunkt der Forschungsaktivitäten dar."<sup>36</sup> Der verlangsamte Anstieg der Forschungsintensität in den siebziger Jahren beruht u.a. darauf, "daß der Aufholprozeß gegenüber anderen Industrieländern wohl kaum noch eine Rolle gespielt hat. Insofern ist die Abflachung im Anstieg der Forschungsintensität auch als Rückkehr zu einem "normalen" Entwicklungspfad anzusehen. Ein ähnlicher Schub wie in den sechziger Jahren ist damit für die Zukunft kaum zu erwarten".<sup>37</sup>

87. Inwieweit zusätzliche staatliche Reglementierungen die Privaten zu Mehrarbeit gezwungen haben und damit den Produktivitätsanstieg behindert haben, ist kaum festzustellen. Das Gleiche gilt für qualitative Änderungen im Angebot von Arbeitskräften, etwa die in den siebziger Jahren zunehmende Eingliederung von Frauen in den Produktionsprozeß.<sup>38</sup>
88. Zwar ist Pessimismus hinsichtlich der künftigen Produktivitätsentwicklung nicht angebracht, vielmehr dürfte das Produktivitätspotential nach wie vor beträchtlich sein<sup>39</sup>,

---

<sup>36</sup> G. Fels, K.-D. Schmidt, Strukturwandel, a.a.O., S. 65-67.

<sup>37</sup> G. Fels, K.-D. Schmidt, Strukturwandel, a.a.O., S. 67.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank, Der Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik und seine Bestimmungsfaktoren, Monatsbericht, Januar 1980, S. 11-17, hier: S. 14.

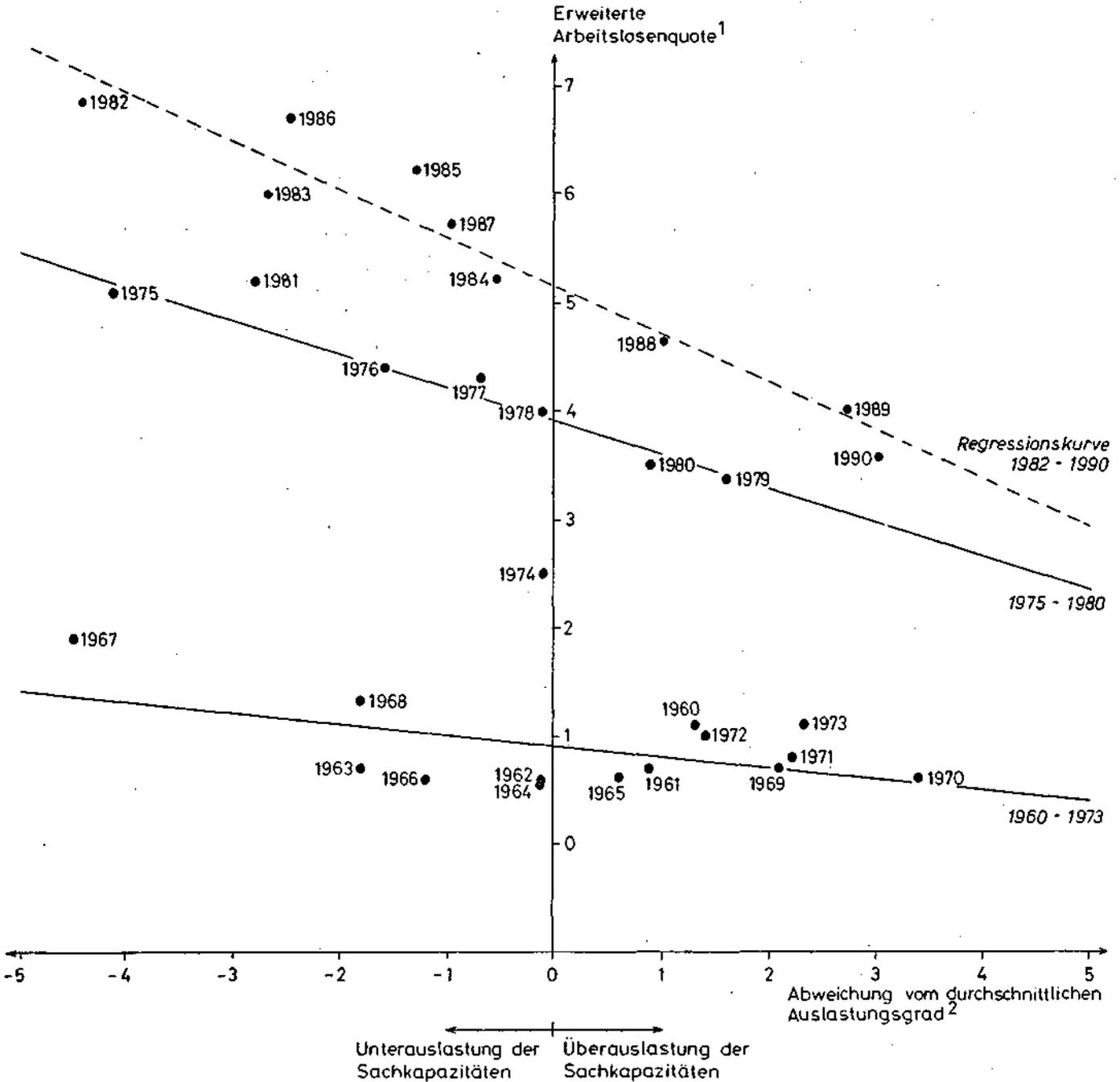
<sup>39</sup> Vgl. Klaus-Dieter Schmidt, Das Produktivitätspotential der deutschen Wirtschaft, Die Weltwirtschaft, 1981, Heft 1, S. 56-73.

aber es scheint eine abnehmende Bereitschaft vieler Menschen zu geben, technologische Veränderungen und ihre Auswirkungen zu akzeptieren. Auch werden viele der Faktoren, die für die siebziger Jahre von Einfluß waren, auch in Zukunft - mindestens noch in den nächsten fünf Jahren - eine Rolle spielen. Dem stehen freilich auch positive Einflüsse gegenüber. So ist z.B. eine - freilich begrenzte - positive Wirkung auf die Kapitalbildung und die künftige Produktivitätsentwicklung wahrscheinlich, wenn die monetäre Expansion - wie erwartet - in den achtziger Jahren etwas weniger erratisch als in den siebziger Jahren verläuft und wenn daher das Niveau und die Variabilität der Inflationsrate geringer ausfallen und die Risikoprämie im Investitionskalkül der Investoren geringer ausfällt. Insgesamt wird für die achtziger Jahre ein Produktivitätsanstieg um durchschnittlich 2 vH erwartet; dabei kommt es nach einer Rate von 1,5 vH in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu einer etwas günstigeren Entwicklung gegen Ende der 80er Jahre (Schaubild 15).

89. Die aus der beschriebenen Entwicklung resultierende Unterauslastung der Produktionsfaktoren ist in Schaubild 16 dargestellt. Dabei lassen sich drei verschiedene Perioden unterscheiden: die Jahre 1960-1973, die Periode 1975 bis 1980 und der Zeitraum 1982 bis 1990. Die Jahre 1974

Schaubild 16:

# Arbeitslosenquote und Auslastungsgrad der Sachkapazitäten



<sup>1</sup>Arbeitslose plus ein Drittel der Kurzarbeiterzahl in vH der Erwerbspersonen. - <sup>2</sup>Abweichungen vom durchschnittlichen Auslastungsgrad der Sachkapazitäten (96.6 vH).

und 1981 lassen sich nicht eindeutig einordnen, sie sind Phasen des Übergangs. Die drei Zeiträume unterscheiden sich dadurch, daß das Niveau der erweiterten Arbeitslosenquote<sup>40</sup> bei "Normalauslastung" im Zeitablauf immer größer geworden ist bzw. wird. Man mag dies so interpretieren, daß die "natürliche" Arbeitslosenquote von 1 vH auf 4 vH in dem Zeitraum 1975 bis 1980 gestiegen ist; es wird erwartet, daß die "natürliche" Arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren nochmals, nämlich auf etwa 5 vH zunehmen wird.

#### f) Einkommensverteilung

90. Der Reallohnanstieg je Beschäftigten schwächte sich von 5 1/2 vH in den 60er Jahren auf rund 3 1/2 vH in den 70er Jahren ab; die Vergleichswerte für den Nominallohn betragen 8,5 vH und 8,6 vH. Der Ertrag auf den Einsatz von Kapital ist von gut 8 vH im Jahre 1960 auf knapp 5 vH im Jahre 1980 trendmäßig gesunken; dabei wird die Kapitalrendite nach dem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendeten Verfahren<sup>41</sup> gemessen. Dieses Resultat steht - bei aller zu vermutenden Ungenauigkeit der verwendeten Daten der volkswirtschaft-

---

<sup>40</sup> Arbeitslose zuzüglich ein Drittel der Kurzarbeiter im Verhältnis zu den Erwerbspersonen (einschließlich Selbständige und mithelfende Familienangehörige) im Inland (in vH).

<sup>41</sup> Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1973 bis 1976. Zur Kritik an diesem Verfahren vgl. Franz Holzheu und Bernd Lepping, Risiko- Gewinn- und Finanzstrukturentwicklung: Anmerkungen zu den Diagnosen des Sachverständigenrats, Finanzarchiv, N.F. Band 39, Heft 1, S. 79-98.

lichen Gesamtrechnung - in deutlichem Kontrast zu vergleichbaren Resultaten für die USA<sup>42</sup>. Dort ist der Ertragsatz für Kapital in den letzten 20 Jahren weitgehend konstant geblieben. Die konkreten Werte betragen 10,5 vH bis 11 vH für Unternehmen in der Rechtsform der Körperschaft (ohne Banken); wegen der wohl etwas geringeren Rendite in den sonstigen Bereichen (etwa Landwirtschaft) liegen die Werte für die Gesamtwirtschaft etwas darunter<sup>43</sup>.

91. Die (um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur bereinigte) Lohnquote ist von 61 bis 62 vH in den sechziger Jahren auf 64 bis 65 vH in den siebziger Jahren gestiegen (Schaubild 17). Zwar nahm die Lohnquote nach dem rezessionsbedingten Höchststand der Jahre 1974/75 deutlich ab, in der Rezession der Jahre 1981/82 wird sie aber diesen Höchststand fast wieder erreichen.

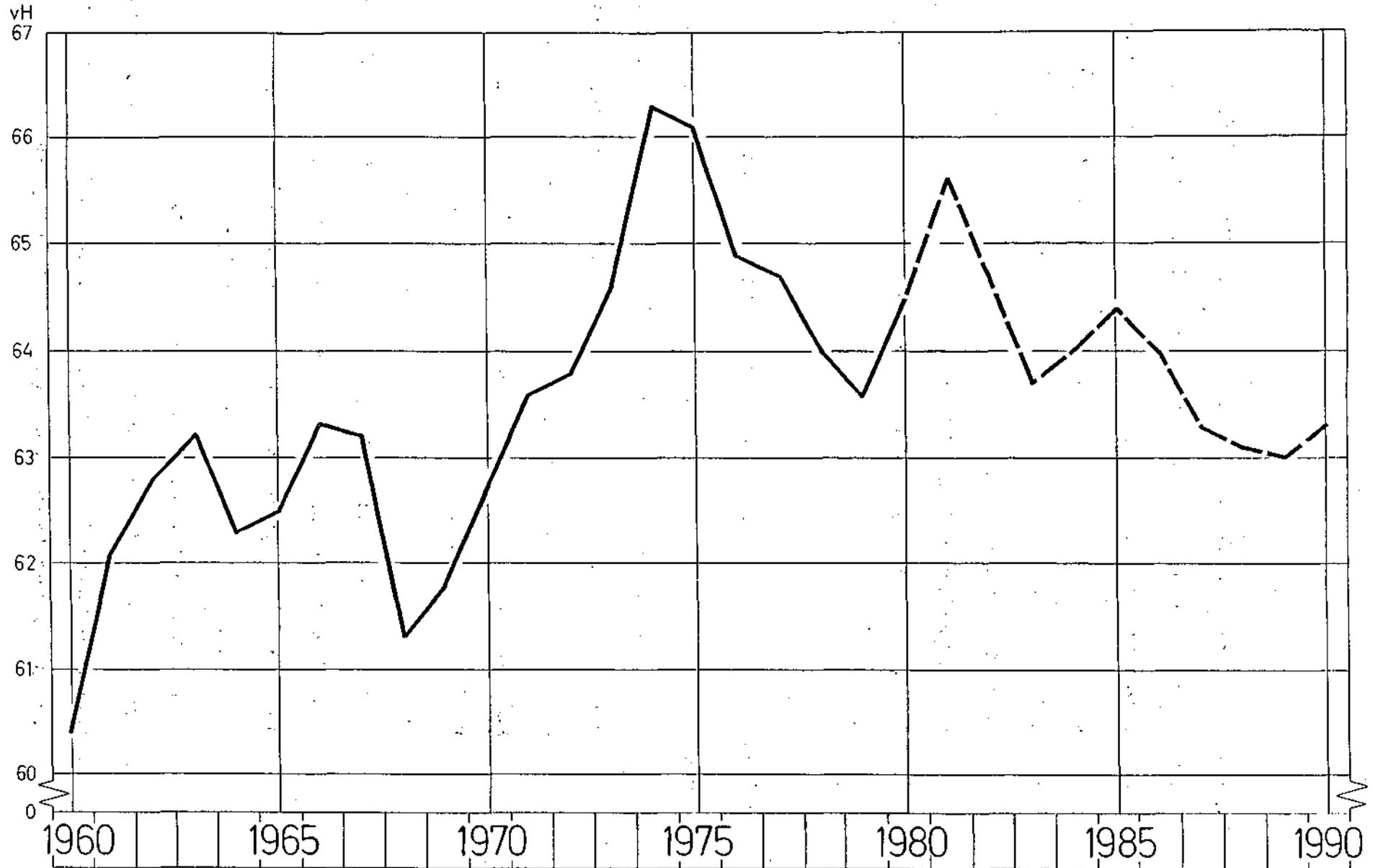
92. Für die nächsten Jahre wird erwartet, daß die Lohnquote - bei ähnlichen zyklischen Schwankungen wie in der Vergangenheit - etwas abnimmt. Gegen Ende des Jahrzehnts könnte sie etwa das Niveau der Jahre 1970/71 erreicht haben (Schaubild 17). Die Kapitalrendite wird bei der erwarteten Entwicklung wieder etwas zunehmen. Der Reallohn dürfte jährlich um 1 bis 1 1/2 vH zunehmen.

---

<sup>42</sup> Vgl. Martin Feldstein und Lawrence Summers, Is the Rate of Profit Falling? Brookings Papers on Economic Activity 1977, Heft 1, S. 211-228.

<sup>43</sup> In methodischer Hinsicht sind die von Feldstein/Summers errechneten Nettoertragsätze vor Steuern den hier berechneten Ertragsraten gleich: Sie ignorieren Änderungen im Wert des Realkapitals, die auftreten, wenn sich die Marktpreise für Investitionsgüter anders als die Konsumgüterpreise entwickeln.

# Lohnquote<sup>□</sup>



<sup>□</sup>Bereinigt um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur seit 1960.

93. Mißt man den Realzins an der Differenz zwischen der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere und dem Preisanstieg desselben Jahres bzw. - alternativ - dem durchschnittlichen Preisanstieg im laufenden und im vorhergehenden Jahr, so erhält man für die sechziger Jahre jeweils etwa 4 vH und für die siebziger Jahre etwa 3 vH. Die skizzierte Entwicklung im laufenden Jahrzehnt impliziert einen etwas höheren Realzins als in den siebziger Jahren.

### III. Einige ergänzende Bemerkungen zu Szenario I

94. Kommt es zu der erwarteten Wirtschaftspolitik und gelten die von den Autoren verwendeten Hypothesen in etwa auch in den achtziger Jahren, so wird die Entwicklung wie skizziert verlaufen. Das Ergebnis mag für viele sehr ernüchternd sein. Zu beachten ist aber, daß das reale Bruttosozialprodukt je Kopf 1981 und 1982 zwar abnehmen wird, daß aber für die achtziger Jahre insgesamt eine Zunahme um knapp  $2 \frac{1}{2}$  vH erwartet wird. Dies bedeutet gegenüber den 70er Jahren (2,7 vH) kaum eine nennenswert ungünstigere Entwicklung und gegenüber den 60er Jahren (3,7 vH) eine "Verschlechterung" um gut einen Prozentpunkt. Zu beachten ist ferner, daß die Entwicklung der 80er Jahre natürlich durch entsprechende wirtschaftspolitische Entscheidungen und durch Änderungen in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte be-

einflußt werden kann. Dies gilt zwar nur wenig für die Entwicklung bis Ende 1982, aber in erheblichem Maße für die Zeit danach. Welche Wirtschaftspolitik und welche Verhaltensweisen insbesondere der Tarifpartner eine günstigere Entwicklung herbeiführen könnten, ist bei der Beschreibung der Rahmendaten für Szenario II skizziert worden. Welche Ergebnisse daraus wahrscheinlich resultierten, wird im folgenden Abschnitt kurz dargestellt.

#### E. Szenario II: Entwicklung bei optimaler Geld- und Finanzpolitik und optimalem Verhalten der Tarifpartner

95. Szenario II beschreibt eine Entwicklung in den achtziger Jahren, die sich ergeben könnte, wenn sich die Wirtschaftspolitik und die Tarifpartner auf jene gesamtwirtschaftlichen Ziele konzentrierten, für deren Erreichen sie bei adäquater Rollenverteilung zuständig sein sollten<sup>44</sup>. Szenario II reflektiert die Annahme, daß die Globalsteuerung in den achtziger Jahren immer weniger zyklus-erzeugend bzw. zyklusverstärkend betrieben wird, sich also neokonservative Überzeugungen in der Geld- und Finanzpolitik und schließlich auch in der Ordnungspolitik allmählich immer stärker durchsetzen werden.

---

<sup>44</sup>Vgl. Gerhard Fels et.al., Neue Rollenverteilung in der Konjunkturpolitik, Die Weltwirtschaft, Tübingen 1971, Heft 1, S. 5 - 8

96. Bei entsprechender Geldpolitik im Ausland wird unterstellt, daß die Bundesbank durch die Ankündigung eines Geldmengenziels ohne Vorbehalte und die gleichzeitige Festlegung einer schrittweisen Reduzierung der Geldmengenexpansion in den folgenden Jahren eine nachhaltige Stabilisierung des Preisniveaus einleitet. Als Zielgröße der Geldpolitik wird dabei die Geldmenge  $M_1$  zugrundegelegt. Sie ist der Zentralbankgeldmenge vorzuziehen, denn  $M_1$  zeigt Veränderungen des geldpolitischen Impulses früher als die Zentralbankgeldmenge an, da die Nachfrage nach den in  $M_1$  enthaltenen (unverzinslichen) Aktiva unmittelbar auf eine Veränderung der Finanzrendite im Verhältnis zu der Sachrendite reagiert. Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität entstehen aber vor allem durch solche Renditeverschiebungen. Durch die Wahl der Geldmenge  $M_1$  als geldpolitische Zielvariable kann daher von der Geldpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung verstetigend eingewirkt werden<sup>45</sup>. Dies heißt nicht, daß wirtschaftliche Schwankungen verschwänden. Sowohl Impulse aus früheren wirtschaftspolitischen Schocks als auch neue reale Schocks werden zu Schwankungen führen.

97. Konkret bedeutet dies, daß die Geldpolitik auf einen potentialorientierten Kurs übergeht und 1982 eine monetäre Expansion von etwa 7 vH zuläßt. In den Jahren

---

<sup>45</sup>Vgl. Alfred Boss, Günter Flemig, Enno Langfeldt, Peter Trapp und Norbert Walter, Bundesrepublik Deutschland: Anhaltender Abschwung, Die Weltwirtschaft, 1981, Heft 1, S. 35.

nach 1982 sollte diese Rate allmählich bis auf 4 bis 5 vH reduziert werden, um das Ziel eines stabilen Preisniveaus zu erreichen. Bei einer stetigen Geldmengenexpansion um 4,5 vH je Jahr läßt sich ein im Ausmaß des Wachstums des Produktionspotentials zunehmendes Sozialprodukt finanzieren; gleichzeitig wäre der trendmäßigen Entwicklung der Effizienz des inländischen Finanzierungssystems Rechnung getragen.

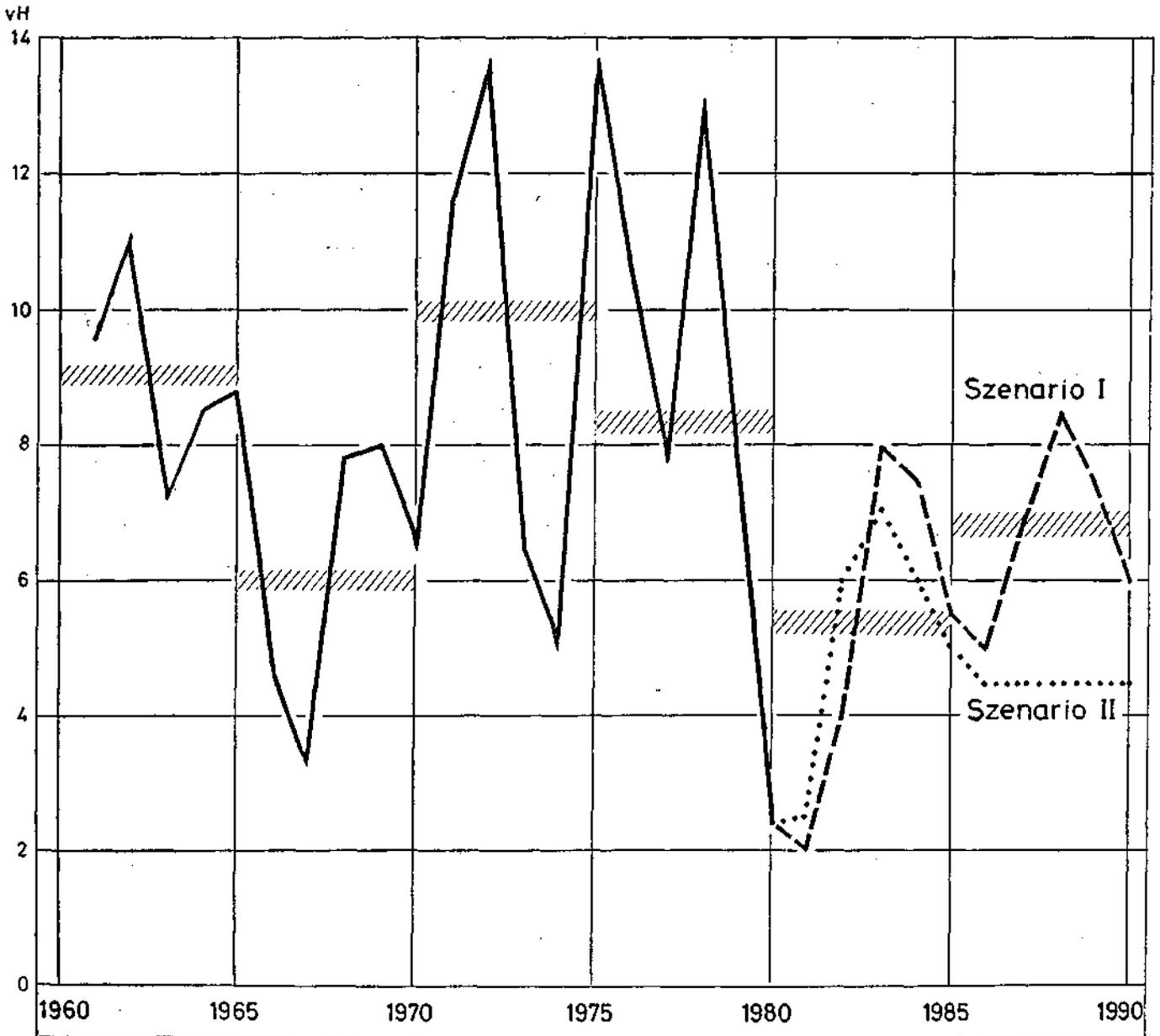
98. Für die jahresdurchschnittlichen Veränderungen der Geldmenge  $M_1$  bedeutet dies, daß die Veränderungsraten für 1981 und 1982 mit 2,5 vH bzw. 6 vH etwas größer als in Szenario I ausfallen. Im Jahre 1983 wäre die Zuwachsrates für  $M_1$  dann erstmals geringer als in Szenario I (Schaubild 18, Tabelle 10 im Anhang). Ein geldpolitischer Kurs gemäß Szenario II bedeutet wohl, daß die Inflationsrate kurzfristig etwas höher wäre als bei dem in Szenario I beschriebenen wahrscheinlichen Kurs der Geldpolitik; er gewährleistet aber, daß mittelfristig das Preisniveaueziel tatsächlich erreicht wird. Gegen Ende des Jahrzehnts könnte die Inflationsrate wohl bis auf Null vermindert werden.

99. Hinsichtlich der Finanzpolitik beinhaltet Szenario II, daß die Staatsausgaben (in Preisen von 1970) im Zeitraum 1980 bis 1990 primär als Folge einer drastischeren Durchforstung des Subventionsdickichts um etwa

Schaubild 18:

# Geldmenge M1

Veränderung der Jahresdurchschnittswerte und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren



einen Prozentpunkt je Jahr weniger als in Szenario I zunehmen und daß die Veränderungsraten über den gesamten Zeitraum weniger schwanken (Schaubild 19, Tabelle 11 im Anhang). In der unterstellten Steuerpolitik unterscheidet sich Szenario II von Szenario I insofern, als die Steuerentlastungen etwas stärker sind.

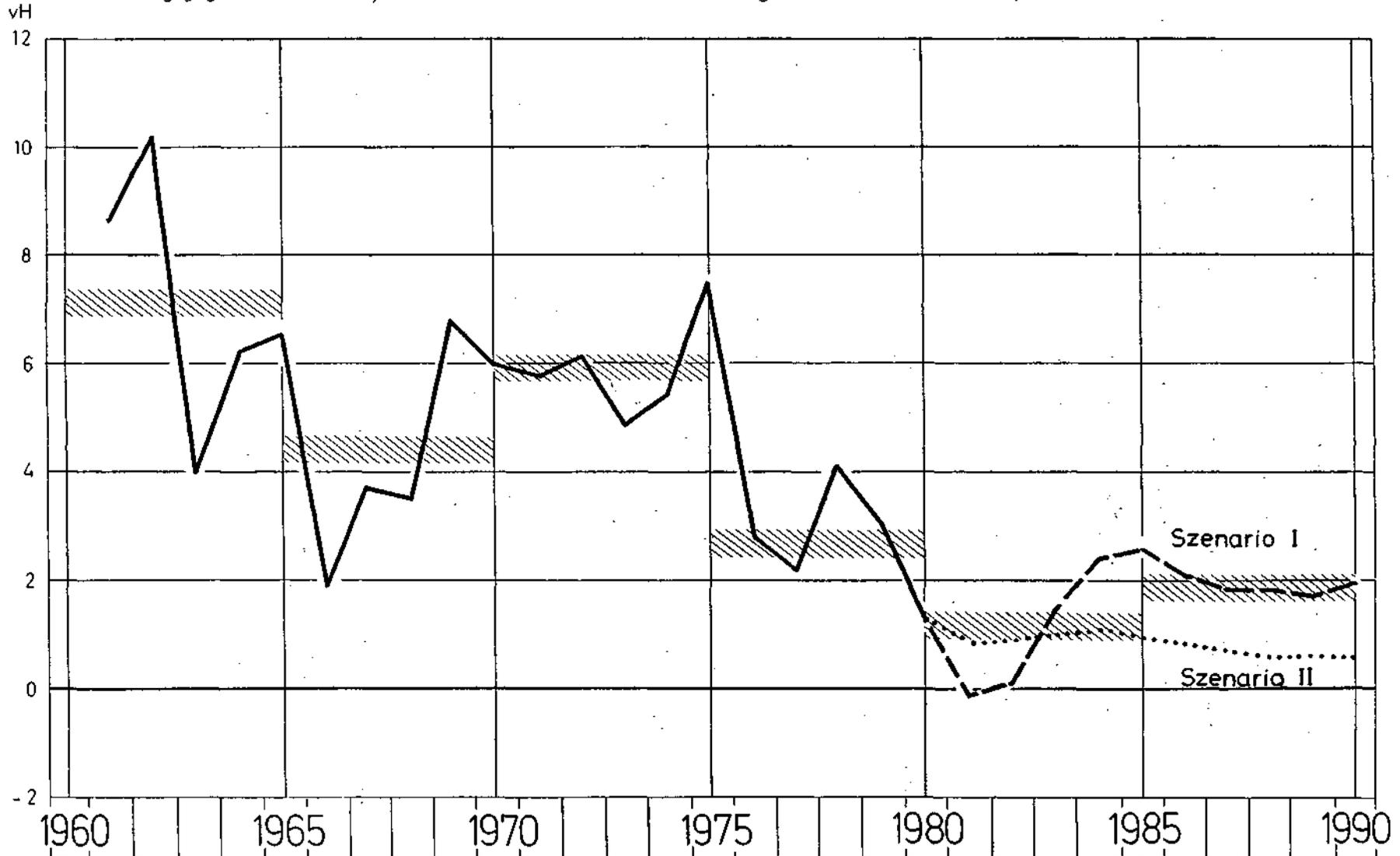
100. In Szenario II wird ein Tariflohnanstieg unterstellt, der um etwa einen Prozentpunkt je Jahr geringer als in Szenario I ausfällt, um damit von Seiten der Lohnpolitik einen größeren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Der Reallohn bleibt dann stärker hinter dem Anstieg des verteilbaren Produktivitätsfortschritts zurück als in Szenario I. Außerdem wird in Szenario II unterstellt, daß die Lohnstruktur in größerem Maße als in Szenario I an die Produktivitätsstruktur angepaßt wird.

101. Hinsichtlich der Ordnungspolitik beinhaltet Szenario II eine deutliche Neuorientierung hin zu marktwirtschaftlicher Politik.

Schaubild 19:

# Staatsausgaben<sup>o</sup> (Käufe von Gütern und Diensten und Transfers)

-Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils 5 Jahren (vH) -



<sup>o</sup>In Preisen von 1970; Transfers deflationiert mit dem Preisindex für den Privaten Verbrauch.

102. Die Folgen der Politik bzw. des Verhaltens gemäß Szenario II lassen sich nur schwer abschätzen, weil Szenario II in mehrfacher Hinsicht neuartige Voraussetzungen enthält. Vor allem hinsichtlich der Dauer des Anpassungsprozesses an die neuen Rahmenbedingungen lassen sich nur grobe Vorstellungen entwickeln. Die präsentierten Ergebnisse können daher nur einen Hinweis auf die wahrscheinlichen Implikationen des Szenario II geben.
103. Die Inlandsnachfrage würde sich in Szenario II zu Beginn der Prognoseperiode infolge der nicht restriktiven Geld- und Finanzpolitik günstiger als in Szenario I entwickeln, auf mittlere Sicht wäre - bei geringeren konjunkturellen Schwankungen - das wirtschaftliche Wachstum etwas stärker als in Szenario I. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre könnte die Wachstumsrate etwa  $3 \frac{1}{2}$  vH je Jahr betragen und damit etwa  $\frac{1}{2}$  vH je Jahr mehr als in Szenario I (Schaubild 20, Tabelle 12 im Anhang). Entscheidend dafür ist die im Vergleich zu Szenario I verstärkte Investitionstätigkeit (Tabelle 13 im Anhang). Der Preisanstieg würde sich in Szenario II mehr und mehr abschwächen und gegen Ende des Jahrzehnts gegen Null tendieren (Schaubild 21).

Schaubild 2o:

# Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970

vH - Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren (vH) -

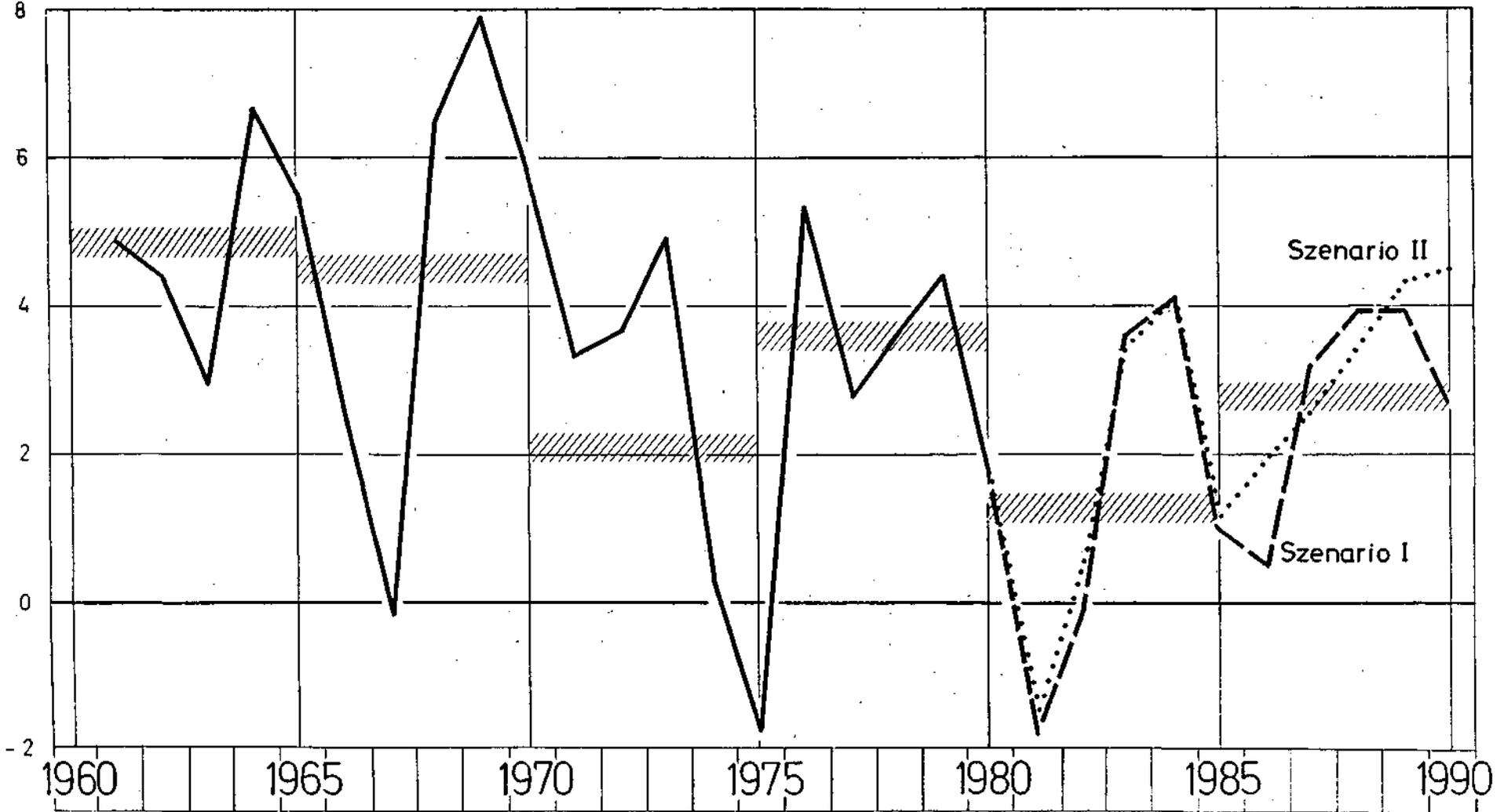
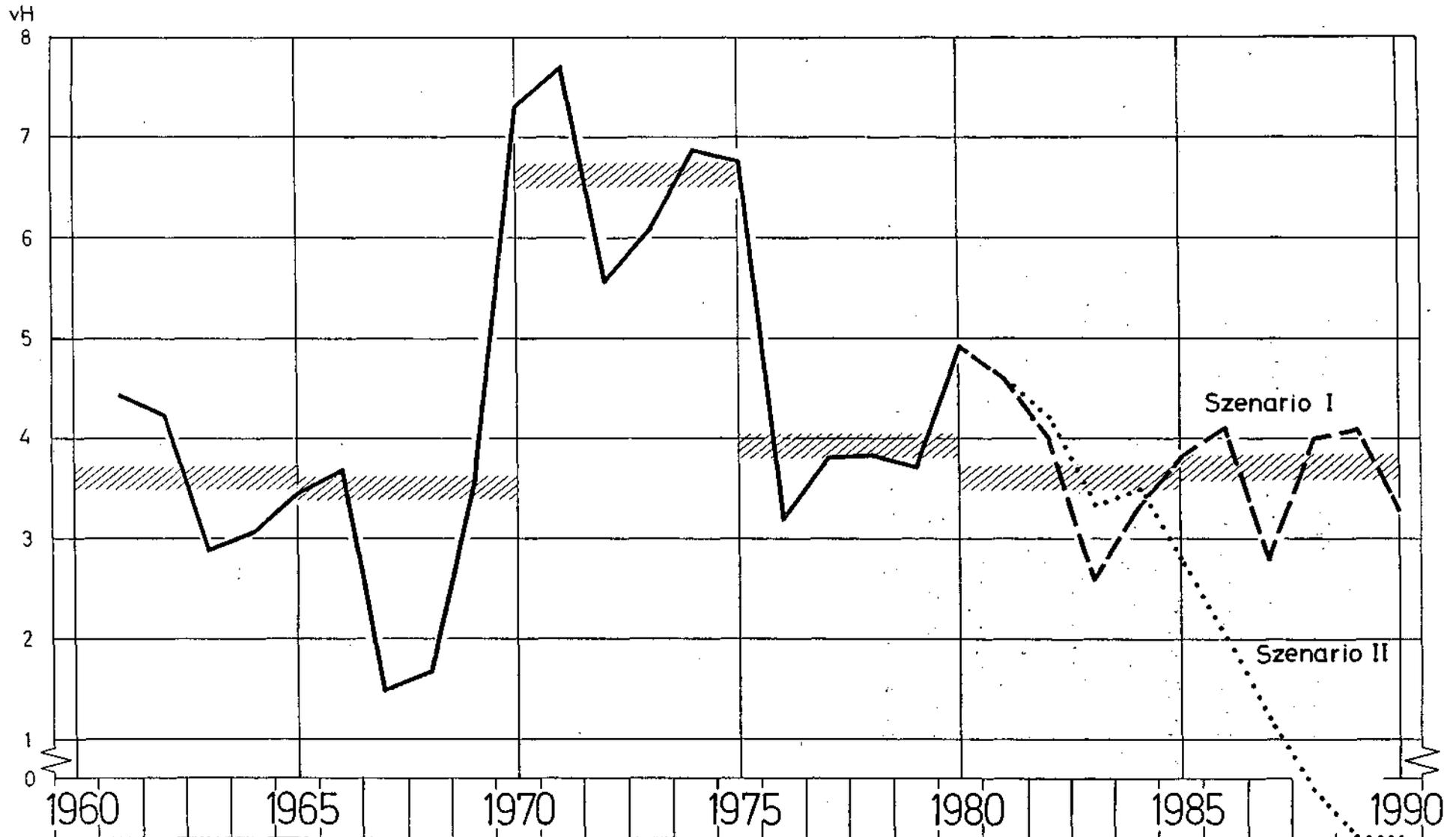


Schaubild 21:

# Preisindex für das Bruttosozialprodukt

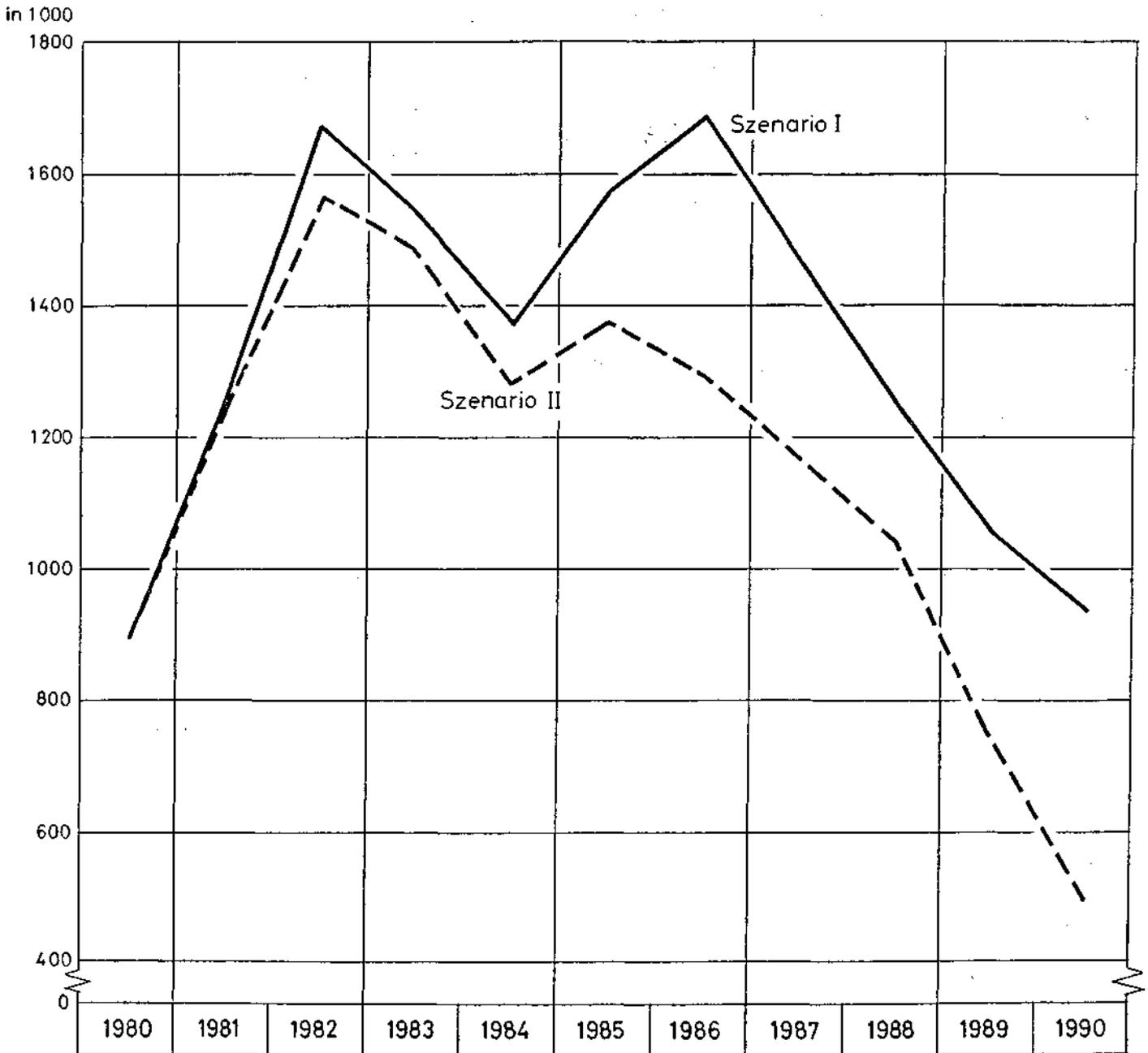
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils 5 Jahren (vH) -



104. Die Arbeitsmarktentwicklung würde sich in den nächsten Jahren zwar auch in Szenario II verschlechtern (1982 und 1983 rd. 1,5 Millionen Arbeitslose), aber danach wäre die Entwicklung doch wesentlich günstiger. Infolge der maßvollen Lohnabschlüsse sowie der Korrekturen der Lohnstruktur könnte die Arbeitslosigkeit bis zur Mitte des Jahrzehnts bis auf etwa 1,3 Millionen abgebaut werden. Danach wäre - wegen des geringeren zusätzlichen Arbeitsangebots - sogar ein Rückgang bis auf 0,5 Millionen im Jahre 1990 möglich (Schaubild 22, Tabelle 14 im Anhang).

Schaubild 22:

### Arbeitslosenzahlen in Szenario I und Szenario II



F. Anhang: Tabellen

Tabelle 1: Indikatoren zur Geldpolitik, Szenario I

Zeitraum	Geldmenge M <sub>1</sub> <sup>a</sup>	Umlauf- rendite festver- zinslicher Wertpapiere	Zentral- bankgeld- menge in der Ab- grenzung der Deut- schen Bun- desbank <sup>a</sup>	Wechsel kurs DM / US-\$
1960	.	6,3	.	4,17
1961	9,6	5,9	.	4,02
1962	11,1	6,0	9,7	4,00
1963	7,2	6,1	7,9	3,99
1964	8,5	6,2	8,1	3,97
1965	8,8	6,8	9,6	3,99
1966	4,6	7,8	7,1	4,00
1967	3,2	7,0	5,2	3,99
1968	7,8	6,7	7,6	3,99
1969	8,0	7,0	10,6	3,92
1970	6,4	8,2	7,3	3,65
1971	11,6	8,2	10,4	3,48
1972	13,7	8,2	12,6	3,19
1973	6,4	9,5	10,6	2,66
1974	5,0	10,6	6,1	2,59
1975	13,7	8,7	7,8	2,46
1976	10,6	8,0	9,2	2,52
1977	7,8	6,4	9,0	2,32
1978	13,1	6,1	11,4	2,01
1979	8,0	7,6	9,0	1,83
1980	2,4	8,6	4,9	1,82
1981	2,0	10,5	4,8	2,23
1982	4,0	8,4	.	
1983	8,0	7,0	.	
1984	7,5	7,3	.	
1985	5,5	7,0	.	1,70
1986	5,0	6,7	.	
1987	7,0	6,5	.	
1988	8,5	6,6	.	
1989	7,5	7,0	.	
1990	6,0	6,8	.	1,25
60-65	9,0	6,2	.	
65-70	6,0	7,3	.	
70-75	10,0	8,9	.	
75-80	8,3	7,6	.	
80-85	5,4	8,1	.	
85-90	6,8	6,8	.	

<sup>a</sup>Veränderung in vH im Jahresdurchschnitt

Tabelle 2- Indikatoren zur Finanzpolitik

Zeitraum	Käufe von Gütern und Diensten in Preisen von 1970	Reale Übertragungen des Staates an andere Sektoren	Zusammen
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v.H.		
1961	7,3	10,4	8,6
1962	11,5	8,5	10,2
1963	8,2	-1,7	4,0
1964	5,0	8,0	6,2
1965	4,2	10,0	6,5
1966	2,0	1,8	1,9
1967	1,0	7,5	3,7
1968	1,3	6,5	3,5
1969	5,9	8,0	6,8
1970	6,1	5,8	6,0
1971	5,0	6,8	5,8
1972	3,3	9,4	6,1
1973	4,3	5,4	4,8
1974	4,9	6,0	5,4
1975	3,1	12,4	7,5
1976	1,1	4,7	2,8
1977	-0,4	4,7	2,1
1978	4,4	3,8	4,1
1979	3,7	2,2	3,0
1980	2,8	-0,2	1,3
1981	-0,3	0,0	-0,1
1982	0,3	-0,2	0,1
1983	2,1	0,7	1,4
1984	2,7	2,1	2,4
1985	2,5	2,5	2,5
1986	1,8	2,5	2,1
1987	1,5	2,0	1,8
1988	2,0	1,5	1,8
1989	2,0	1,5	1,7
1990	1,8	2,0	1,9
60-65	7,2	6,9	7,1
65-70	3,2	5,9	4,4
70-75	4,1	8,0	5,9
75-80	2,3	3,0	2,7
80-85	1,5	1,0	1,2
85-90	1,8	1,9	1,9

Tabelle 3 - Erwerbspersonenpotential (Deutsche, Jahresdurchschnitt in 1000)

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
<b>Männer</b>														
15 bis unter 30 Jahre	4472	4594	4709	4737	4792	4855	4920	4974	4997	4998	4970	4907	4814	4704
30 bis unter 55 Jahre	9018	9049	9109	9150	9177	9192	9189	9178	9177	9195	9245	9318	9375	9430
55 bis unter 60 Jahre	1037	1110	1145	1140	1144	1161	1211	1277	1326	1349	1346	1316	1302	1285
60 bis unter 65 Jahre	535	419	347	329	344	368	396	409	407	402	409	426	449	476
65 bis unter 70 Jahre	175	152	143	128	106	84	67	57	54	56	57	57	54	52
Insgesamt	15237	15324	15453	15484	15563	15660	15783	15895	15961	16000	16027	16024	15994	15967
<b>Frauen</b>														
15 bis unter 30 Jahre	3407	3479	3603	3662	3707	3751	3786	3813	3820	3810	3778	3720	3620	3500
30 bis unter 45 Jahre	3065	3061	3164	3155	3136	3107	3068	3018	2958	2914	2910	2932	2965	2999
45 bis unter 60 Jahre	2565	2554	2570	2569	2559	2559	2581	2613	2651	2684	2693	2684	2676	2669
60 bis unter 65 Jahre	234	185	154	140	146	154	159	158	149	135	123	114	105	97
65 bis unter 70 Jahre	118	110	103	96	86	74	62	54	51	54	58	61	61	62
Insgesamt	9389	9389	9594	9622	9634	9645	9656	9656	9629	9597	9562	9511	9427	9327
<b>Männer und Frauen</b>														
15 bis unter 70 Jahre	24626	24713	25047	25106	25197	25305	25439	25551	25590	25597	25589	25535	25421	25294

Tabelle 4: Zur Preisentwicklung - Veränderung  
gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Deflator für die letzte inländische Verwendung von Gütern <sup>a</sup>	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
1980	6.1	5.5
1981	5.4	5.6
1982	3.1	3.7
1983	2.3	2.5
1984	3.4	3.2
1985	3.7	3.6
1986	4.0	4.2
1987	2.8	3.3
1988	4.2	3.8
1989	4.2	4.0
1990	3.0	3.2

<sup>a</sup>Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe

Tabelle 5 : Deflatoren gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Terms of Trade

- jahresdurchschnittliche Veränderung in vH -

Zeitraum	Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe	Terms of Trade <sup>a</sup>	Bruttosozialprodukt
1960-1965	3.6	2.3	3.6
1965-1970	3.4	1.3	3.5
1970-1975	6.7	-0.1	6.6
1975-1980	4.2	-2.3	3.9
1980-1985	3.6	0.0	3.6
1985-1990	3.6	0.0	3.7
1960-1970	3.5	1.8	3.6
1970-1980	5.4	-1.2	5.2
1980-1990	3.6	0.0	3.6
1960-1980	4.4	0.3	4.4
1960-1990	4.2	0.2	4.1

<sup>a</sup> Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in Relation zum Index der Durchschnittswerte der Einfuhr

Tabelle 6: - Bruttonsozialprodukt,  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr  
und jahresdurchschnittliche Veränderung (VH)

Zeitraum	Reales Brutto- sozialprodukt	Deflator für das Bruttonsozial- produkt	Nominales Brutto- sozialprodukt
1977	2.8	3.8	6.7
1978	3.6	3.8	7.5
1979	4.4	3.7	8.3
1980	1.8	4.9	6.7
1981	-1.8	4.6	2.6
1982	-0.1	4.0	3.8
1983	3.6	2.6	6.3
1984	4.1	3.3	7.6
1985	1.0	3.8	4.9
1986	0.5	4.1	4.6
1987	3.2	2.8	6.1
1988	3.9	4.0	8.1
1989	3.9	4.1	8.2
1990	2.7	3.3	6.0
1960-1965	4.9	3.6	8.7
1965-1970	4.5	3.5	8.2
1970-1975	2.1	6.6	8.8
1975-1980	3.6	3.9	7.6
1980-1985	1.3	3.6	5.0
1985-1990	2.8	3.7	6.6
1960-1970	4.7	3.6	8.5
1970-1980	2.8	5.2	8.2
1980-1990	2.1	3.6	5.8
1960-1990	3.2	4.1	7.5

Tabelle 7: - Geldmenge  $M_1$ , Einkommensumlaufgeschwindigkeit  
und Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere

Zeitraum	Geldmenge $M_1$	Einkommens- umlaufgeschwin- digkeit <sup>a</sup>	Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere
1977	7.8	6.17	6.4
1978	13.1	5.84	6.1
1979	8.0	5.98	7.6
1980	2.4	6.30	8.6
1981	2.0	6.31	10.5
1982	4.0	6.24	8.4
1983	8.0	6.14	7.0
1984	7.5	6.15	7.3
1985	5.5	6.11	7.0
1986	5.0	6.09	6.7
1987	7.0	6.06	6.5
1988	8.5	6.07	6.6
1989	7.5	6.12	7.0
1990	6.0	6.09	6.8
1960-1965	9.0	6.13	6.2
1965-1970	6.0	6.23	7.3
1970-1975	10.0	6.61	8.9
1975-1980	8.3	6.14	7.6
1980-1985	5.4	6.21	8.1
1985-1990	6.8	6.09	6.8
1960-1970	7.5	6.18	6.7
1970-1980	9.2	6.38	8.2
1980-1990	6.1	6.15	7.5

<sup>a</sup>Nominales Bruttosozialprodukt abzüglich Außenbeitrag, dividiert durch Geldmenge  $M_1$

Tabelle 8: Zur Einfuhrentwicklung

Zeitraum	Reales Brutto- sozialprodukt zuzüglich reale Einfuhr	Einfuhr- elastizität	Reale Einfuhr
	- vH -	.	- vH -
1960-1965	5.5	1.75	9.6
1965-1970	5.2	1.69	8.8
1970-1975	2.6	2.04	5.3
1975-1980	4.4	1.70	7.5
1980-1985	1.8	1.83	3.3
1985-1990	3.2	1.38	4.4
1960-1970	5.3	1.74	9.2
1970-1980	3.5	1.83	6.4
1980-1990	2.5	1.56	3.9

Tabelle 9: Wohnbevölkerung, Arbeitskräftepotential, Erwerbstätige und Arbeitslose 1970 bis 1990  
(Angaben in 1000)

Jahr	Wohnbevölkerung	Arbeitskräftepotential <sup>a</sup>			Erwerbstätige	Arbeitslose	Stille Reserve <sup>a</sup>
		Deutsche	Ausländer	Zusammen			
1970	60 651	25 010	.	.	26 668	149	0
1971	61 284	24 872	.	.	26 725	185	92
1972	61 669	24 763	.	.	26 655	246	147
1973	61 976	24 639	2 502	27 141	26 712	273	156
1974	62 054	24 528	2 475	27 003	26 215	582	206
1975	61 829	24 515	2 362	26 877	25 323	1 074	480
1976	61 531	24 556	2 211	26 767	25 088	1 060	619
1977	61 400	24 626	2 137	26 763	25 044	1 030	689
1978	61 327	24 713	2 120	26 833	25 230	993	610
1979	61 359	25 047	2 220	27 267	25 573	876	818
1980	61 566	25 106	2 290	27 396	25 795	889	712
1981	61 433	25 197	2 280	27 477	25 434	1 265	778
1982	61 248	25 305	2 290	27 595	25 061	1 673	861
1983	61 053	25 439	2 300	27 739	25 333	1 540	866
1984	60 864	25 551	2 310	27 861	25 606	1 376	879
1985	60 679	25 590	2 320	27 910	25 406	1 578	926
1986	60 499	25 597	2 330	27 927	25 282	1 693	952
1987	60 319	25 589	2 340	27 929	25 577	1 458	894
1988	60 141	25 535	2 350	27 885	25 800	1 251	834
1989	59 961	25 421	2 360	27 781	25 998	1 052	731
1990	59 782	25 290	2 370	27 660	26 142	941	577

<sup>a</sup> Inländerkonzept; Daten für die Jahre 1970 bis 1976 gemäß IAB, Daten ab 1977 gemäß eigenen Berechnungen

Tabelle 10: Indikatoren zur Geldpolitik, Szenario II

Jahr / Zeitraum	M <sub>1</sub>	Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	Wechselkurs DM / US-\$
1981	2.5	10.3	2.23
1982	6.0	7.7	.
1983	7.0	7.2	.
1984	6.0	7.5	.
1985	5.0	7.0	1.70
1986	4.5	6.0	.
1987	4.5	5.0	.
1988	4.5	4.5	.
1989	4.5	4.0	.
1990	4.5	3.8	1.25
1980-1985	5.3	8.1	.
1985-1990	4.5	5.1	.

Tabelle 11: Ausgaben des Staates in Preisen von 1970,  
Szenario II, Veränderung gegenüber dem Vor-  
jahr bzw. jahresdurchschnittliche Veränderung (vH)

Jahr/Zeitraum	Käufe von Gütern und Diensten	Reale Übertragungen an andere Sektoren	Zusammen
1981	1,6	0,0	0,8
1982	1,5	0,3	0,9
1983	1,4	0,6	1,0
1984	1,3	0,8	1,1
1985	1,2	0,6	0,9
1986	1,1	0,5	0,8
1987	1,0	0,4	0,7
1988	1,0	0,3	0,6
1989	1,0	0,2	0,6
1990	1,0	0,0	0,5
1980-1985	1,4	0,5	0,9
1985-1990	1,0	0,3	0,7
1980-1990	1,2	0,4	0,8

Tabelle 12: Bruttosozialprodukt, Szenario II

Veränderung gegenüber dem Vorjahr bzw.  
jahresdurchschnittliche Veränderung (vH)

Jahr / Zeitraum	Reales Brutto- sozialprodukt	Deflator für das Sozial- produkt	Nominales Brutto- sozialprodukt
1981	-1.5	4.6	3.0
1982	0.7	4.2	4.9
1983	3.4	3.3	6.8
1984	4.1	3.5	7.7
1985	1.1	2.8	3.9
1986	2.0	2.0	4.0
1987	2.6	1.2	3.8
1988	3.4	0.5	3.9
1989	4.3	0.0	4.3
1990	4.5	0.0	4.5
1980-1985	1.5	3.6	5.2
1985-1990	3.3	0.7	4.0
1980-1990	2.4	2.2	4.7

Tabelle 13: Reales Bruttosozialprodukt und seine Struktur,  
Szenario II  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr und jahres-  
durchschnittliche Veränderung (vH)

Jahr / Zeitraum	Priva- ter Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Ausrü- stungs- inve- stiti- onen	Bauin- vesti- tionen	Ex- port	Im- port	Brutto- sozial- produkt
1981	-1,3	0,6	-4,4	-5,3	2,3	-1,8	-1,8 <sup>5</sup>
1982	0,6	1,4	0,6	-0,9	3,1	3,1	0,7
1983	2,4	1,4	6,1	4,4	6,2	7,0	3,4
1984	3,2	1,3	9,6	6,7	5,6	5,7	4,1
1985	0,8	1,2	4,5	2,4	3,2	3,6	1,1
1986	2,5	1,1	0,9	1,5	1,3	1,4	2,0
1987	3,0	1,0	2,5	2,8	4,0	4,1	2,6
1988	2,0	1,0	10,5	5,8	6,4	6,7	3,4
1989	3,7	1,0	9,5	5,6	5,5	5,6	4,3
1990	3,6	1,0	12,8	4,9	4,4	4,9	4,5
1980-1985	1,1	1,4	3,1	1,4	4,1	3,5	1,5
1985-1990	2,9	1,0	7,1	4,1	4,3	4,5	3,3
1980-1990	2,0	1,2	5,1	2,7	4,2	4,0	2,4

Tabelle 14: Arbeitslosenzahlen in Szenario I und Szenario II  
(in 1000)

Jahr	Arbeitslose	
	Szenario I	Szenario II
1980	889	889
1981	1265	1255
1982	1673	1570
1983	1540	1480
1984	1376	1280
1985	1578	1380
1986	1693	1300
1987	1458	1170
1988	1251	1040
1989	1052	750
1990	941	490